

# Bundeskongress 78 der Jungsozialisten in der SPD 10.-12.2.



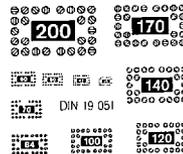
**Aktionsprogramm**

Bundeskongreß '78, Hofheim



Jungsozialisten  
in der SPD

C 98 - 03068



# Der Verband stabilisiert sich

Der ordentliche Bundeskongreß der Jungsozialisten 1978 in Hofheim ist mit Spannung erwartet worden, sowohl von den Jungsozialisten selbst, als auch in der Öffentlichkeit. Die Frage war, ob sich angesichts zunehmend verengter politischer Handlungsspielräume, angesichts des Partiausschlusses des Juso-Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter und angesichts einer selbstzerstörerischen Fraktionierung des Verbandes die Jungsozialisten sich „zusammenraufen“ und einen neuen Anfang machen konnten.

Der Verlauf des Kongresses aplegt die Inneren Spannungen und den äußeren Druck durchaus wider. Dennoch haben die Jungsozialisten es geschafft, den Zug aufs richtige Gleis zu schieben:

- Das hiermit vorgelegte Aktionsprogramm ist der Versuch, aus unterschiedlichen theoretischen Ansätzen heraus die praktisch-politischen Gemeinsamkeiten aller Jungsozialisten zu beschreiben und dem Verband eine über mehrere Jahre verbindliche Handlungsorientierung in den vier wichtigsten gesellschaftlichen Konfliktfeldern zu geben. Es wird Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirke und Bezirke sein, dieses Programm unter ihren regionalen Arbeitsbedingungen in praktische Politik umzusetzen. Der Bundesvorstand wird dabei helfen.
- Es ist ein funktionstüchtiger Bundesvorstand gewählt worden, der alle wichtigen Gruppen im Verband repräsentiert.
- Die Jungsozialisten haben bewiesen, daß sie trotz aller Repressionen, trotz aller Enttäuschungen in der Lage sind, ihrer Verantwortung für die arbeitende und lernende Jugend, ihrer Pflicht zur Solidarität mit konsequent reformerischen Kräften in der Partei und der Bundestagsfraktion geschlossen gerecht zu werden.

Die Jungsozialisten müssen es wieder lernen, ihre grundsätzliche Perspektive vom Demokratischen Sozialismus mit konkreter Teilnahme an gesellschaftlichen Konflikten und der Entwicklung auch kurz- und mittelfristiger politischer Alternativen zu verbinden.

Sie müssen jedoch ebenso lernen, die theoretische Diskussion als gemeinsamen Lernprozeß zu führen, ohne Theorieansätze dogmatisch zu verhärten und als Vehikel für Machtausinandersetzungen zu missbrauchen. Der Bundesvorstand will versuchen, eine offene Diskussion zwischen den Kongressen durch regionale Funktionärskonferenzen und Öffnung der Innerverbandlichen Zeitungen für alle zu unterstützen.

Der JUSO-Verband stabilisiert sich, dafür sind Anzeichen in allen Bezirken und den meisten Unterbezirken deutlich erkennbar. Diesen Prozeß wollen wir fördern, wenn wir nicht in den schweren gesellschaftlichen Konflikten als sozialistische Jugendorganisation versagen wollen.

Gerhard Schröder

Egon Brinkmann, Willi Plecyk, Kerl Obermann, Reinhard Schultz,  
Michael Pape, Klaus Peter Wolf, Rudolf Hartung

Herausgeber: Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1  
Redaktion: Bernd Schoppe  
Druck: Vorwärts Druck, Godesberger Allee 108-112, 5300 Bonn 2

C 98 - 03068



„Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des sozialistischen Staates verwiesen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen.“

August Bebel

Dieses Aktionsprogramm geht davon aus, daß die drei wesentlichen bei den Jusos repräsentierten politischen Strömungen in geschichtlich unterschiedlichen konkreten Ausprägungen stets Bestandteil der sozialdemokratischen Linken gewesen sind. Aus dieser strukturellen Gemeinsamkeit ergeben sich wesentliche inhaltliche und praktische Gemeinsamkeiten, die in der letzten Zeit aus verschiedenen Gründen in Gefahr waren aufgegeben zu werden.

Sinn dieses Aktionsprogramms ist es, eine Übereinstimmung aller Jungsozialisten über ihre Rolle in Gesellschaft und Partei, den Charakter ihrer politischen Arbeit und die aktuellen Aufgaben in bestimmten Aktionsfeldern herbeizuführen. Unabhängig von einer differenzierten und weiterführenden Theoriediskussion der Jusos soll dieses Programm die politischen und praktischen Gemeinsamkeiten herausstellen und damit eine Identifikationsplattform für die Jungsozialisten bilden.

Gleichzeitig stellt das Aktionsprogramm die Erwartungen der Jusos an die Partei dar und ist damit eine Vorgabe für die notwendige Einheit aller Linken in der SPD.

Das Aktionsprogramm eröffnet Perspektiven für eine realistische Politik der SPD, die an den materiellen Bedürfnissen der Arbeiter, der arbeitenden und lernenden Jugend und der sozial Benachteiligten ansetzt und Reformnotwendigkeiten aufzeigt, deren Verwirklichung die Kampfprioritäten der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen stärken kann.

Das Aktionsprogramm soll ausgehend von einem gemeinsamen Verständnis von Jungsozialisten kurz-, mittel- und langfristige Ziele beschreiben und Maßnahmen darstellen, die von den Gliederungen des Juso-Verbandes für die Mobilisierungsbarbeit und die Parteilarbeit ergriffen werden müssen.

## A. Perspektiven der Jungsozialisten

Große Teile der Jugend leben unter ständigem und zunehmender Drohung von Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus kennzeichnet eine Reihe von Ängsten ihre Situation. Sie haben

- Angst, die Verrentung nicht zu schaffen;
- Angst, den Übergang in die unrentable Behörde nicht zu bewältigen;
- Angst, keine Arbeitsstelle zu bekommen;
- Angst, auf Verrentung auszuweichen;
- Angst, dass die Finanzierung nicht zu bewältigen ist;
- Angst, dass die Finanzierung nicht zu bewältigen ist;
- Angst, dass die Finanzierung nicht zu bewältigen ist;

für den öffentlichen Dienst angestellt werden kann.

Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen:

- Eltern scheitern, wo sie für ihr Kind sorgen sollten, weil sie Angst haben, nicht mehr zu verdienen;
- Jugendliche sind mit ihrer Situation unzufrieden, weil sie keine Arbeitsstelle bekommen;
- Jugendliche sind mit ihrer Situation unzufrieden, weil sie keine Arbeitsstelle bekommen;
- Jugendliche sind mit ihrer Situation unzufrieden, weil sie keine Arbeitsstelle bekommen;

Gleichzeitig äußern die Konservativen im Einklang mit Vertretern der Unternehmer und ein Teil der Medien Freude darüber, daß

Zucht und Ordnung und die Klappgehaltnen lernen;

- man endlich wieder die Spreu vom Weizen trennen kann;
- pariert wird;
- man wieder abweichende Meinungen oder gar entsprechende Demonstrationen als „Klassengefeindlich“ denunzieren kann und für all dies auch noch Beifall erhält.

Alle Versuche, die soziale Lage der arbeitenden und lernenden Jugend zu verbessern und ihre Rechte auszuweiten, treffen auf massiven Widerstand der Konservativen und Unternehmer, die die Jugendlichen in den bestehenden Autoritätsstrukturen weiterhin disziplinieren und anpassen wollen, um die Jugendlichen als billige Arbeitskräfte auszunutzen und als gewinnbringende Konsumenten zu behandeln.

In dieser Situation stehen die Jungsozialisten an der Seite der lernenden und arbeitenden Jugend, der Arbeitnehmer und sozial Benachteiligten und ergreifen Partei für sie.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in ihrer tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Deutlichster Ausdruck dieser Krise ist die Massenarbeitslosigkeit. Zur Zeit sind 1 000 000 Menschen arbeitslos, bis 1985 werden ca. 3 000 000 neue Arbeitsplätze gebraucht. Massenarbeitslosigkeit wird oft dargestellt als Folge der Krise, anderer außenwirtschaftlichen Einflüssen, Sättigung bestimmter Märkte, struktureller Verschiebung usw. Der krisenverschärfende Einfluß dieser Faktoren läßt sich nicht leugnen; sie können die Massenarbeitslosigkeit jedoch nicht erklären.

Auch bei der jetzigen Krise handelt es sich im Kern um eine vorhersehbare, der Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterworfenen, internationalen Wertungskrise des Kapitals. Zwar haben sich in den letzten Jahrzehnten die konkreten Erscheinungsformen von Wirtschaftskrisen verändert - nicht zuletzt aufgrund staatlicher Wirtschaftspolitik -, die Ursache ist jedoch die gleiche geblieben: die unkontrollierte und unkoordinierte Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen.

### Die Verwertungskrisis.

Wie in allen westlichen kapitalistischen Staaten leiden sich auch in der Bundesrepublik die Angriffe des Kapitals auf die materiellen Errungenschaften der Lohnabhängigen in die Forderung nach einer wirksamen Senkung der sogenannten Lohnstückkosten. Durch die Formulierung von Lohnleitlinien und durch ihre Durchsetzung gegenüber den Gewerkschaften werden diese Interessen von der Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition nachhaltig gefördert.

Die Unternehmer versuchen in der Krise einerseits möglichst viele Arbeitskräfte einzusparen. Dies geht letztlich nicht ohne Entlassungen, solange der Bestand der einzelnen Unternehmungen von der dauerhaften Sicherung maximalen Profits abhängt. Gleichzeitig verschärfen die Kapitalisten und ihre Funktionsträger den Druck auf diejenigen, die noch im Produktionsprozeß bleiben. Ein großer Teil der steigenden Güterproduktion pro Arbeitsstunde wird so über die bloße Steigerung der Arbeitshetze erzielt. Insbesondere im Angestelltenbereich müssen zusätzlich oft unbezahlte Überstunden geleistet werden. Ausscheidende Arbeitnehmer, die die Altersgrenze erreicht haben, werden nicht oder nur teilweise durch neue Kollegen ersetzt. Wer nicht oder noch nicht voll verwerbar ist, bleibt als erster auf der Strecke.

Durch steigendes Arbeits tempo einerseits und Preissturz auf den Gütermärkten andererseits, gelingt es in erster Linie den Monopolgemeinschaften trotz massiver Überakkumulation des Gesamtkapitals die Profite hochzuhalten und sogar auszuweiden. Die damit verbundene Umverteilung gesellschaftlicher Werte geht in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiterklasse, aber auch zu Lasten der übrigen nicht-monopolistischen Teile des Kapitals. Das Ergebnis besteht zum einen in einer verzögerten Entwertung bestimmter Teile des Gesamtkapitals und zum anderen in bedrohlich anwachsenden Strukturkrisen mittlerer und kleinerer Unternehmen. Insgesamt wird durch diesen Prozeß die Dauer der Krise verlängert, bzw. ihre Auswirkungen für die arbeitenden Menschen verschärft. Hohe Profite auf ruhenden Kapazitäten vermindern den Zwang zu verstärkter Investition in neu-spezialisierten Bereichen, Kostendruck und Absatzschwächen lassen Investitionen in kleineren Unternehmen unrentabel werden. Die relative Geldwertstabilität der DM und das relativ hohe Zinsniveau begünstigen die Bellung von Geldmitteln im Kreislauf und machen den Verzicht auf Investitionen für die Unternehmer erträglich.

Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Rahmen der Gesetze des Kapitalismus kann daher erst erfolgen, wenn der überakkumulierte Teil des Gesamtkapitals entwertet ist und die Wirtschaft erneut mit der (Ober-) Akkumulation beginnt, d. h., der Aufschwung tatsächlich und nicht nur dem Wunsche nach stattfindet.

### Konzentration vernichtet Arbeitsplätze

Der Konzentrationsprozeß der Wirtschaft hat ein bislang nicht gekanntes Ausmaß erreicht. 50 große Konzerne in der Bundesrepublik erwirtschaften 50 Prozent des Inlandumsatzes. Der Konzentrationsprozeß führt als Vernichtungswettbewerb zum Konkurs zahlloser kleiner und mittlerer Unternehmen. Gleichzeitig ermöglicht er die langfristige Sicherung großer Gewinne über verstärkten Einsatz von Kapital zu Lasten der menschlichen Arbeitskraft. Der so entstandene Rückgang der Nachfrage hat die Unterauslastung der durch planlose Investition z. Z. der Hochkonjunktur entstandenen Industriekapazitäten noch deutlicher gemacht. Überkapazitäten werden jetzt in der Bundesrepublik durch den Zuzug der ausreisenden Bevölkerung abgebaut. Das bedeutet Vernichtung von Produktionsanlagen, Entlassungen und Massenar-

beitslosigkeit. Staatliche Förderungsmaßnahmen in Form von Investitionszulagen und anderen Investitionsanreizen, Steuererleichterungen für Unternehmen (Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögenssteuerenkung, Abschreibungsvergünstigungen etc.) schaffen in den meisten Fällen keine Arbeitsplätze, sondern werden in großem Maße für Rationalisierungen verwendet. Sie stellen darüber hinaus eine direkte Subventionierung von Unternehmern gegenüber mit Hilfe von öffentlichen Mitteln dar. Eine wirksame Kontrolle staatlicher Organe zur zweckgebundenen Anwendung des vergebenen Kapitals (Arbeitsplatzschaffung) erfolgt nicht.

Selbstverständlich profitieren Großkonzerne stärker als kleine und mittlere Unternehmen von dieser Politik.

### Marktwirtschaft ist abgeschafft

Zu Zeiten der Hochkonjunktur und Überproduktion hat der Staat versucht, die Investitionstätigkeit und den Konsum „Hände“ durch Hochzinspolitik und Beschränkung der öffentlichen Verschuldung zu bremsen. Der Erfolg war, daß Großkonzerne ihre Kapazitätsausweitungen und Rationalisierungsmaßnahmen selbst weiter finanzierten, während zahllose kleine und mittlere Unternehmen, die auf Investitionsleistungen angewiesen waren, Konkurs machten und den bereits vorhandenen Monopolisierungsstrend verstärkten. Diese Tendenz zeigt sich auch in einem sprunghaften Anstieg der Unternehmenszusammenschlüsse und einer Vergrößerung der Marktanteile großer Unternehmen. Der Konzentrationsprozeß wurde so stark, daß selbst Nachfragerückgang, nicht zu Preisrücknahmen führten, weil keine Konkurrenten auftraten. Der Marktmechanismus ist weitgehend außer Kraft gesetzt. Staatsbürglichkeit, die einen funktionierenden Markt voraussetzt, verfehlt notwendigerweise ihr Ziel und stabilisiert den Monopolisierungsprozeß.

### Einschätzung der Regierungspolitik

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung war in den letzten Jahren, insbesondere seit dem Kanzlerwechsel, von einem verstärkten Nachgeben gegenüber kapitalorientierten Interessen gekennzeichnet. Dies zeigte sich in der Übernahme von Positionen des reaktionären Monetarismus, in deren Folge eine Fülle unsolzialer Sparmaßnahmen durchgeführt wurden, welche

eine zusätzliche Beschränkung der Endverbrauchsachfrage bewirken. Diese Politik hat dazu beigetragen, die Krisenauswirkungen für die Arbeitnehmer zu verschärfen und gleichzeitig den Unternehmen Krisenlasten abzumengen, indem eine vermarktete Profitkonzentrierung einsetzte.

Dennoch schritt die Preisstreberei besonders in den Konsumgütermärkten, wenn auch in verlangsamer Form weiter fort. Der hohe Monopolisierungsgrad der westdeutschen Wirtschaft erlaubt oben Preissteigerungen bei Kurzung der Angebotsmenge und beschränkt die Geldmengenentwicklung. Die restriktive Kreditpolitik hielt ein Zinsniveau aufrecht, welches bei prallen Bankkonten den Kapitalisten die Lust zur Investition verstaubte. Damit hat die staatliche Wirtschaftspolitik in wesentlichen Bereichen prozyklische Formen angenommen und ist dem Interesse der Monopole im besonderen gefolgt. Gleichzeitig führte die Anwendung von monetaristischen Rezepten zu einer verschärften Auseinandersetzung auf internationalen Märkten. Die Stärkung westdeutscher Monopole durch die Bundesregierung hat zu einer breiter angelegten Offensive deutschen Kapitals insbesondere im EG-Raum geführt.

Eine Fortsetzung dieser Tendenz beschränkt letztendlich die Möglichkeiten heraus, die das Konzept des freien internationalen Verkehrs außer Kraft setzen, insbesondere aber stellt die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik ein gegen die Interessen der westeuropäischen Gewerkschaften gerichtetes Handeln dar, da die dort den Regierungen und Konzernen abgerungenen Zugeständnisse durch die deutsche Konkurrenz unterlaufen werden. Die derzeitige Wirtschaftspolitik muß daher als mit den Interessen der Sozialdemokratie unvereinbar angesehen werden. Des weiteren muß festgestellt werden, daß die fehlende Stützung der bundesdeutschen Binnenkonjunktur via Außenhandelsüberschuß im Zeichen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auch einen außerordentlich großen Risikofaktor für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt bildet. Wenn, wie durch den Sturz des Dollarkurses bereits vorsehbar, die Exporteinstöße entfällt, wird die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft steigen, ohne daß kurzfristig andere Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Insgesamt bestehen die regionalen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in folgenden Hauptbereichen:

**Die Bundesregierung hat**



- Sie hat die für die soziale Sicherung und den Ausbau der sozialen Versorgung erhobenen Steuermittel zugunsten der Förderung privater Investitionen umgelenkt. Damit wurden die verteilungspolitischen Ziele der Sozialdemokratie auf den Kopf gestellt.
- Die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, die Erhöhung der Mehrwertsteuer tragen zum Rückgang der Kaufkraft gerade kleiner Einkommensempfänger bei.
- Investitionshilfen und Strukturförderungsmaßnahmen für unterentwickelte Regionen haben wenig zusätzliche Investitionen ausgelöst, sondern lediglich durch Prämiierung sowieso geplanter Investitionen die Gewinne subventioniert, ohne dadurch die Arbeitsmarktlage zu verbessern.
- Die Förderung öffentlicher, besonders kommunaler Investitionen hat zum Teil nur für die Phase der Erstellung der geförderten Projekte zur Konjunkturbelebung beigetragen, jedoch keine Dauerarbeitsplätze geschaffen.

Die staatliche Wirtschaftspolitik hat somit zur fortschreitenden Konzentration, zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Subventionierung von Unternehmensgewinnen beigetragen.

**Jeder wird ersetzbar**

Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt hat jeden einzelnen Arbeitsplatz ersetzbar gemacht. Das schlägt durch bis in den Bereich der Bildung und Ausbildung. Künstlich erzeugte Lehrstellenverknappung, Numerus clausus und der Verdrängungswettbewerb höherqualifizierter gegenüber weniger Qualifizierten hat zu einem unenträglichem Leistungsdruck geführt. Formale Qualifikationen, abfragbares Wissen ersetzt den von Sozialdemokraten erhobenen Anspruch einer auf Emanzipation ausgerichteten sozialen Qualifikation. Die Verwertbarkeit eines einzelnen im Produktionsablauf wird zum ausschlaggebenden Kriterium einer Bewertung in der Gesellschaft. Leistungsdruck und Fremdbestimmung führen, zusammen mit sozialer und politischer Unsicherheit, zu angepaßtem politischem, zu einem scheinbar unpolitischen Verhalten gerade der Gruppen in der Gesellschaft, in deren objektiver Interesse eine demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse liegt.

Zunehmender Alkohol-, Tabletten- und Drogenmißbrauch sind eine Folge dieser gesellschaftlichen Situation.

**Gewinnsubventionen gefährden Reformen**

Die Absicht, wirtschaftliches Wachstum durch Subventionierung der Unternehmen zu erreichen und damit sowohl die Sicherheit der Arbeitsplätze als auch die Möglichkeit systemimmanenter Reformen wiederherzustellen, ist nicht verwirklicht worden. Der Glaube an ein fortschreitendes und gesetzmäßiges Wachstum als Voraussetzung, gleichermaßen Reformen und Subventionen zu finanzieren, ging Hand in Hand mit der Ideologie der „Sozialpartnerschaft“.

Die angebliche Möglichkeit, im jetzigen kapitalistischen System über den Staat zu einer nennenswerten größeren Verteilungsgerechtigkeit zu gelangen, hat sich als Illusion erwiesen. Gleichzeitig hat diese Ideologie die antikapitalistische Störung der SPD und der Gewerkschaften weiter verwässert und ihre Kampfbereitschaft geschwächt.

**Abbau von Sozialleistungen**

Wurde während der Hochkonjunktur noch die Möglichkeit propagiert, gleichermaßen den Anforderungen des Kapitals und der Bevölkerung durch Verteilung von Wachstumsüberschüssen gerecht werden zu können, so zeigt sich spätestens jetzt offen, daß das die Umverteilung zugunsten der Unternehmer vorgenommen wird.

Der Staat gebrauchte seine Einnahmen in stärkerem Maße, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals aufrechtzuerhalten, zu Lasten der breiten Schichten der Bevölkerung. Sozialleistungen werden zur Disposition gestellt. In langwierigen historischen Auseinandersetzungen hat sich die Arbeiterbewegung Rechte und materielle Verbesserungen erkämpft, die jetzt gefährdet sind. Die historische Errungenschaft der Arbeitslosenversicherung ist bei einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit von über 600 000 in ihrer jetzigen Leistungsfähigkeit gefährdet. Die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf 3 Prozent ist ein erstes Indiz.

Der Ausbau der Sozialleistungen, des Gesundheitswesens, der Bildung und Ausbildung wurde verlangsamt, wenn nicht gar gestoppt, weil die hierfür zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel in „Wachstumsvorsorge“ umgelenkt wurden.

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung folgt, statt sie aufzuheben, gefährdet die soziale Stabilität, den sozialen Fortschritt, den mühsam erkämpften sozialen Besitzstand der Arbeitnehmerschaft.

Im einzelnen geht es darum:

- Senkung staatlicher Personalausgaben durch „angemessene“ Lohnpolitik bei gleichzeitiger Personalfreisetzung durch Rationalisierung im öffentlichen Dienst.
- Öffentliche Dienstleistungen werden soweit wie möglich dem Staat entzogen und auf private Unternehmen übertragen, um u. a. Preiserhöhungen über die Anonymität des Marktes durchzusetzen.
- Rationalisierung für Reste nicht-repräsentierbarer Dienstleistungsproduktion, was die Arbeitsbedingungen der betreffenden Beschäftigten sowie die Quantität und Qualität nachweislich verschlechtert.
- Abbau staatlicher Umverteilungspolitik etwa durch Umstellung der Sozialleistungen von der Objekt- zur Subjektförderung oder aber von der Zuschuß- auf Leistungs-basis (im Bildungsbereich etwa Grätko und BafoG), wobei beide Maßnahmen einerseits die Betroffenen individuell mehr belasten und andererseits der Anspruchsausschluß erhöht wird.
- Eingriffe in die Sozialversicherung (Renten- und Arbeitslosenversicherung insbesondere) entweder durch direkte und indirekte Beitragserhöhungen oder aber durch Leistungsver schlechterungen.
- Erhöhung der indirekten Steuern (vor allem der Mehrwertsteuer) bei gleichzeitiger Senkung der Vermögenssteuer und gleichzeitigem Anstieg der Lohn- und Einkommensteuer über die aus der inflationären Entwicklung resultierenden Preis-Steuer-Effekte die längst die einkommenspolitisch anvisierten Wirkungen der Steuerreform von 1975 rückgängig gemacht haben.

**Atomenergie gefährdet Sicherheit und Arbeitsplätze**

Die Bedingungslosigkeit prokapitalistischer Staatstätigkeit wird besonders deutlich in der Energiepolitik der Bundesregierungen seit Mitte der 50er Jahre. Ohne gesamtwirtschaftliche Analyse und ohne Offenlegung des hohen Gefährdungspotentials wurde die Energieversorgung der Bundesrepublik systematisch auf Kernenergie umgestellt. Die steigende kapitalintensive Produktion bedingt ständig steigenden Energielebens-Produktionsaufwand und steigende Energielebens-Produktionskosten. Die Radikalisierung der bundesdeutschen Angst vor sozialistischen, ja militärischen Massenarbeitslosigkeit bei konventioneller Energieerzeugung sind an-

geblich nicht mehr im zureichenden Umfang greifbar, so daß unter starkem Einfluß der international verflochtenen Energiekonzerne die Kernenergie als einziger Ausweg dargestellt wird.

Es wurde und wird unterschlagen, daß der Einsatz von Kernenergie auf dem heutigen technologischen Stand schon im Normalbetrieb eine Dauergefährdung auf Generationen hinaus und im Störfall eine akute Gefahr für die menschliche Existenz darstellt.

Das hohe Gefährdungspotential der Atomenergie macht es notwendig, daß Kraftwerke, Plutoniumtransporte, Wiederaufbereitungsanlagen und Atom-mülldeponien ständig und über Jahrhunderte bewacht werden. Totale Überwachung gefährdet die Freiheit. Am Ende steht der totale Atomstaat.

**Abbau demokratischer Rechte**

Mit Beginn der Verwertungskrise der 70er Jahre begann zugleich eine Verschärfung des politischen Klimas in der Bundesrepublik. Komte zu Zeiten ungestörten kapitalistischen Wachstums der gesellschaftsverändernde Druck aus der Jugend, großen Teilen der organisierten Arbeiterschaft und Teilen der Sozialdemokratie noch durch Ansätze einer auf quantitative materielle Zuwächse ausgerichtete Reformpolitik kanalisiert werden, so wurden radikal-demokratische und sozialistische Alternativen zu Zeiten einer tiefgreifenden und mit herkömmlichen Instrumenten nicht mehr lösbaren Wirtschaftskrise eine anstzunehmende Gefahr für die ökonomisch und politisch Mächtigen in der Bundesrepublik. Die Realität in der Bundesrepublik Deutschland ist, daß die in schweren Kämpfen der Arbeiterbewegung bereits durchgesetzten Freiheitsrechte abgebaut werden.

Jedoch gibt es auf der anderen Seite Anzeichen, daß sich verstärkter Widerstand gegen das bestehende Gesellschaftssystem formiert. Progressive Bürgerinitiativen, Verschärfung der betrieblichen Auseinandersetzungen, Auseinandersetzungen in den Parteien SPD und FDP.

Dabei ist es sehr entscheidend, für den Erhalt bestehender demokratischer Rechte zu kämpfen bzw. deren Ausweitung, um nach Möglichkeit ohne Anwendung von Gewalt die Gesellschaft in Richtung Sozialismus umzugestalten. Bestimmend für diese Situation ist die zunehmende Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems. Dieses bewirkt bei den wirtschaftlich und politisch Mächtigen eine zunehmende Angst vor sozialistischen, ja militärischen reformerischen Alternativen zum Bestehenden.

In dieser Situation bestätigt sich, daß in Verfassungsinterpretation, Rechtspositiv und Rechtsprechung keine Frage objektiver und auf ewig gültiger Kriterien, sondern allein eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durchsetzungsfähiger politisch-ökonomischer Interessen ist. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit seinen Geboten von Gesetzmäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und Demokratie wird unter herrschenden Kräfteverhältnissen als Ausschließlichkeitslegitimation für eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herangezogen, obwohl die Väter der Verfassung dies gerade nicht in der Verfassung festschreiben wollten.

Weniger um einige vermeintliche „Verfassungsgeleinde aus dem öffentlichen Dienst“, einflußreichen gesellschaftlichen Funktionen oder überhaupt aus politischen Willensbildungsprozessen in der Gesellschaft herauszuhalten und den Staat vor Terroristen zu schützen, als vielmehr um die durch die politischen Druck- Zensur und anderen Willkürmaßnahmen am Klima von politischer Anpassung, Duckmäuserum, Obrigkeitshörigkeit und Denunziantentum zu schaffen, betreiben die Profiteure der „Freiheit des Kapitals“ den Abbau demokratischer verfassungsmäßiger Rechte. Dabei bedient sich auch die politische Reaktion in Gestalt der Unionsparteien, sozusagen als Vor-trupp

**Die Reaktion formiert sich**

Neben den Versuchen, die gegenwärtige Krise für eine Stärkung der eigenen ökonomischen Position zu benutzen, versucht das Kapital gegenwärtig auch politisch seine Herrschaft zu festigen, indem der Einfluß der Organisation der Arbeiterbewegung zurückzudrängen versucht wird. Die politische Rechte ist angetrieben, um die bescheidenen Errungenschaften sozialliberaler Reformpolitik wieder rückgängig zu machen und um die Veränderung des politischen Klimas in den letzten Jahren zugunsten der Linken zu bekämpfen. Die Morde der Terroristen dienen ihnen dabei als idealer Anlaß, um die gesamte Linke als „Sympathisanten“ zu diffamieren und damit politisch auszuschalten. Die Formierung der Reaktion in der Bundesrepublik ist dabei Teil einer fast alle westeuropäischen Länder umfassenden „Roll-Back-Strategie“, die in England zur Stärkung der Konservativen unter Thatcher, in Frankreich zur Rekonstruktion der gaullistischen Bewegung unter Chirac geführt hat. Die Radikalisierung der bundesdeutschen Rechten vollzog sich bisher im Rahmen des traditionellen Parteilageres von CDU/CSU, wird aber zur vor-

len Entfaltung einer rechten Sammlungsbewegung mit Sicherheit eine bundesweite Ausdehnung der CSU zur Folge haben.

### Die CDU ist die Partei des Kapitals

Die CDU/CSU ist die Partei des Kapitals. Ihre Führungsstruktur, ihre Tradition und ihre finanzielle Abhängigkeit sowie die personelle Verflechtung mit der deutschen Unternehmenswelt, führen zu einer ständig schärferen Abgrenzung von sozialistischen und demokratischen Perspektiven. Die CDU/CSU tritt immer offensiver als politischer Garant der bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf der Seite des Kapitals auf und betreibt dabei bewußt totalitären Abbau demokratischer Rechte, sozialer Sicherheit und Demokratie. Die CDU/CSU, besonders das einzelne CDU-Mitglied ist nicht der Klassengegner, vielmehr ist diese Partei insgesamt die Partei, die die Interessen des Klassegegners vertritt.

Die Politik der CDU/CSU macht das immer wieder deutlich:

- Die CDU bekämpft die Gewerkschaften, z. B. durch Anknüpfung eines Verbändegesetzes.
- Die CDU unterstützt den Kampf der Unternehmer gegen die Mitbestimmung.
- Die CDU baut die Pressefreiheit ab, z. B. beim Norddeutschen Rundfunk.
- Die CDU kämpft für die Klassengleichheit für Arbeiterkinder, z. B. durch integrierte Gesamtschulen.
- Die CDU kämpft gegen Abbrütung und für die Rüstungsindustrie.
- Die CDU fordert die soziale Demontage, z. B. durch Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen.
- Die CDU interpretiert das Grundgesetz als Vertiefung des Kapitals gegen demokratischen Sozialismus.
- Die CDU will ein Europa der Konzerne gegen die europäische Arbeiterbewegung.
- Die CDU unterstützt reaktionäre und faschistische Regime in aller Welt.

Deswegen treten die Jungsozialisten in der politischen Auseinandersetzung in erster Linie konsequent gegen die Unionsparteien an.

### Auch die FDP ist eine prokapitalistische Partei

Wenn auch die staatsautoritären Tendenzen bei der FDP wesentlich geringer ausgeprägt sind, so bewerten die Jungsozialisten diese Partei ebenfalls als eine eindeutig prokapitalistische. Dieses zeigt sich insbesondere am Einfluß der FDP auf die Wirtschaftspolitik, der Verhinderung der paritätischen Mitbestimmung, der Verhinderung einer konsequenten Reform der beruflichen Bildung und Tendenzen, den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung anzulasten (Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung). Teile der FDP, insbesondere die Jungdemokraten sind dagegen durchaus wichtige Bündnispartner im Rahmen antikapitalistischer Politik. Insbesondere gibt es Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei der Sicherung demokratischer Rechte.

### Die SPD hat mitgemacht

Die SPD hat wichtige Fundamente einer freiheitlichen und veränderbaren Gesellschaftsordnung mit abgebaut. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die Vorstellungen der sich in der CDU/CSU und den Unternehmerverbänden sammelnden konservativen und reaktionären Kräfte zur Abschaffung grundgesetzlich verbrieft Rechte, zur rigorosen Unterbindung jeglicher verfassungsmäßiger Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und zum Abbau sozialer Leistungen noch weit darüber gehen. Dabei können der Druck der Reaktion, das Unter-Beweis-Stellen von staatspolitischer Zurücklässigkeit durch die SPD nicht als Entschuldigung für das Fehlen einer offensiven Konzeption zum Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates akzeptiert werden.

Hier besteht ein enger Zusammenhang zu einer Wirtschaftspolitik, welche die Logik des Kapitalismus als Grundlage akzeptiert hat. Solange das kapitalistische Wachstum ungestört voranschreiten konnte, war es möglich die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung über den Ausbau staatlicher Leistungen zu verbessern, ohne daß die Profite kapitalistischer Unternehmen angekratzt werden mußten. Auf einer solchen Basis konnten den Kapitalisten auch ohne intensive gesellschaftliche Konflikte Zugeständnisse bei der Ausweitung der Rechte der Arbeiter im Betrieb abgerungen werden. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise stand die SPD als Regierungspartei vor folgender Entscheidung: Entweder konsequente Durchsetzung der von ihr ins Auge gefaßten und diskutierten Reformen, um die Krise zu überwinden, was intensive Konflikte mit der Reaktion und den Unternehmern bedeutete; oder aber Vertagung von Re-

formen bis die kapitalistische Krise beendet ist. Die maßgeblichen Kräfte in der SPD haben sich für die zweite Alternative entschieden. Diese Alternative hat jedoch zur Konsequenz, daß die SPD die Verantwortung für Maßnahmen übernehmen muß, die den sozialen Besitzstand der breiten Massen zurückschrauben, wie dieses z. B. am sogenannten Rentenschnitt deutlich geworden ist. Die sich daran entzündende Kritik könnte zu einer grundsätzlichen Infragestellung des kapitalistischen Systems und der bisherigen Politik der SPD und ihrer maßgeblichen Repräsentanten führen.

Die gegenwärtige SPD ist zunehmend weniger in der Lage, nicht nur Bewußtseinsstrukturen der Lohnabhängigen wiederzuspiegeln und organisatorisch-politisch auszudrücken, sondern auch darüber hinaus konkrete Interessen von Lohnarbeit und Kapital zu Kompromissen zu vermitteln. Diese zentrale Funktion reformistischer Politik für das gesamte kapitalistische System kann gegenwärtig nur noch dadurch erfüllt werden, daß die SPD aufgrund ihrer sozialen und organisatorischen Verankerung in der Arbeiterklasse die Bereinigung der Krise auf Kosten der Lohnarbeit konfliktlos und reibungslos als konservative Kräfte vollziehen kann. Dieser Prozeß verläuft allerdings in der Arbeiterklasse und innerhalb der Partei nicht ohne Konflikte und kann zu einer zunehmenden Differenzierung innerparteilicher Strömungen führen.

Hier liegen mit die Ursachen dafür, daß die maßgeblichen Kräfte der Partei versuchen, die Gewerkschaften auf die Konsequenzen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu verpflichten, daß kein breiter Widerstand gegen Grundrechtseinschränkungen entwickelt werden kann und innerparteiliche Kritik seit einigen Jahren unter vorströmendem Druck steht. Ihre derzeitige Politik macht die SPD oft nicht mehr unterscheidbar von bürgerlich-reaktionären Parteien, wie Teilen der FDP und der CDU/CSU. Die Politik der autoritären Krisenbewältigung hat die SPD ihrer Identität als der politischen Kraft, die eindeutig Partei nimmt für die Arbeitnehmer, die Jugend und die sozial Benachteiligten, weitgehend beraubt.

Der Klassencharakter der Möglichkeit sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung findet dennoch seinen politischen Ausdruck im Parteispektrum:

Die SPD ist von ihrer Tradition, ihrer Mitgliedsstruktur und grundsätzlicher Programmziele die einzige Partei, die eine Krisenstrategie kennt, die Bündnis mit den Lohnarbeitern schließt und an deren Spitze steht. Sie ist die einzige Partei, die sich in der Lage befindet, sich zu einer sozialistischen Politik zu verpflichten. Die SPD ist die einzige Partei, die sich in der Lage befindet, sich zu einer sozialistischen Politik zu verpflichten.

durch Sozialdemokraten entschieden als bisher widersteht, die Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht mehr unbefragt zur Grundlage der Wirtschaftspolitik machen will, die nicht mehr die Zukunftschancen der arbeitenden und lernenden Jugend, nicht der Arbeitslosen- und Sozialversicherung überlassen will und die für qualitatives Wachstum und gegen das Kernenergieprogramm des Bundesregierens eintritt. Hier bestehen Ansatzpunkte, die Positionen der Jungsozialisten aus ihrer gegenwärtigen Isolierung herauszuführen und auf eine breitere Basis zu stellen (siehe auch die Aktionschwerpunkte des Programms).

### Zusammenarbeit mit DGB-Gewerkschaften

Diese innerparteilichen Entwicklungstendenzen sind Bestandteil einer breiten gesellschaftlichen Bewegung. Während der einen Seite ein Klima des politischen Duellismus entsteht, das die politische Demokratie zu gefährden droht, organisiert sich auf der anderen Seite verstärkt der Widerstand gegen die Gefahr sozialer Demontage und die Anfechtungen einer kapitalbestimmten Zivilisation. Träger dieses Widerstandes sind in erster Linie die Gewerkschaften.

Die gegenwärtige Regierungspolitik, die auch von Sozialdemokraten verantwortet wird, verschlechtert die gesellschaftlichen Kampfbedingungen. Betätigt sich die SPD weiter an dieser Verschlechterung, wird der historische Fehler der Trennung der Arbeiterbewegung in politischen und wirtschaftlichen Kampf dadurch verschärft, daß die Gewerkschaften der SPD einen Teil des politischen Kampfes abnehmen und sich insoweit gegen die Partei stellen müssen.

Unter sich verschlechternden Kampfbedingungen stehen die Gewerkschaften vor der Tatsache, daß sie sich auf keine starke politische Partei stützen können, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen.

- starke Kräfte in der SPD und insbesondere in der Regierung versuchen, in Lohnkämpfen eher mäßigend auf die Gewerkschaften einzuwirken
- führende Persönlichkeiten der SPD verhehlen Spalter-Organisationen (z. B. Beamtenbund, DAG usw.) zu Einfluß und treffen damit die durch die Einheitsgewerkschaften verkörperte einheitsliche Gewerkschaftsbewegung
- Partei und Regierung sind nicht in der Lage und zum Teil auch

nicht willens, wichtige gewerkschaftliche Forderungen (z. B. Vergesellschaftung des Energiesektors [OTV], Demokratisierung der Presse [IG Druck], Mitbestimmung und Investitionslenkung [DGB], Reform der beruflichen Bildung und der Hochschulen [DGB usw.]) aufzunehmen und in den Gesetzgebungsprozeß einzubringen oder gar über Mobilisierung durchzusetzen.

Ende der Reformpolitik, dauernde Massenarbeitslosigkeit, Reallohnabbau und arbeitsplatzvernichtende Strukturveränderungen politisieren zunehmend die gewerkschaftliche Willensbildung (siehe z. B. Gewerkschaftstage von IG Metall, IG Druck, GHK und OTV)

Jungsozialisten unterstützen diese Politisierung nicht nur durch aktive Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften, sondern vor allem durch das Hineintragen fortschrittlicher Gewerkschaftsforderungen in die Partei.

Dabei wird klar auf die im DGB zusammengeschlossenen Einheitsgewerkschaften orientiert. In diesem Zusammenhang müssen auch Forderungen entwickelt und vertreten werden, die die kollektiven Rechte der Arbeitnehmer stärken.

Wenn deutlich wird, daß Jungsozialisten konsequente Vertreter gewerkschaftlicher Forderungen in der SPD sind, werden sich langfristig Möglichkeiten zur Veränderung der Partei ergeben.

Die Jungsozialisten verfallen nicht in den Fehler, sich zum Lehrmeister der Gewerkschaften aufzuspielen. Vielmehr haben sie selbst viel von deren konkreten Erfahrungen im Produktionsbereich zu lernen. Als aktive Gewerkschafter treten die Jungsozialisten jedoch in den Gewerkschaften dafür ein, daß die politischen und die ökonomischen Elemente des gewerkschaftlichen Kampfes in einer geschlossenen Strategie zusammengeführt werden.

In einer Zeit, in der die Macht der Großkonzerne jede Möglichkeit zur Verwirklichung von mehr Verteilungsgerechtigkeit, Humanität in der Arbeitswelt und des Rechts auf Arbeit gefährdet, in der die Politik des Kapitals droht, die Politik des Staates immer mehr zu vereinnahmen, kann Gegenmacht nur durch ein starkes Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften erzeugt werden.

### Bürgerinitiativen

Die Unfähigkeit der politischen Kräfte, besonders der Parteien, die Gefahren neuer Technologien für den Bestand

und die demokratische Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft aufzuheben und zu bewältigen hat zum Anwachsen außerparlamentarischer Bewegungen geführt. Die objektiv vorhandene Möglichkeit, die mittel- und langfristigen Perspektiven der Parteien angesichts der konkreten Erfahrung ihrer Tagespolitik voneinander zu unterscheiden hat diese Entwicklung verstärkt.

Besonders und beispielhaft tun sich die Bürgerinitiativen „Umweltschutz im Kampf gegen die Atomenergie hervor. Ihnen ist es gelungen gegen den Autoritätsversipp von interessengruppenwissenschaft und Politik gegen die Übermacht der Medien, eine glaubwürdige und fachlich begründete Gegenposition aufzubauen, die die öffentliche Diskussion entscheidend mitbestimmt.

Diese außerparlamentarische Bewegung richtet sich häufig nur gegen das Einzelkraftwerk vor Ort, sieht aber in zunehmendem Maße den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Verwertungslogik, Massenarbeitslosigkeit und Energiewachstum. Es besteht daher die Chance, daß sie eine antikapitalistische Störkraft aus der konkreten Erfahrung in dieser Auseinandersetzung entwickeln. Die Jungsozialisten unterstützen diese Bürgerinitiativen mit ihrer Strategie des gewaltfreien Widerstandes, um mit ihnen gemeinsam aus dem Kampf gegen die verheerenden Folgen der kapitalistischen Gesellschaft Perspektiven einer neuen, dem arbeitenden Menschen verpflichteten demokratischen und sozialistischen Gesellschaftsordnung zu entfalten.

### Gemeinsam stärker

Kurzfristig erscheinen die Ziele des gewerkschaftlichen Kampfes und des Kampfes der Bürgerinitiativen einander zu widersprechen.

Die einen kämpfen für das Recht auf Arbeit und damit kurzfristig für die weitere Entfaltung der industriellen Produktion.

Die anderen kämpfen für eine menschenwürdige Umwelt und damit gegen Vernichtungswachstum der Industrie.

Gewerkschaften und Bürgerinitiativen handeln unabhängig voneinander, aber sie können sich gegenseitig unterstützen. Die Gewerkschaften können die Bürgerinitiativen unterstützen und umgekehrt.

## DKP keine Alternative

Die DKP ist keine politische Kraft, die die Einheit von Demokratie und Sozialismus garantieren kann.

Die DKP strebt eine Gesellschaft an, die sich von der des demokratischen Sozialismus in zentralen Punkten unterscheidet. Jussos führen eine offensiv Auseinandersetzung mit der DKP. Sie beziehen ihre Argumente aber nicht aus der Ideologie des Antikommunismus und setzen sich für die politischen Freiheitsrechte auch von DKP-Mitgliedern ein.

Jungsozialisten und DKP unterscheiden sich grundsätzlich z. B. in ihrem Freiheits- und Demokratieverständnis. Das haben sie durch bestehende Beschlüsse immer wieder deutlich gemacht. Deshalb werden sich die Jussos auch künftig mit der DKP politisch auseinandersetzen. Sie werden ihre Positionen offensiv in allgemeinen Studentenausschüssen, Schülervertretungen, Betriebsrat- und Bürgerinitiativen einbringen, auch wenn dort Kommunisten vertreten sind.

Die Jungsozialisten hatten weiterhin den Beschluß von Parteirat und Parteivorstand zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten für falsch, auch wenn sie die Gültigkeit dieses Parteiratbeschlusses nicht bezweifeln. Dieser Parteiratbeschlusses hat in der Praxis oft dazu geführt, daß Jussos örtlich zum Rückzug aus Arbeitsfeldern (z. B. Stadtteilarbeit) gezwungen werden sollten, nur weil Kommunisten dort auch aktiv waren.

## Innerparteiliche Unterdrückung und Zweifel am eigenen Engagement

Die mehrheitlich von Sozialdemokraten getragene Regierungspolitik, insbesondere die Wirtschaftspolitik, die Beteiligung von Sozialdemokraten am Abbau demokratischer Rechte und das Scheitern fast aller zentralen „inneren Reformen“ (Klitterbestimmung, berufliche Bildung etc.) haben an der Basis zu Enttäuschungen geführt und die Bereitschaft zum konkreten Engagement verringert.

Die Versuche der Jungsozialisten, diese Politik zu kritisieren und Alternativen zu entwickeln, wurden mit einer Einschränkung der innerparteilichen Demokratie beantwortet. Der Abbau der innerparteilichen Kommunikation durch Zensur von Parteigliederungen, ungenehmigte Parteiauschlüsse, das Verbot von Broschüren, Versuche die Alterstruktur der Jungsozialisten zu verändern, sind nur einige Beispiele von Handlungsweisen, die zum Ziel haben, sozialdemokratisch verantwortete Regierungspolitik der innerparteilichen Diskussion weitgehend zu entziehen.

Insbesondere sind zu nennen:

— Verbot von Juso-Flugblättern zur Situation in Chile

— Verbot zahlreicher Flugblätter und Veranstaltungen gegen die Berufsverbote (häufig mit der Begründung, einen Abbau demokratischer Rechte geben es in der Bundesrepublik nicht)

— Versuche zur Verhinderung von Juso-Veranstaltungen zum Thema Kernenergie

— Verbot von Ausstellungen von Plakaten Klaus Staecks durch örtliche SPD-Vorstände

— Verbot von Flugblättern und Veranstaltungen zur Jugendarbeitslosigkeit (oft mit der Begründung, man müsse die reale Situation verschweigen, um der CDU keine Munition zu liefern)

— Verbot innerparteilicher Mittelungsorgane wegen kritischer Rückmeldungen über örtliche Partiefunktionäre

— Verhinderung des Auftretens von führenden Jungsozialisten bei Wahlkampfveranstaltungen

— Verbot sämtlicher Aktivitäten des gewählten Juso-Bezirksvorstandes Weser-Ems und die Verweigerung sämtlicher organisatorischer Hilfen durch die Parteilbürokratie

— Praktizierung körperlichen Zwangs gegen gewählte Juso-Funktionäre durch Partisekretäre

— Absetzung des demokratisch gewählten Juso-Unterbezirksvorstandes Ansbach durch den SPD-Unterbezirksvorstand

— Das Ultimatum des Parteivorstandes an den Juso-Bundesvorstand in Sachen Friedenskomitee

— Den bislang schwersten Eingriff in die Arbeit der Jungsozialisten stellt zweifellos der Parteiaus-schluß des demokratisch gewählten Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneker dar.

— Zahlreiche aktive Jungsozialisten wurden mit Parteilordnungsverfahren für Solidaritätsveranstaltungen mit ihrem Bundesvorsitzenden belegt.

## Schwächung der Juso-Organisation

Die administrativen Eingriffe der Partei richteten sich in erster Linie gegen die

Mobilisierungsarbeit der Jungsozialisten. Sie führten zu einer schweren Behinderung der Juso-Arbeit. Sowohl Doppelstrategie Mobilisierungsarbeit beinhaltet, wurde sie in vielen Fällen administrativ unterbunden und damit unmöglich gemacht. Die dadurch bedingte unzureichende Verankerung in breiten Schichten der Jugend blieb nicht ohne Konsequenzen für die innerparteiliche Konfliktfähigkeit der Jussos. Allein die Verankerung im Schüler- und Studienbereich konnte den Jussos eine auf diese Bereiche bezogene Konfliktfähigkeit sichern. Eine darüber hinausgehende Konfliktfähigkeit z. B. in der Europapolitik, in Abrüstungsfragen nur soweit, wie die Jussos innerparteiliche Bündnispartner für ihre Forderungen gewinnen konnten.

Diese Entwicklung hatte ihre innerparteilichen Grundlagen in der Entscheidung, Reformpolitik bis nach dem Ende der kapitalistischen Krise zu verschieben. Diese Entscheidung entzog den innerparteilichen Bündnismöglichkeiten der Parteilinken weitgehend ihre Grundlage, ja sie wurde sogar von einem Teil der Parteilinken akzeptiert. War es früher möglich gewesen (Steuerparteitag 1971, Hannoveraner Parteitag 1973), daß die Jungsozialisten durch ihre Aktivitäten und inhaltlichen Vorstöße das Bild der Parteilinken mitprägen konnten, so setzen sich nun innerhalb der Parteilinken Tendenzen durch, Solidarität mit den Jussos davon abhängig zu machen, inwieweit deren Politik sich für vornehmlich personalpolitisch ausgerichtete Strategien nutzen ließ. Aus diesem Grunde folgte auch praktisch keine Solidarität mit Klaus-Uwe Benneker.

Es ist darüber hinaus in vielen Fragen nicht gelungen,



auf die Entwicklungen alternativer sozialdemokratischer Politik oft verzichtet

— vorhandene Vorstellungen gemeinsam auf allen Ebenen der Partei zu vertreten

— die alternativen Vorstellungen nicht öffentlich diskutiert zu machen; die SPD-Linke war nur noch eingeschränkt identifizierbar

— die eigenen konkreten Alternativen zur Regierungspolitik innerparteilich zu verankern.

Wenn auch die Parteilinke in der Vergangenheit nur unzureichende Alternativen zur Regierungspolitik entwickelt und verdeutlicht hat, ist es verfehlt, diese Probleme personalisierend an der PV-Linken und am Frankfurter Kreis zu diskutieren. Auch haben frühere Juso-Bundesvorstände Schwierigkeiten und Widerstände der innerparteilichen Umsetzung von Juso-Vorstellungen gegenüber der eigenen Basis nicht genügend verdeutlicht. Die Fraktionslinke hat zwar in der letzten Legislaturperiode Kritik an einschränkenden Gesetzen (§ 88 a, Hochschulrahmengesetz usw.) geübt, doch sich letztlich allen strittigen Fragen der Fraktionsdisziplin, d. h. den Vorstellungen der Regierung gebeugt.

Viele aktive Jungsozialisten stehen dem Ausmaß und den Auswirkungen der ökonomischen und politischen Krise überrascht und ratlos gegenüber. Das gilt auch für die innerparteilichen Folgen der Krise wie allgemeine Rechtswendung der Partei, Einschränkung der innerparteilichen Demokratie, innerer Zerfall, Einflußverlust und Nichtidentifizierbarkeit einer Parteilinke. Der Grund dafür liegt darin, daß die Jungsozialisten trotz aller Bemühungen, die veränderte gesellschaftliche Situation theoretisch zu erfassen, die Bedingungen ihrer Politik nur unzureichend analysiert haben. Dieses ist die Erklärung für die Gleichzeitigkeit der gegenwärtig zu beobachtenden Krise der SPD und der Krise der Jungsozialisten als auch für die Tatsache, daß die Jungsozialisten 1972/73 ihren größten Einfluß innerhalb der Partei zu einem Zeitpunkt hatten, als das Bewußtsein von einer weiterhin fast krisenlosen Entwicklung der Reformpolitik vorherrschend war.

Jungsozialisten-Politik muß in Zukunft aufbauen auf den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen, vor allem auf der Erkenntnis, daß nur ausgesprochen günstige Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals und damit verbunden seine starke Stellung auf dem Weltmarkt es für die Lohnabhängigen möglich machte, ihre Forderungen relativ leicht durchzusetzen und somit ein günstiges Reformklima auszunutzen. Zu den Erfahrungen gehört aber auch daß diese Zeiten der günstigen Bedingun-

gen nur verhältnismäßig kurz sind und eher Ausnahmen darstellten. Für die Jungsozialisten bedeutet diese Rückkehr zur „Normalität“ sowohl die Aufgabe von Illusionen über die beliebige Reformbarkeit der bürgerlichen Gesellschaft als auch die Einsicht, daß die Propagierung von Programmen des Eintreten der gesellschaftlich Unterdrückten für ihre eigenen Interessen nicht überflüssig macht.

Bei der Beantwortung der Frage, ob die weitere Mitarbeit in der SPD noch einen Sinn hat, dürfen die Jungsozialisten nicht den Zeitpunkt ihres individuellen Parteieintrittes zum Bezugspunkt nehmen. Vielmehr muß eine realistische Einschätzung der Chancen der innerparteilichen Linken davon ausgehen, daß die inhaltliche Entwicklung der SPD stärker von wirtschaftlichen Faktoren und den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen geprägt wird als von dem guten Willen auch noch so vieler Jussos. Die Linke in der Bundesrepublik Deutschland und in der SPD ist nicht so relevant, als daß sie gesellschaftliche Bewegungen beeinflussen könnte – vielmehr sind wir selbst sehr stark abhängig von solchen Bewegungen. Die Jungsozialisten müssen deshalb einerseits einen Bezug zu gesellschaftlichen Bewegungen gewinnen und sich andererseits stärker als bisher darauf einstellen, daß sie in der jetzigen historischen Situation ihre politischen Spielräume mehr den Differenzierungen der übrigen innerparteilichen Gruppierungen als ihrer eigenen Stärke verdanken. Entschärfte Illusionen über eine schnelle Veränderung der Partei dürfen aber nicht dazu führen, die grundlegende Veränderung der SPD als Ziel aus den Augen zu verlieren oder aus der Arbeit in der Partei zu steigen.

Die Jungsozialisten begrüßen und unterstützen positive Tendenzen hinsichtlich einer stärkeren Identifizierbarkeit der Partei und Fraktionslinken (Steuerpaket, Treffen in Oer-Erkensperresgesetz). Sie sehen auch, daß z. B. die Hamburger Parteilinke große Solidarität bewiesen hat, als ca. 60 Jussos aus der Partei ausgeschlossen werden sollten.

## Organisationsfrage stellt sich nicht

1. Die Mitgliedschaft in der SPD und die damit verbundenen Ausgangsbedingungen für die politische Arbeit sind für die Jungsozialisten eine prinzipielle Entscheidung. Wenn Sozialismus die Angelegenheit einer Mehrheit ist, dann wird dieser Sozialismus in der Bundesrepublik ohne eine aktive Trägerschaft durch die SPD ihre Mitglieder und Wähler nicht erreichbar sein.

— In der SPD ist der größte Teil der politisch aktiven arbeitenden Bevölkerung organisiert.

— Der politische Bewußtseinsstand der breiten Parteimitgliedschaft entspricht dem Bewußtseinsstand der breiten Schichten der Bevölkerung. Beides kann nur gemeinsam verändert werden.

2. Alternative Organisationen und Organisationsformen haben vor diesem Hintergrund keine Aussicht auf politischen Erfolg.

— Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei oder eines unabhängigen sozialistischen Jugendverbandes enthält jeder sozialen Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung und in der Jugend. Die dogmatische Verabsolutierung des Bewußtseinsstandes und der Erkenntnis eines kleinen Teiles der Intelligenz würde sich vom Bewußtseinsstand der breiten Bevölkerungsschichten unvereinbar abheben. Das Spektrum intellektueller Politisierender würde eine weitere bereichert. Die unmittelbaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend und der sozial Benachteiligten könnte nicht glaubwürdig vertreten werden, weil die politische und soziale Verankerung fehlt.

— Die politische Einheit im Kampf um eine demokratische und sozialistische Gesellschaftsordnung würde weiter zersplittern.

3. Das Ziel einer sozialistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung kann in der Bundesrepublik nur erreicht werden, wenn die mobilisierten und organisierten Teile der arbeitenden Bevölkerung die grundlegende Veränderung auf dem Weg zur Aufhebung kapitalistischer Machtverhältnisse erkämpfen und eine Mehrheit der Bevölkerung diesen Prozeß trägt.

Die Zusammenfassung der Kämpfe in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und ihre Ausrichtung auf sozialistische Zielvorstellungen, aber auch Durchsetzung von Reformen zugunsten der Lohnabhängigen, ist unter den gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik ausgeschlossen ohne eine starke, an den Interessen und der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse ausgerichtete und politisch behandelnde Sozialdemokratische Partei.

Die gegenwärtige krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus wird entweder

— zu einem verstärkten Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse führen, — resignative Tendenzen verstärken,

die sich dann in politischer Apathie äußern, oder aber

— es folgt eine Hinwendung zu konservativen faschistischen Parteien

In welche Richtung sich die kapitalistische Krise im Falle der Arbeitslosigkeit auswirkt, ist nicht zuletzt abhängig von der Politik der SPD. In jedem Fall wird die SPD unmittelbar betroffen sein. So werden sicherlich enttäuschte Hoffnungen in die Politik der SPD dazu führen, der SPD ihre Wählerbasis und damit die staatliche Macht zu entziehen. Ob diese Veränderung sich einstellt, ist keineswegs dem politischen Willen der SPD entzogen, sondern ist abhängig davon, inwieweit es der SPD gelingt, die Auseinandersetzungen um sozialistische Positionen und Aussagen in der eigenen Partei offen und zu solidarisieren führen und die Identifikation großer Teile der Wählerschaft mit ihrer Partei wieder zu ermöglichen.

4. Gerade die gegenwärtige Entwicklung in der intrinischen sozialdemokratischen Bewegung, besonders in Westeuropa, blegt auf vielfältige Weise, daß im Prozeß verschärfter Klassenkämpfe eine Überwindung von sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen und die Herausbildung konsequent sozialistischer Politik in den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien auf der Grundlage eines entsprechenden Parteiprogramms möglich ist.

5. Bei der Arbeit der Jungsozialisten in der SPD wird es allerdings darum gehen, diese in eine Partei zu verändern, die sich an den Interessen der breiten Mehrheit der abhängig Beschäftigten und ihrer eigenen geschichtlichen Aufgabe orientiert. Bei den einzelnen Jungsozialisten darf nicht der Eindruck erweckt werden, als sei dieses Ziel in kurzen Zeiträumen zu realisieren. Vielmehr handelt es sich hier um eine schwierige und langwierige, wenn auch prinzipiell lösbare Aufgabe. Insbesondere müßten die Jungsozialisten darauf vorbereitet sein, daß es in der innerparteilichen Arbeit immer wieder Rückschläge und Niederlagen gibt. Das sollte uns aber nicht dazu veranlassen, Parteiarbeit einzustellen, sondern mögliche Fehler zu analysieren und Verbesserungen zu suchen. Die Parteilichkeit der Jungsozialisten muß daher ihre Perspektive deutlich differenzieren, in das, was kurz- und mittelfristig möglich und sinnvoll ist, und das, was durch eine erfolgreiche Mobilisierungs- und Parteilichkeit langfristig an grundlegender Veränderung der Partei möglich sein wird.

### Die große Koalition kommt nicht in Frage

Die Nichtidentifizierbarkeit der SPD als die Partei der abhängig Beschäftigten,

der Jugend und der sozial Benachteiligten geht Hand in Hand mit der Entwicklung einer faktischen „großen Koalition“. Hierin liegt ein weiteres wichtiges Moment, das die Abwendung breiter Wählerschichten und den Rückzug vieler SPD-Mitglieder ins Private begründet. Sollte die Entwicklung nicht aufgehoben werden, sondern sich sogar noch formalisieren, indem ein Regierungsbündnis zwischen SPD und CDU/CSU geschmiedet wird, wären damit wesentliche sozialdemokratische Grundgemeinsamkeiten aufgehoben

Für die Jungsozialisten kommt ein Bündnis zwischen Sozialdemokraten und der Reaktion nicht in Frage. Sie würden sich nicht mittragen und es konsequent bekämpfen.

### Konsequente Parteilichkeit

Die praktische Durchführung einer so weitestgehenden Mobilisierungsarbeit unterliegt aber weiterhin den restriktiven innerparteilichen Bedingungen. Solange die Öffentlichkeitsrichtlinien bestehen und Parteivorstände administrativ in die Juso-Arbeit eingreifen, kann eine erfolgreiche sozialistische Zielgruppenarbeit unterbunden werden. Die politischen Spielräume der Jusos hängen in der gegenwärtigen Situation weitgehend von Differenzierungen der übrigen innerparteilichen Gruppen ab. Eine erfolgreiche Zielgruppenarbeit wird gefördert, wenn es den Jusos gelingt, ihre innerparteiliche Position zu stärken.

Die Veränderung der SPD und damit die Erweiterung der politischen Handlungsspielräume der Jungsozialisten hängt neben der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa auch davon ab, inwieweit es den Jusos gelingt, den Veränderungsprozeß innerhalb der Partei selbst voranzutreiben.

Dies bedeutet in erster Linie, daß sich die Jungsozialisten intensiv an den Diskussionen in der Partei beteiligen. Erforderlich ist die aktive Teilnahme der Jusos an den Ortsvereinsversammlungen, in die sie die Vorstellungen der Jusos bei den jeweiligen Diskussionsgegenständen der Ortsvereine einzubringen haben. Dabei muß von den Jungsozialisten der Bewußtseinsstand der Parteilichkeit in ihre Argumentation einbezogen werden. Die Kandidatur von Jusos für Delegiertenmandate zu Parteitagen ist notwendig, wenn Juso-Positionen auch in höheren Parteigliederungen vertreten werden sollen. Schließlich können Jungsozialisten in Parteilichfunktionen dazu beitragen, die politischen Spielräume der Jusos zu erweitern. „Nur durch eine ständige und konsequente Kontrolle durch die Juso-Basis kann dem häufig auftretenden Anpassungsdruck, dem diese Man-

daträger ausgesetzt sind, widerstanden werden.“

Für die Jungsozialisten besteht innerhalb der Partei die doppelte Aufgabe, durch Teilnahme an der Diskussion kurzfristige und mittelfristige Reformnotwendigkeiten (Arbeitsmarkt, Energiepolitik, Sozialpolitik, Jugendpolitik, Ausbau der politischen Demokratie) wieder zur Heraus-tung einer sozialdemokratischen Identität durch identifizierbare einer breiten Parteilinken beizutragen, und auch durch die Verdeutlichung der Grenzen einzelner Reformmaßnahmen das Bewußtsein der Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltungen zu verstärken.

### Keine Illusionen wecken

Die Jungsozialisten dürfen nicht den Eindruck erwecken, als seien sie oder die Partei insgesamt an den wesentlichen Entscheidungen beteiligt, die immer mehr von den Gremien der SPD ins Kanzleramt oder andere Regierungsstellen verlagert werden. Die Forderung des „Juso-Walktalks“, „Keine unrealistischen Erwartungen wecken“ gilt auch für öffentliche Stellungnahmen der Jusos zu bestimmten Maßnahmen der Regierungspolitik. Hieraus ergibt sich weiterhin, daß die Jungsozialisten verstärkt die innerparteiliche Willensbildung beeinflussen müssen, um Voraussetzungen zu schaffen, daß die derzeitige Regierungspolitik stärker als bisher auch aus den Reihen der Partei selbst kritisiert wird. Es darf dabei nicht der Eindruck erweckt werden, als wenn die Herbeiführung positiver Beschlüsse von Parteiliegion automatisch eine entsprechende Änderung der Regierungspolitik nach sich zieht. Wenn dieser Eindruck in unseren Zielgruppen entsteht, werden diese im Falle des unter den gegenwärtigen Bedingungen häufig zu erwartenden Mißerfolgs die Jungsozialisten für den Fall bestimmter Regierungsentscheidungen verantwortlich machen.

### Entschlossenes Aufräumen mit Mandatsmißbrauch

Will die Partei ihren politischen Führungsanspruch wiedergewinnen und sich zu einer erfolgreichen Mobilisierungsarbeit befähigen, muß sie sich der Kritik, den Fragen und Befürchtungen ihrer Wähler öffnen, als deren Sachwalter sie sich zu verstehen hat. Dazu ist ein entschlossenes Aufräumen mit allen Formen von Amterhaltung, Mandatsmißbrauch und Instrumentalisierung der Partei unabdingbare Voraussetzung.

Daraus ergibt sich:  
Kein Mitglied darf in mehr als zwei

Vorständen von Gliederungen der Partei Sitz und Stimme einnehmen. Ein Mitglied, das dem SPD-Fraktionsrat, einem Kreisrat, einer Gemeinde, eines Landes oder des Bundes angehört, darf nur in einem Vorstand stimmberechtigtes Mitglied sein. Die von Partei und Fraktionen in Aufsichts- und Verwaltungsräte delegierten Parteilichglieder dürfen höchstens zwei Aufsichtsrats- und/oder Verwaltungsratsmandate als Partei- und Fraktionsvertreter wahrnehmen. Gleiches gilt für sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung, der Länderregierungen sowie der kommunalen Mandatsträger. Kandidaten für öffentliche Mandate haben bei ihrer Kandidatur dem für die Wahl zuständigen Parteigremium folgende Angaben zu machen:

- Gegenwärtig ausgeübte Berufe:
  - Unselbständige Tätigkeit unter Angabe des Arbeitgebers (mit Branche), der eigenen Funktionen bzw. dienstlichen Stellung.
  - Selbständige Gewerbetreibende: Angabe des Berufszweiges.
  - Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit bei mehreren Berufen.
- Früher ausgeübte Berufe, soweit sie in Erwartung einer Mandatsübernahme oder im Zusammenhang mit ihr ständig oder zeitweilig aufgegeben worden sind, z. B. auch Tätigkeiten im öffentlichen Dienst.
- Vergütete und ehrenamtliche Tätigkeit als Mitglied des Vorstandes, Aufsichtsrates, Verwaltungsrates, sonstigen Organe oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens sowie einer Körperschaft, Stiftung und Anstalt des öffentlichen Rechts, soweit die Tätigkeiten nicht unter a) fallen. Name des Unternehmens, der Funktion, Körperschaft usw.
- Vergütete und ehrenamtliche Funktionen in Bundesverbänden, Wirtschaftsverbänden, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen, soweit die Tätigkeiten nicht unter a) fallen. Name des Unternehmens, der Funktion, Körperschaft usw.
- Mitgliedschaft in Organisationen und Verbänden.

### Identität der Linken in der Partei

Zur Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD ist es notwendig, daß die Jungsozialisten mit Genossen

und Gruppen in der SPD zusammenarbeiten, die nur teilweise ihre Position teilen, um den Einfluß sozialistischer Positionen insgesamt zu stärken. Die Zusammenarbeit hat aber deutliche Grenzen, wo grundsätzliche Positionen der Jungsozialisten aufgegeben werden. Es muß vielmehr die sozialistische Identität auch in der Praxis konsequent vertreten werden, andernfalls geben die Jungsozialisten ihren sozialistischen Veränderungsanspruch auf. Dies gilt auch für die Mitarbeit im Frankfurter Kreis.

Aus der Doppelfunktion der Jungsozialisten, einerseits Jugend-, andererseits Richtungsorganisation zu sein, ergibt sich die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit der Linken in der Partei. Nur so besteht die Möglichkeit, die Partei zu verändern. Die Jungsozialisten sind dabei aber nur Teil der Linken, nicht die Linke schlechthin. Teil der Linken zu sein, bedeutet aber auch: Absprachen der Linken zu tragen. Dies bedeutet nicht, daß auf weitergehende Forderungen der Jungsozialisten verzichtet werden darf. Eine Zusammenarbeit auf einer solchen Basis würde die Linke in ihrer Gesamtheit ihrem Anspruch, kein zweiter Kanalarbeiter-Personalringel-Kreis zu sein, näher bringen.

Diese Aktivitäten dürfen allerdings nicht nur auf Bundesebene stattfinden, sie müssen ebenfalls Grundlage der Zusammenarbeit der Linken auf der Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereins-Ebene sein. Nur wenn hier eine Zusammenarbeit stattfindet, lassen sich alternative Konzepte zur Regierungspolitik vermitteln und umsetzen. Hierzu ist es notwendig, offene Veranstaltungen, ähnlich der „Erkenschwick“, Treffen der Linken, zur gezielten Diskussion bestimmter Themen, die von der Linken zentral aufgeführt werden sollen, durchzuführen. Beispielhaft sind auch die schon in Schleswig-Holstein gelauenen Seminare zu Themen wie z. B. Arbeitslosigkeit. Dazu kommen gemeinsame Schulungen zu Themen vor Ort, die vor allem auch die öffentliche Umsetzung von Zielen und Forderungen berücksichtigen müssen.

Soll eine gezielte Kampagne bundesweit von der Linken behandelt werden, setzt dies eine Schwerpunktsetzung auf der Grundlage der gemeinsam formulierten Positionen voraus. Das Thema wird theoretisch wie praktisch aufbereitet und als alternatives Konzept in die Parteidiskussion eingebracht. Gleichzeitig erwarten wir von den linken Mitgliedern der Fraktion, daß sie bei Einschränkungen der sozialen und demokratischen Rechte auch Mehrheitsentscheidungen der Fraktion nicht ablehnen und sich als alternatives Konzept in die Basis immer abgelehnt hat, kann es jetzt nicht durch den Fraktionsvorstand ausüben wollen.

Themen, die in der Partei weitestgehend tabuisiert sind, werden von der

Linken rechtzeitig aufgegriffen und breit diskutiert

Personalpolitik ist Ergebnis der Durchsetzung von Inhalten

### Rolle und Funktion der Linken in der Partei

Gegenwärtig gibt es keine handlungsfähige Linke innerhalb der Partei. Dies ist in verschiedenen Ursachen begründet. Es ist der Linken einerseits nie gelungen, ein Konzept zu entwickeln, das die Möglichkeit bietet, eine sozialistische Gesellschaftsform durch kurz-, mittel- und langfristige Teilschritte zu erreichen. Vielmehr hat sich die Linke immer nur an einzelnen Problemen zusammenschlossen, beispielsweise Notstandsgesetzgebung, Steueränderungsgesetz, Kontaktsperrengesetz usw. Dabei hat sie mit wenigen Ausnahmen nur defensiv reagiert. Die Formulierung gemeinsamer Positionen, auch im Sinne dieses Aktionsprogramms, würde die Handlungsfähigkeit und Identifizierbarkeit der Linken erhöhen und auch eine von inhaltlichen Gesichtspunkten losgelöste Personalpolitik erschweren.

Die derzeitige Situation ist charakterisiert durch ein Auseinanderfallen der Partei- und Fraktionslinken. Die notwendige Verankerung von Forderungen der Linken in der Fraktion, in der Partei und die Weiterleitung von Forderungen der Partei in die Fraktionsarbeit findet daher, wenn überhaupt, nur unzureichend statt.

Die Diskussion um das Steueränderungsgesetz und das Kontaktsperrengesetz sind dafür nur einzelne Beispiele. Darüber hinaus zerfallen die oben angesprochenen Kreise in einzelne Individuen, die sich aus persönlichen Gründen in der einen oder anderen Frage der Parteilinken zugehörig rechnen.

Weder andere verhalten sich überaus opportunistisch, nutzen die Linke als nützliche „Idioten“ und sichern sich gleichzeitig bei entscheidenden Abstimmungen auf Seiten der Parteirechten ab. Dies führt dazu, daß die gesamte Linke als opportunistisch abgestempelt wird und ihr der Vorwurf gemacht wird, dies von ihr an der Parteirechten kritisierte Verhalten selbst an den Tag zu legen.

### Selbstgesteckte Ziele nicht erreicht

Es ist der Fraktions-Linken nicht gelungen, die von ihr selbst nach den Bundestagswahlen 1976 festgeschriebenen inhaltlichen Grundsätze durchzusetzen: Rückschritte in den gesellschaftlich relevanten Bereichen zu verhindern und staatliche Kontrolle für eine an qualitativem Wachstum orientierte Reformpolitik zu entwickeln. Es gibt keine Konzepte im Bereich Ar-

beitsmarktpolitik, es werden fast keine Ansätze in die Energiegebiete eingebracht, es gibt kein Offensiv-Konzept zur Stärkung der Freiheitsrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Lediglich Defensivaktionen wurden in den letzten Monaten von einigen MdB's eingeleitet. Aber selbst die Aktionen sind der besten Parteibasis nur durch die verlässliche Darstellung der bürgerlichen Presse bekanntgeworden.

Die Linke hat auf den letzten Parteitag häufig in den entscheidenden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei Personalpolitik vor Inhalte gestellt. Mit dem Argument, bestimmte Absprachen getroffen zu haben, wurden wichtige Inhalte zurückgestellt. Bedingt durch die Schwäche der Juso-Organisation ist es nur in wenigen Bereichen gelungen, eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Diskussion der Linken zu organisieren oder Inhalte in die Linke hineinzufragen. Dies muß auch darauf zurückgeführt werden, daß die v. n. der Jungsozialisten erwarteten Innovationsprozesse in einzelnen Themenbereichen und in der grundsätzlichen Reformdebatte ausblieben, da Jungsozialisten sich mit für die gesellschaftliche Diskussion relevanten Problemen nur am Rande beschäftigten. Hinzu kommt, daß durch die Verringerung des aktiven Potentials Arbeitsansätze nicht weiterentwickelt wurden, wie z. B. im Bereich der Stadtteilarbeit. Damit blieb auch die Unterstützung für linke Partei- und Mandatsträger (z. B. Schulungsreihen) aus.

Die Arbeit der Parteilinken beschränkte sich auf Parlamentsarbeit und klammernde die Basisarbeit vollkommen aus. Eine nähere Bestimmung der Linken ist deshalb dringend erforderlich. Dies kann nur über die Entwicklung einer gemeinsamen inhaltlichen Plattform im Sinne dieses Aktionsprogramms geschehen, die von allen getragen wird und Ausgangspunkt auch für die politische Arbeit in Partei und Fraktion ist.

Vordringlich ist die Entwicklung von Positionen — die ständig fortgeschrie-

ben werden müssen —; mindestens zu folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Ausbau demokratischer Rechte
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Fortschreibung einer an der Mehrheit der Bevölkerung orientierten Bildungspolitik
- Entwicklung einer neuen Weltwirtschaftsordnung
- Verstärkung und Neuaneinanderklärung der kommunalpolitischen Arbeit
- Rolle und Funktion der SPD

Dabei geht es nicht um die Entwicklung eines Fragebogens, der systematisch abgefragt werden kann, sondern um einen kurz- und mittelfristigen Aktionskatalog.

#### Handlungsplethra der Jungsozialisten sichern

Eine wesentliche Aufgabe der Parteilinken ist es, den Handlungsplethra der Juso-Organisation auf allen Ebenen gegen die sich häufenden Eingriffe der Partei abzusichern. Dabei geht es um die ungehinderte Artikulationsmöglichkeit sozialdemokratischer Politik innerhalb und außerhalb der Partei und um solidarische Abwehr von Repressionen, die gegen die Juso-Organisation zielen.

Das bedeutet, daß die Parteilinken

- sämtliche demokratischen Mehrheitsentscheidungen der Jungsozialisten in Sach- und Personalfragen als Juso-Position akzeptiert;
- alle jeweils bestehenden Hauptströmungen im Juso-Verband als legitimen Bestandteil des sozialdemokratischen Spektrums anerkennt und
- zur Zusammenarbeit mit Vertretern aller Gruppierungen auf der Basis der Plattform bereit ist.

— sowie jegliche Eingriffe der Partei solidarisch mit dem Juso-Verband abwehren.

Wir erwarten, daß sich die Parteilinken im Rahmen der Auseinandersetzung um die sog. Öffentlichkeitsrichtlinien im Sinne der Jungsozialisten einsetzt.

Für die Jungsozialisten bleibt die Aufgabe bestehen, politisch und organisatorisch die marxistischen Kräfte in der SPD zusammenzufassen. Die Jungsozialisten werden sich auch in Zukunft auf allen Ebenen der Partei an offenen linkssozialdemokratischen Diskussionskreisen beteiligen bzw. ihre Einrichtung fordern. Sie werden von ihren Grundpositionen ausgehend Vorstellungen einbringen mit dem Ziel, konkrete Handlungsalternativen für die Partei zu entwickeln. Dabei erwarten die Jungsozialisten von den Teilnehmern solcher Diskussionen als Mindestbedingung für ihre Unterstützung aktiven Einsatz zur Veränderung der Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD und Abwehr aller Versuche zur politischen und organisatorischen Schwächung der Jungsozialisten.

Die SPD-Linken und die Jungsozialisten werden nur in dem Maße innerparteilich, aber auch in der Öffentlichkeit orientierend wirken können, wenn

- die konkreten Vorstellungen der Linken in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen durch Mobilisierung verankert werden;
- diese Vorstellungen in Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken zunehmend mehrheitsfähig werden und
- die SPD-Linken in Gestalt ihrer Repräsentanten im Parteivorstand für die gesellschaftlichen Zielgruppen und Parteimitglieder identifizierbar bleibt ihre Vorstellungen öffentlich verdeutlicht und so Mobilisierung fördert

oftmals die Möglichkeit der Mobilisierung der Jugend und die Veränderung der SPD verschenkt.

- Es ist ihnen nicht gelungen, eine politische Identität aller Jusos zu entwickeln. Die subjektiven Bedürfnisse der Jugend und der eigenen Mitglieder wurden dabei weitgehend vernachlässigt, zugunsten langfristiger, an objektiven politischen Kriterien gemessenen Forderungen. D. h., daß die politischen Aktivitäten im Rahmen einer Juso-AG sich nicht nur auf sog., rationale Politikbewältigung beschränken dürfen, sondern auch die Jugend emotional ansprechen und Spaß machen müssen.
- Während die Jusos auch in der Praxis bei der fernenden Jugend verortet sind, ist die Ausrichtung der Organisation auf die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Jugend trotz einer Reihe von Aktionen noch unzureichend.
- Die Funktionen der Jungsozialisten,

- politische Organisation in den gesellschaftlichen Bereichen Schule, Hochschule, Freizeit und Betrieb,
- „Motor“ sozialistischer Denkansätze in Gesellschaft und Partei,
- personelles Rekrutierungsfeld der Partei und
- Mobilisierungsfaktor für junge Mitglieder für die politische Arbeit der Jungsozialisten und der Partei zu sein, sind bisher im Hinblick auf die konkrete politische Arbeit des Verbandes nicht hinreichend beachtet worden. Nur in einer stark arbeitsteiligen Form ist es überhaupt möglich, diese Funktionen wahrzunehmen.

Ausgehend von Impulsen der Studentenbewegung hatten die Jungsozialisten 1969 mit ihrer Tradition als Nachwuchskarrierereifer der SPD gebrochen. Seitdem beanspruchen die Jungsozialisten gleichzeitig linke politische Richtungsorganisation in der SPD und sozialistischer Jugendverband zu sein.

Doch was 1969 weitgehend gemeinsam die rechte Strömung abgelöst hatte, zerfiel in drei theoretische Strömungen, deren Kommunikation sich zunehmend auf Machtauseinandersetzungen beschränkte. Dabei entbehrte die Strategiediskussion der Jungsozialisten vielfach der Klarheit, da theoretische Diskussionen mit Personalentscheidungen gekoppelt wurden und Grundsatzentwürfe zu strategischen Fragen vielfach mit personalpolitisch bestimmten wachsenden Mehrheiten verabschiedet wurden.

Wart die sogenannte Bundesvorstandslinie Antirevisionisten und Stamokap-Gruppierung mangelndes Engagement für die Gesamtorganisation oder Fraktionierung vor, so kritisierten andererseits die beiden „Minderheitsgruppen“ die mangelnde Offenheit der Veröffentlichungen des Bundesvorstandes für kritische Beiträge und einen Quasi-Alliinververtretungsanspruch der Mehrheitslinie für gültige Juso-Strategie.

Sowohl die theoretische Auseinandersetzung mit der Stamokap-Theorie als auch die Kritik des Bundesvorstandes nach unter Roth an der Position der Antirevisionisten hatten für die Betroffenen jeweils den Charakter einer Ausgrenzungsdiskussion mit drohenden administrativen Folgen.

Andererseits verstärkte der Übertritt der Eckert-Gruppe zur DKP (1973) und die Fixierung aufs SB bei gleichzeitiger Lösung von SPD und Jusos durch Teile der Antirevisionisten die Tendenz der Mehrheitslinie eine solche Auseinandersetzung fortzusetzen, obwohl der Hannoveraner Kreis den Schritt Eckerts abgelehnt und vorurteilt hatte.

Eine unzureichend gelöste Einschätzung über Möglichkeiten, Grenzen und Schwierigkeiten bei der Veränderung der SPD, Meinungsverschiedenheiten über den Grad der Zusammenarbeit mit den Parteilinken und die Konfliktfähigkeit der Juso-Arbeitsgemeinschaft in Auseinandersetzungen mit der Partei veränderten die innerverbandlichen Fronten.

Warfen die beiden oppositionellen Gruppierungen der Mehrheitslinie Anpassung an die Partei, mangelnde Konfliktbereitschaft gegenüber der Parteilinken aber auch gegenüber der Parteiführung vor, so berief sich die Mehrheitslinie in der Abwehr der Kritik auf die angeblich unzureichende SPD-Orientierung der beiden Oppositionsgruppen und wart ihnen Illusionen über die Konfliktfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jusos vor.

Jedenfalls bleibt festzuhalten, daß diese Auseinandersetzungen die Jungsozialisten immer heftiger beschäftigt haben, während gleichzeitig der Handlungsplethra der Jungsozialisten durch die Partei immer stärker eingeschränkt wurde, ohne daß dies auch genügend und gemeinsam deutlich gemacht worden wäre.

Die Wahl von Hamburg fiel mit einer äußerst Schwächeperiode der SPD zusammen. Dies war für den rechten Parteiflügel der Anlaß, durch den Konflikt mit den Jungsozialisten von tatsächlich vorhandenen Problemen der Partei abzulenken, die der SPD-Bezirk Niederrhein auf dem Bundesparteitag in aller Deutlichkeit benannt hat.

Andererseits benutzte die Partei die Frage der Abstümpfungsdemonstrationen als auch das spätere Parteivorstandsverfahren gegen Klaus-Uwe Benneter

dazu, die hinter Benneter stehenden politischen Kräfte als auch die Jungsozialisten insgesamt ungläubig zu machen, wenn es um die Konfliktfähigkeit gegenüber SPD und Regierung ging

Seit 1969 wurden eine Vielzahl von Arbeitsforen für die Jungsozialisten erschlossen, die von den einzelnen Arbeitsgemeinschaften in ihrer Praxis nicht alle abgedeckt werden können. Der notwendige Zusammenhang zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen ist nicht immer deutlich genug herausgestellt worden. Die politischen Durchsetzungs-erfolge sind aber im hohen Maße von kontinuierlicher Arbeit in den Basisbezirken und einer koordinierten Arbeitsverteilung innerhalb der Organisationen abhängig. Hierin liegt auch eine wesentliche Bedingung für die Durchführung wirkungsvoller Aktionen und einer verbesserten innerverbandlichen Kommunikation bei den Jungsozialisten.

Die Erfahrungen mit Bundeskongressen und Bezirkskonferenzen zeigen, daß die Basisgliederungen der Jungsozialisten wenig Einfluß auf die Diskussions- und Entscheidungsprozesse im Verband haben.

Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die unterschiedlichen Organisations-ebenen jeweils spezifische Aufgaben zu erledigen haben. So ist z. B. eine Diskussion im Bundesausschuß der Jungsozialisten über die Arbeit des Bundesvorstandes unter strategisch taktischen Gesichtspunkten für die Arbeitsgemeinschaften an der Basis nicht unmittelbar nachvollziehbar. Andererseits erschweren die für eine emanzipatorische politische Sozialisation nützlichen Strukturen einer kapitalistischen Gesellschaft eine stärkere inhaltlich qualitative Beteiligung der Mitglieder und Jugendlichen. Der Verband der Jungsozialisten muß sich deswegen zu einem eigenständigen allparteilichen Aktionsbereich für die Jugend entwickeln unter Einbeziehung der Falken. Das bedeutet z. B. die verstärkte Einbeziehung von kulturellen Arbeitsformen, gemeinsamer Freizeitgestaltung usw.

Auch dort, wo Mobilisierungsarbeit ungehindert möglich war, wurde die notwendige Einheit von mobilisierenden Aktionen und politischer Umsetzung oft nicht beachtet. So beschränkt sich häufig Vertretung von Juso-Politik auf die Durchsetzung bestimmter Forderungen allein in Parteiveranstaltungen, ohne daß entsprechende Aktionen in dem jeweiligen Konfliktfeld initiiert werden. Dadurch sind vielfach die in Versammlungen durchgesetzten Forderungen konsequenzlos Scheinerfolge, die nicht zu einem veränderten politischen Bewußtsein geführt haben und bei anderen Mehrheitsverhältnissen wieder aufgehoben werden. Gerade aber die Durchführung entsprechender Mobilisierungsaktionen und ihre Um-

## 14. Programm für Juso-Arbeit

Wenn hier die Situation der Jungsozialisten auch in erster Linie objektive Hemmnisse bei der Umsetzung von Doppelstrategie verantwortlich sind, so müssen aber gleichfalls selbstkritisch verbandseigene Defekte für die gegenwärtige Krise verantwortlich gemacht werden. Es wird darauf ankommen, diese Fra-

gen und Probleme ehrlich aufzudecken, zu diskutieren und neue Lösungen zu finden. Nur durch politische Regeneration wird es möglich sein, die politische Schlagkraft der Jungsozialisten wiederherzustellen. All diejenigen, die glauben, allein durch veränderte Mehrheitsverhältnisse im Bundesvorstand oder in den Bezirken die Handlungs-

fähigkeit des Verbandes stärken zu können oder gar die Probleme zu lösen, übersehen die tiefen grundsätzlichen Defizite der Arbeit der Jungsozialisten:

- Die Jungsozialisten haben bei ihrer politischen Arbeit als Verband

setzung in der SPD sind eine wesentliche Bedingung für eine stärkere Öffnung der Partei für die Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten und eine notwendige Ausbreitung der innerparteilichen Diskussion.

In der politischen Praxis der Jungsozialisten ist vielfach nur eine mangelhafte Verknüpfung von Parteiarbeit, Theoriediskussion und Arbeit in den gesellschaftlichen Basisbereichen festzustellen. Oft läuft die Arbeit der Jungsozialisten sogar isoliert nur in einem der drei Bereiche. Damit eng verbunden ist die Feststellung, daß es den Jungsozialisten bislang nicht gelungen ist, den politischen Sachverstand des eigenen Verbandes angemessen zu nutzen. Dies gilt insbesondere auch für die Entwicklung von konkreten gesellschaftlichen Alternativen, die als Zwischenschritte bezogen auf längerfristige Konzepte in die aktuelle Diskussion mit einbezogen werden müssen.

Die Theoriediskussion wird nicht für eine selbstkritische Überprüfung der politischen Arbeit und zur Weiterentwicklung eines sinnvollen Theor/Praxis-Verhältnisses genutzt, sondern ist weitgehend nur noch ein Vehikel der internen Machtausensetzungen. So wird diese Auseinandersetzung nur mit Etikettierungen, Diffamierungen und Unterstellungen geführt. Für die Gesamtorganisation führt sie zur Desorientierung. Sie verhindert die notwendige Kommunikationsfähigkeit bei den Jungsozialisten und verhindert eine offene und solidarische Diskussion über unterschiedliche Positionen.

Die Jungsozialisten müssen akzeptieren, daß die bei ihnen repräsentierten drei Grundströmungen historisch stets besondere Ausprägungen der Linken innerhalb der SPD waren. Es geht daher nicht nur um eine bloße Tolerierung, weil man nicht in der Lage ist, einen erfolgreichen Verhandlungswegweisungs gegen andere Strömungen durchzusetzen, sondern die inhaltliche Distinktion im Verband kann nur erfolgreich veranlagert werden, wenn ein Bewusstsein dieser historischen Gemeinsamkeit verbreitet ist und die daraus resultierenden inhaltlichen Gemeinsamkeiten konkret formuliert sind. Gerade die jetzige innersparteiliche Situation macht in aller Hinsicht deutlich, daß sowohl die Abwehr innersparteilicher Unterdrückungsversuche als auch die daraus resultierende Mobilisierung der SPD ein gemeinsames politisches Ziel sein müssen. Ein gemeinsames politisches Ziel ist notwendig, um die notwendigen Einheitsstrategien zu entwickeln.

Die politische Auseinandersetzung im Verband berücksichtigt nicht genügend, daß neben der notwendigen demokratischen Mehrheitsbildung zu Fragen der unterschiedlichen Ausrichtung des Verbandes, die politischen Gemeinsamkeiten aller Bezirke im Vordergrund der politischen Praxis der Jungsozialisten stehen müssen.

Die Art und Weise der machtpolitischen Auseinandersetzungen im Juso-Verband hat ebenfalls zu großen Problemen geführt. Die Ausschaltung von Vertretern unkompetenter Positionen aus Arbeitsorganen des Bundesverbandes, die öffentliche Herabsetzung nicht genehmigter Juso-Bundesvorstände in den jeweils nahestehenden Publikationsorganen, die Schuldzuweisung für nicht durchsetzbare Konflikte an jeweils andere Juso-Strömungen stoßen auf Verständnislosigkeit in den Arbeitsgemeinschaften.

### Bisherige Umsetzung der Doppelstrategie

In der Realität degenerierte die Doppelstrategie bald zum formalen Arbeitsprinzip. Weder gibt es Maßstäbe für und selbstkritische Überprüfung von Basisarbeit, noch wurde deutlich, daß die Arbeit in Institutionen und Gremien unter den Bedingungen der Doppelstrategie eben nicht im bloßen Austausch von Personen bestehen darf. Es hat keine praktische Selbstüberprüfung der Umsetzung dieses qua Beschluß niedergelegten Konzeptes gegeben. Die Doppelstrategie aber, die kein feststehendes Modell sein kann, lebt von der Selbstkritik. Eine überzeugende Alternative ist nicht in Sicht. Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß die Umsetzung der Doppelstrategie auch durch objektive Faktoren erschwert ist:

- durch die restriktiven Einvernehmungsregelungen in der SPD die Mobilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit behindern
- durch die Gäubauwidrigkeitslücke der SPD die Juses vielen Jugendlichen nur als links Alibi erscheinen läßt
- durch den in der ökonomischen Krise erhobten Leistungs- und Konkurrenzdruck der solidarischen Verhalten behindern
- durch die mangelnde Verankerung in Betrieb war die Juso-Arbeit weitgehend auf den Reproduktionsbereich fixiert

Bei der Darstellung der politischen

Konzeptionen dürfen keinesfalls die Schwächen und Probleme übersehen werden, die sich in der Praxis der Jungsozialisten gezeigt haben

- Den Jungsozialisten ist eine Verankerung bei den Zielgruppen, der arbeitenden und lernenden Jugend, nur unzureichend gelungen.
- Einerseits durch die Sozialstruktur der Funktionäre, andererseits durch die Form der Politikausstrahlung ist ihnen ein Vordringen in den Produktionsbereich erschwert.
- Es wurde vielfach nur eindeutig die Arbeit in den Paragremien betrieben, während sich die Mobilisierungsarbeit auf das sporadische Vordringen auf Flugblättern und der Organisation von Informationsständen beschränkte.
- Aber auch konkrete Mobilisierungsarbeit ist oft schnell wieder zusammengebrochen, da entweder keine konkreten und erreichbaren Zwischenziele aufgestellt wurden oder die Mobilisierungsarbeit ausschließlich für die Parteiarbeit instrumentalisiert wurde.
- Faktisch hat sich die Politik auf ein Aufrechterhalten sozialpolitischer Mißstände der Zeiten ökonomischer Krisen im kommunalen Haushalt beschränkt.

Diese Kritik trifft jedoch nicht das Konzept der Doppelstrategie und antikapitalistischen Reform, sondern es ist eine Kritik an ihrem Verständnis und der Handhabung. Das Beispiel der Arbeiterinitiativen im Reproduktionsbereich widerlegt eine Kritik, die sich grundsätzlich gegen die Doppelstrategie richtet. Beispielsweise ist es den Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet gelungen, durch Selbstorganisation ihre konkrete soziale Situation zu erhalten und zu verbessern, ihre Forderungen gegenüber den staatlichen Entscheidungsträgern durchzusetzen, die SPD-Willensbildung erheblich zu verändern und sich dauerhaft zu organisieren. Diese Initiativen vertreten sehr bewußt die Konzeption der Doppelstrategie.

Doppelstrategie muß an den Erfahrungen der Betroffenen ansetzen, um mit diesen gemeinsam sozialistische Perspektiven für ihre Probleme zu diskutieren, nicht jeweils als Problem isoliert, sondern in gesamtgesellschaftlichem Zusammenhang. So sollen sowohl Formen der Selbstorganisation als auch Möglichkeiten der Einflußnahme auf Partei und Parlamente aufgebaut oder verstärkt werden.

Die Fehler, die die Jungsozialisten in der Vergangenheit bei ihrer Mobilisierungsarbeit gemacht haben, müssen in einer Neuorientierung dieser Mobilisierungsarbeit korrigiert werden. Eine Doppelstrategie, die lediglich darauf abzielt, „fallweise“ Betroffene zu mobilisieren, nimmt als Bedingung in sich auf, daß betroffene Bevölkerungskreise bereits „legene Mobilisierungsprozesse“ vollzogen haben. Darüber hinaus orientiert sich diese Strategie jeweils an den Gruppen, die am unmittelbarsten, konkretesten betroffen sind. Dieser Ansatz hat damit zur Folge, daß kontinuierliche Zielgruppenarbeit nicht stattfindet und in Zellen, in denen Ansprüche der Lohnabhängigen zugunsten eines scheinbaren „Gemeinwohls“ zurückgeteilt werden, es kaum noch Ansätze für Basisarbeit gibt.

Darüber hinaus: krankte die Arbeits- und Aktionsformen der Juses noch häufig an den Merkmalen rein intellektueller Politikebewältigung. Juso-Arbeit gilt als „anstrengend“ und bietet wenig Möglichkeiten zu einer dauerhaften Identifikation mit dem Verband.

Hieraus sind folgende Forderungen abzuleiten:

- Mobilisierung und Organisation muß von den Juses als langfristig angelegte Zielgruppenarbeit (arbeitende und lernende Jugend) nach Möglichkeit in ganzen Lebensbereichen (z. B. Stadtteil) wo auch Eltern angesprochen und überzeugt werden können) und nach Berufsfeldern angelegt werden
- Eine sozialistische Zielgruppenarbeit in diesem Sinne bedeutet, daß die Jungsozialisten vorrangig in den Gruppen der Bevölkerung arbeiten aus denen sich ihre eigene Mitgliedschaft rekrutiert - also in den Bereichen Schule, Hochschule, Betrieb, Freizeit, Mühe als bisher eine Verankerung innerhalb der Jugend zu erreichen und an der gewerkschaftlich politischen Mobilisierung der Jugend mitzuwirken
- Die Aufgabe der Jungsozialisten besteht darin, konkrete Interessen-

wahrnehmung und langfristige sozialistische und organisatorische Perspektiven als Teil der SPD zu vermitteln.

Sie bedeutet, daß die Arbeit in den Bereichen, in denen die Jugendlichen unmittelbar ansprechbar sind, Schule, Hochschule, Beruf, Freizeit, verstärkt fortgeführt werden muß. Dabei dürfen sich die Jungsozialisten nicht als Vordenker und Schulmeister der Jugendlichen verstehen und aufspielen, sondern als politische Organisation, die zur Wahrnehmung der Interessen von Jugendlichen wesentlich beiträgt. Die Entwicklung der Jungsozialisten mit umsetzbaren Handlungsanweisungen für die örtlichen Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen ist deshalb über die in diesem Programm aufgeführten Aktions-schwerpunkte hinaus dringend erforderlich.

Sozialistische Zielgruppenarbeit bedeutet nicht,

- daß die Jungsozialisten ihren Anspruch als politische Jugendorganisation aufgeben und sich auf eine unpolitische Jugendarbeit beschränken lassen;
- daß andere Arbeitssätze aufgegeben werden;
- daß sich die Jungsozialisten aus der Parteiarbeit zurückziehen.

So wenig wir auf die Vermittlung von Positionen mittels Flugblätter, Broschüren und Diskussionsveranstaltungen verzichten können, desto mehr müssen andere Arbeits- und Aktionsformen nach vorne treten. Wir müssen dafür sorgen, daß sich wieder ein kulturelles Umfeld um die Sozialdemokratie gruppiert. Politiken mit Songgruppen und Kabarettisten, Lehrlings-theater, Filmclubs, künstlerische Veranstaltungen, Workshops und andere Aktionsformen sind zu entwickeln. Der arbeitenden Jugend muß durch Verknüpfung kultureller und politischer Aspekte der politischen Arbeit Anlaß gegeben werden, in Kontakt mit den Jungsozialisten zu treten und sich gegebenenfalls mit ihnen zu

engagieren. Auf diese Weise kann die Mobilisierung gerade auch bis dahin unpolitischer Jugendlicher verstärkt werden.

Juso-Politik muß den Jungsozialisten selbst und ihren Zielgruppen „Spaß“ machen. Durch Ansprechen unterschiedlicher Bedürfnisse der Aktiven und Symptomatisieren kann so eine umfassende Identifikation mit Jungsozialisten als Organisation hergestellt werden. Emotionale Bindungen der Jugendlichen an ihrer Organisation haben einen wichtigen politischen Stellenwert, weil sie helfen, Enttäuschungen leichter in Solidarität zu verwandeln.

Solchen Maßnahmen muß auch die Schulung genügen. Die Jungsozialisten müssen zu einer Bildungsarbeit wech-seln, die an den eigenen Erfahrungen der Jugendlichen ansetzt und deren Befähigung zu praktischem Handeln in ihrem eigenen Arbeits- und Lebensbereich zum Ziel hat.

Um ihre politischen Vorstellungen der Bevölkerung umfassend bekanntzumachen, durch eine verstärkte Mobilisierung zu erzielen und auch Einfluß auf Willensbildung und Entscheidung der Parteigremien und Parlamenten zu nehmen, führen die Jungsozialisten neben den unterschiedlichen regionalen und lokalen Aktionen politische Kampagnen zu aktuellen politischen Problemen durch. Damit solche Kampagnen größtmögliche politische Wirkung haben, ist es notwendig, sie einheitlich und zeitlich koordiniert durchzuführen.

Der Bundesvorstand hat dabei die Aufgabe zur Durchführung jeweils einen Organisationsplan in Abstimmung mit den Bezirken auszuarbeiten und dem Bundesausschuß zur Beschlussfassung vorzulegen. Ein Organisationsplan soll Angaben enthalten über:

- zeitliche Koordinierung (Festlegung eines begrenzten Zeitraums),
- Vorschläge für Aktionsmodelle (Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Demonstration, Infostände usw.),
- Erstellung von Argumentationshilfen,
- Kontaktaufnahme zu möglichen Bundespartnern und Absprache über gemeinsame Kampagnen.



in den Gewerkschaften mitzuarbeiten, gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen und betriebliche und gewerkschaftliche Erfahrungen in die Willensbildungsorgane der Partei einzubringen.

- Jungsozialisten verfallen dabei nicht in den Fehler, sich als Lehrmeister der Gewerkschaften aufzuspielen. Als Gewerkschafter treten sie dafür ein, daß die politischen und ökonomischen Elemente des gewerkschaftlichen Komplexes zu einer wirksamen Strategie zusammengefaßt werden.
- Gegenwärtig wäre es falsch, den Gewerkschaften oder der SPD die Führungsrolle in den Klassenauseinandersetzungen zuzuerkennen oder sorgfältig das Terrain des weitigen Agitationsfeldes abzustekern. Derartige Versuche würden nur die eine oder die andere Seite schwächen, ohne den Kampf schon zu einem gemeinsamen zu machen.

### Betriebsräte und Personalvertretungen in ihren Beteiligungsrechten stärken

- Die betriebliche Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist einzuführen.
- Die „Friedenspflicht“ der Betriebs- und Personalräte ist abzuschaffen.
- In allen personellen Maßnahmen müssen Betriebs- und Personalräte ein Initiativ- und ein Veto-Recht bekommen.
- Die Spaltung der Arbeitnehmer in Gruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) in den Betriebs- und Personalvertretungen ist abzuschaffen.

### Gesetzliche Differenzierung zwischen Arbeitnehmern abschaffen

- Arbeiter, Angestellte und Beamte sollen gleiche Rechte und prinzipiell gleichen Status haben. Bei der schrittweisen Verwirklichung dieser Forderung sind die jeweils günstigsten Regelungen zu verallgemeinern.
- Im öffentlichen Dienst ist das einheitliche Personalrecht einzuführen.
- Die Europäische Sozial-Charta soll in der Bundesrepublik Deutschland uningeschränkt gelten (= Streikrecht für Beamte).
- Die gesetzliche Sozialversicherung muß für alle Beschäftigten Pflicht werden.

### Diskriminierung der Frauenarbeit beseitigen

- Neben der Abschaffung von dis-

kriminierenden Eingruppierungen bzw. Arbeitsplatzbewertungen von Frauenleistungen muß durch allgemeine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit die Möglichkeit geschaffen werden die Aufteilung in Hausarbeit (weiblich) einerseits und Lohnarbeit (männlich) andererseits zu überwinden.

- Der Zugang von Frauen zu allen Berufen ist durch Quotierung des weiblichen Anteils in gewerblich-technischen Ausbildungsgängen und Berufen zu fördern.

### Verbesserung der Situation des einzelnen Arbeitnehmers

Weil Arbeitnehmer gegenwärtig ihrer Arbeitskraft unter Marktbedingungen verkaufen müssen, gilt es, allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die sie zwingen könnten, Preisgeständnisse zu machen, d. h. Lohneinbußen in Kauf zu nehmen.

Außerdem muß der Erhalt ihrer Arbeitskraft gesichert werden (Unfallschutz, Humanisierung, Weiterbildung, Umschulung).

### Arbeitnehmer finanziell absichern

- keine zeitliche Begrenzung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (Abschaffung der Arbeitslosenhilfe)
- Erhöhung des Arbeitslosengelds auf zunächst 75 Prozent des letzten Netto-Einkommens (bisher 68 Prozent)
- gesetzliche Einführung eines Mindestlohns und einer Mindestrente
- keine Lücken mehr in Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung (jede abhängige Arbeit ist versicherungspflichtig)

### die Entwertung der Arbeitskraft verhindern

- tarifliche Einführung einer verkürzten täglichen Arbeitszeit von zunächst 7 Stunden (35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich
- Novellierung des Bundesurlaubsgesetzes (gesetzlicher Mindesturlaub 25 statt bisher 18 Arbeitstage) und der Arbeitszeitordnung (Wochenhöchst Arbeitszeit 40 statt 48 (60) Tageshöchst Arbeitszeit 8 statt 10 (12) Stunden).
- Gesetzliche Maßnahmen zum Abbau von Sonderschichten und Überstunden

- gesetzliche Beschränkung von Schichtarbeit auf ein Minimum
- gesetzliche Einführung eines 14-tägigen Bildungsurlaubs für gewerkschaftliche, politische und berufliche Bildung

- Lohnsicherung in höherem Alter
- Verbesserung des Kündigungsschutzes durch Einführung der Arbeitgebergerichte auf Kündigung, wenn Betriebs- oder Personalrat der Maßnahme widersprochen hat
- Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei Kündigungsfristen (a) gesetzlich: § 622 BGB, § 2 AngKStG, (b) tariflich

- Verbesserung der Umschulungsförderung nach dem Arbeitsförderungs-gesetz. Gesetzlich die Finanzierung durch Unternehmen regeln.
- Vorengung der Zumutbarkeitsgrenze für anzunehmende Arbeit nach dem AfzG auf zumindest gleich-bezahlte Tätigkeiten.
- 10. Pflichtschuljahr und Berufsgrundbildungsjahr, Berufspflichtig bis zum 18. Lebensjahr
- Erhöhung der Ausbildungsförderung. Kein Numerus clausus, keine Regelstudienzeit.

### Vorrang von Beschäftigungspolitik

Unter kapitalistischen Bedingungen darf das Arbeitslosenproblem nicht allein dadurch gelöst werden, daß nur die von Unternehmern nachgefragte Arbeitskraft durch Verkürzung der individuellen Arbeitszeit unter eine größere Zahl Arbeitswilliger verteilt wird. Abgesehen von Schwierigkeiten, den rein rechnerischen Überschuß von Arbeitskraftnachfrage in konkrete Arbeitsverhältnisse zu verwandeln, wird durch eine solche Politik die gesellschaftlich zu leistende Arbeit zur Funktion der durch krisenhafte Wirtschaftsentwicklung beeinflussten anarchisch getroffenen Unternehmer-Entscheidungen.

In der Diskussion der vorgeschlagenen Arbeitsverteilungskonzepte wird meist vernachlässigt, auf wessen Kosten sie geschehen sollten:



Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte läßt es im Interesse der Weiterentwicklung der Gesellschaft noch nicht zu, ständig auf den Einsatz von Millionen von Arbeitskräften zu verzichten.

Staatliche Wirtschaftspolitik muß deshalb vor allem selbst bis 1985 etwa 3 Millionen qualifizierte neue Arbeitsplätze schaffen, auf deren gesellschaftlich sinnvolle Arbeit verrichtet wird.

Dies kann nur begrenzt durch die Erzeugung neuer Mengenkonzentrate plus Praxiskontrolle geschehen. Einmal sind die staatlichen Möglichkeiten zur Erhöhung der Massenkauflkraft begrenzt, zum anderen läßt dieses globale Mittel die notwendige qualitative Steuerung der Produktion vermissen.

Für Jungsozialisten ist deshalb an einem solchen Konzept die in Grenzen mögliche Korrektur unterschiedlicher Einkommen wichtig. Durch Erhöhung der Sozialhilfessätze, des Arbeitslosengelds, der Kleinrenten, der Ausbildungsförderung und durch eine Steuerreform zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen kann neben Hebung der Massenkauflkraft großes soziales Elend gebessert werden. Bei der Finanzierung der Umverteilung über den Staat ist darauf zu achten, daß nicht wieder

nur die Arbeiterinkommen über Steuern untereinander umgeschichtet werden.

Wichtigere Mittel sind direkte staatliche Eingriffe

### Vergesellschaftung bei einzelnen Monopolen schon jetzt verwirklichen

Die Vergesellschaftungsfrage kann von uns nicht ständig als langfristiges Ziel im Hinterkopf herumgetragen werden.

Zunächst müssen die wichtigsten Monopole der Schlüsselindustrien und Banken benannt werden, die zu vergesellschafteten sind.

Dann sind Konzepte für die Übertragung einzelner Eigentumsanteile auf den Staat zu entwickeln (z. B. zuerst die von staatlichen Geldern abhängigen Rüstungskonzerne, die leitungsgebundene Energie produzierenden Unternehmen). In Kampagnen ist dann die Enttarnung dieser Konzerne zu fordern. Gleichzeitig müssen demokratische Lenkungsmodelle verstärkt diskutiert und unter den Belegschaften popularisiert werden.

### staatliche Subventionsvergabe instrumentalisieren

Subventionen dürfen nur noch bei Schaffung neuer Arbeitsplätze (und deren vertraglicher Garantie) für die Herstellung gesellschaftlich sinnvoller Produkte und Dienstleistungen vergeben werden. Dem Subventionsgeber muß Buchkontrolle, Kalkulation, Preis- und Produktionskontrolle eingeräumt sein (Ausbü- dung z. T. durch kollektive Organe: Gewerkschaften, Betriebsräte). In wichtigen Bereichen sollen Subventionen nur in Form staatlicher Beteiligungen vergeben werden (z. B. technologische Großforschung).

### mit staatlichen Eigeninvestitionen staatliche Unternehmen begründen

In den Bereichen Bahn, Post, alternative Energieversorgung, Wohnungsbau, Umweltschutz usw. sind staatliche Eigeninvestitionen vorzunehmen. Gegebenenfalls sind eigene neue Unternehmen zu gründen. In ihnen sollen beispielhaft betriebliche Beteiligungsmodelle erprobt werden.

## Forderungen

### Kurzfristige Forderungen

Kurzfristig sind folgende Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu ergreifen:

- Einführung des 10. Pflichtschuljahres für alle, sowie des Berufsgrundbildungsjahres bei Beibehaltung der Berufspflicht bis zum 18. Lebensjahr oder bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses.

An den Berufsschulungen besteht keine Arbeitspflicht. Die Stundenzahl darf nicht sechs Unterrichtsstunden pro Tag überschreiten.

- Erhöhung des gesetzlich vorgeschriebenen Jahresurlaubs auf sechs Wochen.
- Bundesweite Einführung eines 14-tägigen Bildungsurlaubs.

### Erhöhung der Massenkauflkraft

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist ohne Oberkapazitätskrise. Kapazitäten liegen brach. Sie können durch Forderung der Nachfrage reaktiviert werden.

Eine Möglichkeit hierzu ist die Erhö-

### Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausfall lehnen die Jungsozialisten scharf ab. Eine solche Maßnahme käme einer Umverteilung der Einkommen abhängig Beschäftigter untereinander gleich und die Kapitalselle bleibe trotz steigender Gewinne davon unberührt.

Die Arbeitszeitverkürzung soll in folgenden Formen vollzogen werden:

- Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Vorziehung der Altersgrenze.
- Stufenweiser Abbau der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer.
- Abbau von Sonderschichten und ungerechtfertigten Überstunden.

hung der Massenkauflkraft, sowohl durch staatliche Maßnahmen als auch im Tarifbereich. Dabei sind geeignete Maßnahmen nach sozialen Kriterien zu differenzieren, um ein weiteres Auseinanderklaffen der Einkommensstruktur zu verhindern.

Die staatlichen Möglichkeiten sind:

- die Erhöhung der Sozialhilfessätze,
- die Erhöhung des Arbeitslosengeldes,
- die kontinuierliche brutto-lohnbezogene Erhöhung der Sozialrenten,
- die Senkung der Lohnsteuer zugunsten kleinerer Einkommen,
- Verzicht auf weitere Erhöhungen der Mehrwertsteuer,
- die Erhöhung der Ausbildungsförderung,
- Anhebungen für weitere Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst,
- gesetzliche Festlegung eines Mindesteinkommens,
- die Erhöhung der Kleinrenten.

Die Forderung nach Erhöhung der Maskenkaufkraft kann neben konjunkturellem und arbeitsmarktpolitischen Effekten ein Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit zugunsten von Empfänger kleiner Einkommen und sozial Benachteiligter sein.

Die Möglichkeiten im tarifpolitischen Bereich liegen in einer offensiven, durch die staatliche Politik legitimierte Tarifpolitik der Gewerkschaften, z. B. in der Förderung von Sockelgehältern.

### Öffentliche Investitionstätigkeit

Mehr öffentliche Investitionen können ein Beitrag zu mehr qualitativem Wachstum sein, einem Wachstum nämlich, das mehr an Lebensqualität für die Bevölkerung bringt.

Besondere Bereiche sind:

- Der Bildungs- und Qualifikationsbereich.** Bei Ausführung der Ziele des Bildungsgesamtplanes und bei Ausbau der Weiterbildung werden zahlreiche Großindustrien getroffen und gleichzeitig eine erhebliche Anzahl an Dauerarbeitsplätzen für Lehrer, Schulpsychologen, Hausmeister, Verwaltungsgestellte geschaffen.
- Der Bereich der Sozial- und Jugendhilfe.** Der Bedarf an Beratung, an außerschulischer Erziehung, Familienhilfe, Suchtkrankenhilfe, Betreuung psychisch Kranker ist erheblich. Die Jugendhilfersatzreform wurde bislang aus Kostengründen nicht verwirklicht. Die Ausweitung der Sozial- und Jugendhilfe würde ebenfalls Investitionen auslösen als auch Dauerarbeitsplätze für Sozialarbeiter, Erzieher, Psychologen u. a. schaffen.
- Der Bereich der Freizeit.** Der Ausbau qualifizierter Freizeiteinrichtungen und -maßnahmen, sowohl in Form von Erholungsmaßnahmen als auch als Aktivfreizeit ruft Investitionen besonders in den Erholungsschwerpunkten der Ballungsregionen und ländlichen Zone hervor, schafft Arbeitsplätze und zieht private Investitionen nach sich.
- Eintritt der Infrastruktur, Umweltpolitik und Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt zur Erzielung eines qualitativen Wachstums.** Privatinvestitionen auf diesem Gebiet müssen durch gesetzliche Auflagen erzwingen werden.
- Verstärkte Innovationspolitik auf den Feldern alternativer Formen der Energieversorgung, Umwelt, Verkehr und Kommunikation, Elektronik, Gesundheitstechnologie, Humanisierung der Arbeitswelt.**
- Im Rahmen der Energiepolitik soll ein 10 Jahresprogramm zur Wärme-**

dämmung und Hausisolierung mit einem Gesamtvolumen von 70 Milliarden DM für 7 Millionen Wohnungen aufgelegt werden.

- Finanzielle Aufstellung raumordnerischer und strukturalistischer Konzepte.** Hierzu gehört die überörtliche und überregionale Verkehrsanbindung der Entwicklungsschwerpunkte besonders im ländlichen Raum, die infrastrukturelle Ausstattung der Entwicklungsschwerpunkte und die Stärkung des tertiären Sektors im ländlichen Raum. Gleichzeitig muß ein Minimalstandardprogramm für die Siedlungsschwerpunkte aufgestellt werden, die nicht mehr eine eigenständige industrielle und gewerbliche Entwicklung haben können. Dieses „Programm zum Ausbau und zur Sicherung soziokultureller, wohnungsnaher Infrastruktur in kleinen Gemeinden“ muß besonders gefördert werden.
- Die öffentlichen Unternehmen des Banken- und Nichtbankensektors sind auf die gezielte Erfüllung der öffentlichen Entwicklungspläne hin zu verpflichten. Die Bereitstellung von öffentlichem Risikokapital soll durch staatliche Entwicklungsgesellschaften erfolgen.

### Finanzierung

Die Finanzierung der hier vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen soll erfolgen durch:

- Höherer Nettokreditlaufnahme der öffentlichen Hand (Staatsverschuldung).
- Verzicht auf Steuergeschenke an Gewerbe und Industrie.
- Stärkere Besteuerung hoher und Entlastung kleinerer Einkommen.
- Umleitung der bislang zur Förderung privater Investitionen aufgewandten Mittel.
- Senkung des Rüstungshaushaltes.
- Schaffung einer Aktivreserve der Bundesbank, die auf Antrag der Bundesregierung freigesetzt werden soll.
- Integrierte Finanzierung aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze öffentlicher Haushalte, der Öffnung der Finanzierungsmöglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsplatzbeschaffung und stärkere Berufsförderung.
- Sockelanhebungen bei staatlichen Transferleistungen und Einfrierung hoher Leistungen und Gehälter.
- Ausweitung der steuerlichen Betriebsprüfung.
- Abbau der Subventionen.
- Strukturfonds zur Förderung struk-

turpolitischer Investitionen in Verfügung von Wirtschafts- und Sozialräten

- Langfristige Gesamtrechnung von Kosten und Nutzen bei Gegenüberstellung sozialpolitischer Maßnahmen im Bereich der Therapie und Pflege, der Sozialhilfe u. a. auf der einen und vorbeugender Förderung auf der anderen Seite.

### Demokratisierung der Wirtschaft

Ziele, an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientierte Wirtschaftspolitik kann nur betrieben werden, wenn die Quantität, Qualität und Zeitabfolge geplanter Investitionen durchsichtig sind und damit ins politische Kalkül des Staates und der Arbeitnehmerorganisationen miteinbezogen werden können.

Hierzu sind folgende Instrumente zu schaffen:

- Ausgeglichene private und öffentliche Investitionen ab einer bestimmten Größenordnung (im Sinne des OT '85 (Investitionsmeldstelle).
- Ausbau der staatlichen Analyse- und Prognoseinstrumente unter besonderem Einbezug sozialer Indikatoren, Deckungsgleichheit von Verwaltungsräumen, wirtschaftspolitischem Aktions- und Planungsraum und Erhebungseinheit der öffentlichen Statistik.
- Volle partizipative Mitbestimmung.
- Aufbau von Wirtschafts- und Sozialräten.
- Offenlegung der Personalplanung und Personalpolitik aller Unternehmen.
- Ausbau eines Ge- und Verbotssystems für die Standortpolitik.
- Beteiligung unabhängiger Wissenschaftler an der Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung.
- Intensivierung der Diskussion von Raumordnung, regionaler Wirtschaftspolitik und deren möglichen politischen Auswirkungen.

### Mittelfristige Forderungen

Die Jungsozialisten wollen nicht die Illusion wecken, als sei ein stetiges Wirtschaftswachstum bei Preisstabilität und Vollbeschäftigung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung langfristig zu sichern. Die vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen sollen die materielle

Lage der arbeitenden Menschen kurzfristig verbessern und damit auch ihre Komposition ausbauen. Gleichzeitig wird der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft, die Vermachtung von Märkten fortschreiten und die Kluft zwischen Produktivitätsfortschritt und Beschäftigung größer. Der Konflikt zwischen betriebswirtschaftlich gesehener kostengünstiger Standortplanung privater Unternehmen und dem gesellschaftlichen Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen, Umweltschutz und Erholung wird sich weiter verschärfen. Privatwirtschaftliche Profitmaxime werden für weitere Überproduktionskrisen bei Inflation und Verlust an Reallohnwächsen sorgen. Der Handlungsspielraum des Staates wird weiter eingeschränkt. Die möglichen Erfolge kurzfristiger Arbeitsmarktstrategien sind gefährdet.

Mittelfristig ist deshalb folgendes Maßnahmenbündel notwendig:

- Weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch 35-Stunden-Woche und Erweiterung des Jahresurlaubs.
- Veröffentlichung der Verpflichtungen und Entscheidungsstrukturen

### Langfristige Forderungen

Staatliche Investitionslenkung im Kapitalismus birgt die Gefahr in sich, daß

in marktbeherrschenden Unternehmen (auch regionalen Monopolen).

- Integrierte Gesamtplanung für möglichen Maximalbedarf an Gütern, Dienstleistungen, soziokulturellen Angeboten.
- Investitionsverbote für bestimmte Produkte.
- Investitionslenkung nach regionalen und sektoralen Kriterien auf der Grundlage einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
- Änderung des Außenhandelsgesetzes zur Behinderung von Kapitalexport.
- Internationale Abkommen zur gegenseitigen Verfolgung von Kapitalflucht.
- Koordinierung aller öffentlichen und halböffentlichen sowie gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

der Staat lediglich die privatwirtschaftlichen Maximen der Unternehmensführung unter Begünstigung hochkonzentrierter Wirtschaftsbereiche nachvollzieht und damit ohne Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Ziele die optimale Kapitalverwertung garantiert

Mit Hilfe des Staates kann so ein umfassendes Investitionskartell entstehen, wenn die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen keinen Einfluß auf die entsprechenden Entscheidungen gewinnen. Die Jungsozialisten fordern deshalb

- die Vergesellschaftung strukturbestimmender Unternehmen möglichst auf europäischer Ebene;
- die Verstaatlichung der Banken.

In Verbindung von Vergesellschaftung und partizipativer Mitbestimmung auf der einen und staatlicher Wirtschaftspolitik und der Beteiligung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialräten auf der anderen Seite ist eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtete Wirtschafts- und Unternehmenspolitik möglich, die die Gefahr der Bürokratisierung von vornherein weitgehend ausschließt.

### Aktionen

Aufgabe der Jungsozialisten ist es, ihre kurz-, mittel- und langfristigen Forderungen zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit

- auf allen Gliederungsebenen als Identifikationsmerkmal allen Jungsozialisten zu vermitteln,
- in die SPD zur Veränderung ihrer Politik hineinzutragen und für deren Verbindlichkeit zu kämpfen,
- in die Bevölkerung zu tragen und über Mobilisierung für die Forderungen zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen.

Ansatzpunkt der praktischen Juso-Arbeit sind:

- die Innerverbandliche Schulungsarbeit,
- breit angelegte öffentliche Kampagnen,
- Oberzeugungsarbeit in der Partei,
- Zielgruppenarbeit in Schule und Hochschule, in Betrieb und im Wohnbereich.

### Schulungsarbeit

Der Bundesvorstand erstellt in Zusam-

menarbeit mit den Bezirken Schulungseinheiten zum Bereich:

- Massenarbeitslosigkeit
- Humanisierung der Arbeitswelt
- regionale Strukturpolitik
- Demokratisierung der Wirtschaft.

Zu diesen Bereichen werden Musterreferate erarbeitet, die Lf die innerparteiliche Diskussion abgestellt werden.

Die Bezirke bieten zentrale und dezentrale Seminare auf der Grundlage der Schulungseinheiten den Unterbezirken an.

### Kampagnen

Der Bundesvorstand führt eine bundesweite Kampagne für das Recht auf Arbeit, für Demokratisierung der Wirtschaft durch. Sie soll deutlich machen, welche unmittelbaren Auswirkungen Demokratisierung der Wirtschaft im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit haben kann. Gleichzeitig sollen die Forderungen Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Maskenkaufkraft, öffentliche Investitionstätigkeit parisiert werden.

Für diese Kampagnen werden zwei zentrale Flugblätter (Text/Eindruck) und zwei Plakate bereitgestellt. Außerdem bietet der Bundesvorstand

- Großflächenplakate für 1-Wochen-Aktionen
- Flugblattvorlagen
- Artikeldienste

den Untergliederungen an. In Zusammenarbeit mit den Bezirken werden regionale zentrale Großveranstaltungen als jeweiliger Auftakt der Kampagne durchgeführt, die der Bundesvorstand nach Kräften unterstützt.

Die Arbeitsgemeinschaften unterstützen die Kampagnen durch eigene Diskussionsveranstaltungen, Informationsstände, Schwerpunktausgaben von Stadtteilzeitungen, Betriebsflugblätter, Prospektarbeit mit regionalen oder örtlichem Bezug und der Mobilisierung in den Ortsvereinen der SPD.

Um vor allem junge Arbeitnehmer in diese Aktionen einzubeziehen, kann die örtliche Arbeitsgemeinschaft eine Theatergruppe einrichten, die z. B. persönliche Erfahrungen in einem selbstgeschriebenen Theaterstück aufarbeitet. Als Straßenaktion bietet sich weiterhin eine sogenannte Verlesung von Lehrtexten an, bei der die meisten Lose Niete sind.

Der Bundesvorstand und die Bezirke erarbeiten gemeinsame Termpläne die Bezirke ihrerseits mit den Unterbezirken und die Unterbezirke mit den Arbeitsgemeinschaften.

## Zielgruppenarbeit

### Arbeitende Jugend

- Branchenbezogene Argumentationshilfen über den Zusammenhang „Wachstum – Energiewachstum – Arbeitslosigkeit“ (s. Aktionsbereich Wachstum/Energie).
- Vorlagen für betriebsbezogene bzw. branchenbezogene Flugblätter, die von Arbeitsgemeinschaften durch örtliche und regionale Akzente aktualisiert werden sollen, aber gleichzeitig eine bundeseinheitliche Argumentation bei der Vermittlung der kurz-, mittel- und langfristigen Empfehlungen der Jungsozialisten ermöglichen sollen.
- Aktionsleitfäden zur Organisation von Gewerkschaftsforen, gegebenenfalls gemeinsame Erarbeitung mit dem AFA-Bundesvorstand. Hierdurch soll ein Signal gesetzt werden für die Organisation offener Gesprächskreise zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften über alternative wirtschaftspolitische Strategien.
- Entsprechend den Juso-Schüler-Expres soll eine überregionale Lehrungszeitung.

Politische Mobilisierung setzt Identifikation mit den Jungsozialisten in allen Bereichen voraus. Kulturarbeit als Mittel der Entfaltung eigener Fähigkeiten ist dabei neben den Ansätzen am Betrieb oder an betrieblichen Konflikten zu berücksichtigen. Sie dient dazu, durch das Aufbrechen von passivem Verhalten, die Stärkung des Selbstbewusstseins vorzunehmen. Dies ist nicht unpolitisch, auch wenn hier keine präzisen politischen Zielsetzungen vorliegen. Es ist deshalb notwendig, Theatergruppen, Songgruppen usw. durch Jungsozialisten zu gründen.

Oberstes Ziel bleibt dabei, Erkenntnis von Problemen zu vermitteln, sich selbst zu organisieren, Forderungen zu entwickeln und Solidarität zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitlosen zur Grundlage zu machen. Nach und nach können sich die Jungsozialisten, wenn sich die organisatorischen Möglichkeiten für die Organisation geschaffen haben, aus der Arbeit zurückziehen.

In dieser Phase sollen an organisatorischer Hilfestellung Eindrucks-Flugblätter, Aufkleber, Plakate, usw. zur Verfügung gestellt werden. Als Hilfestellung sollten darüber hinaus noch Texte von Politgruppen, Straßentheater, Song-

gruppen zusammen- und den Untergliederungen zur Verfügung gestellt werden

In der Aktionsphase müssen Jungsozialisten mit den Betroffenen an die Öffentlichkeit herantreten. Dazu gibt es eine Reihe von Beispielen, die im Bereich der Gewerkschaftsgruppen angesiedelt sind. Es kann hier nicht darum gehen, dieses im Detail darzustellen, sondern das im Rahmen eines Arbeitskreises zu erarbeiten

Beim Bundesvorstand soll zur Vorbereitung dieser Aktion ein Arbeitskreis eingerichtet werden, der neben Mitgliedern des Betriebs- und Gewerkschaftsarbeiters Sozialarbeiter, Mitglieder aus Arbeitslosen-Initiativen, Schüler und aktive Mitglieder aus Arbeitsgemeinschaften umfassen soll.

Sämtliche Materialien müssen den einzelnen Phasen zugeordnet werden, mindestens 2 Monate vor dem Einsatz erstellt sein.

Zur Vorherberung der Kampagnen sind Seminare auf Bezirksebene durchzuführen, die auch Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten vermitteln.

### Wohnbereich

Weiter werden angeboten:

- Artikeldienst für Stadtteilzeitungen u. a. mit dem Schwerpunkt „Recht auf Arbeit“, der möglichst gemeinsam mit dem Artikeldienst des Parteivorstandes an alle Redaktionen von Stadtteilzeitungen verschickt werden soll. Ein solcher Artikeldienst trägt der Tatsache Rechnung, daß sehr viele Ortsvereine- und Stadtteilzeitungen von Jungsozialisten erstellt werden, der PV-Artikeldienst jedoch nicht immer den differenzierten Argumentationsbedürfnissen der Jungsozialisten entspricht.
- Ein Aktionsfahrplan für die Arbeit mit jugendlichen Arbeitslosen in Jugendzentren, in dem besonders auch die pädagogischen Probleme der Zusammenarbeit von Schülern und jungen Arbeitern aufgezeigt und einer Lösung zugeführt werden sollen. Eine Argumentationshilfe zum Problem Arbeitslose, Alkoholkonsum, Tabletten- und Drogenmißbrauchs aber auch der Vereinzelung und Sensibilisierung bei längerfristig Arbeitslosen vermitteln soll und der konservativen Argumentation von den „in Wirklichkeit nur tauben Arbeitslosen“ entgegentreten soll.

### Schule/Hochschule

Für die Arbeit im Schulbereich ergreift der Bundesvorstand folgende Maßnahmen:

- Schwerpunktausgabe des Schüler-Expres zum Thema „Arbeitslosigkeit und Qualifikation“

- Artikelendienst für Schülerzeitungen mit Artikelmaterial zum Problem Massenarbeitslosigkeit, unter besonderer Berücksichtigung von Karikaturen, grafischen Darstellungen und Tabellen

- Erarbeitung einer Unterrichtseinheit: „Arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik“, die sozialdemokratischen Lehrern und Schülervertretungen angeboten werden soll. Auf Landes- und in den einzelnen Schulen werden die Jungsozialisten, die Schülervertretungen, angehalten, der weltfremden Ideologie einer hellen sozialen Marktwirtschaft in Schulbüchern und offiziellen Unterrichtsmaterialien Gegeninformationen entgegenzusetzen. Die Schülervertretungen sollen in die Lage versetzt werden, altersgruppenspezifisch alternative Unterrichtseinheiten in Selbstorganisation einzubringen.

Die Juso-Hochschulgruppen werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Schwerpunktsetzung diese Kampagne zu unterstützen.

### Alternative Aktionsformen

1. Grundvoraussetzung für das Gelingen dieser Aktion ist eine Motivation der eigenen Organisation.

Weitgehend fehlt heute ein Verständnis für Arbeitslosigkeit und die Folgeprobleme der Betroffenen.

Vielfach kommen Jungsozialisten aus einer Sozialstruktur, in der sie diese Probleme nie erlebt haben. Es ist deshalb notwendig, auf Bundesebene ein dreiteiliges Schulungsangebot zu erstellen und über Bezirke, Unterbezirke in die Arbeitsgemeinschaften umzusetzen.

a) Die erste Schulungseinheit, die möglichst in Form eines Seminars abtaufen sollte, umfaßt den Bereich „Ursachen der Arbeitslosigkeit“

- Strukturkrisen – Konjunkturkrise
- Jugendarbeitslosigkeit durch fehlende Ausbildungsplätze
- Jugendarbeitslosigkeit durch fehlende Arbeitsplätze
- Rationalisierung

Die Materialien werden so bearbeitet, daß sie jederzeit ohne „Dolmetscher“ in den Arbeitsgemeinschaften eingesetzt werden können.

b) Die zweite Schulungseinheit umfaßt die Vermittlung eines Verständnisses für die Probleme der Betroffenen. Dazu ist kein Seminar, sondern die normale Gruppenarbeit der Arbeitsgemeinschaft ausreichend. Es sollten möglichst arbeitslose Jugendliche eingeladen wer-

den, die berichten, welche Versuche sie unternommen haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, welche Probleme sich für sie ergeben (Eternhaus, Kameraden usw.) Darüber hinaus sollten Filme eingesetzt werden. Der Bundesvorstand erstellt dazu ein Info, mit einer Übersicht über brauchbares Filmmaterial, Bezugsadressen usw. Ebenfalls sollten die Bezirke ReferentInnen zusammenstellen mit Gewerkschaftern, Sozialarbeitern, die beispielsweise im Rahmen des Sonderprogramms in NRW eingestellt wurden und mit Adressen über Selbsthilfegruppen.

c) Die dritte Schulungseinheit beinhaltet das Problem der Umsetzung von Forderungen. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß Jungsozialisten keine Arbeitsplätze oder Ausbildungsstellen schaffen können. Es geht vielmehr um die Entwicklung von Aktionsformen, die eine Mobilisierung der Betroffenen ermöglicht. Hierzu erstellt der Bundesvorstand ein Info mit Aktionsbeispielen. Dieses Info soll vor allem auch die Funktion der bisher total unterbewerteten Kulturarbeit darstellen. Es ist nämlich falsch und elitär, Kulturarbeit als „Emotionalisierung an Stelle von Politisierung“ zu bezeichnen. Daß diese Gefahr besteht, soll nicht geleugnet werden. Es ist deshalb um so wichtiger, die Funktion der Kulturarbeit innerhalb der Arbeit der Jungsozialisten sehr genau zu bestimmen und in den Arbeitsgemeinschaften viel stärker auszuprobieren und auszuwerten. Beispielhaft kann hier die Aktion des Bezirks Niederrhein im Oktober 1977 in Dinslaken herangezogen werden.

Im Rahmen dieser Darstellung heißt es, die Arbeitsgemeinschaften auch mit bisher vollkommen unterbewerteten Medien vorzutreten zu machen:

- Film
- Theater
- Foto- und Wandzeitung
- Video-Einsatz
- Zeitung
- Songgruppen/Musik
- Diskothek/Kinole
- Festveranstaltungen innerhalb des Freizeitbereiches

Die Arbeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaft aber auch mit den Betroffenen zusammen erfordert politisch Bewußtsein, fachliches Wissen, persönlichen Mut, Durchhaltekraft auch bei Enttäuschungen und Rückschlägen. Diese Arbeit wird nicht nur durch den Kopf geleistet. Sie beansprucht so sehr die gesamte Person, daß sie notwendigerweise auch emotionale Momente hat. Der einzelne wird diese Arbeit nur dann aufnehmen, wenn er sich durch die Solidarität der Genossen, durch gemeinsame Stärke der Organisation gesichert fühlt. Dies setzt nicht nur rationale Erkenntnis, sondern auch emotionales Vertrauen voraus. Dies heißt es ebenfalls in der Arbeitsgemeinschaft zu stärken.

Zur Entwicklung neuer Aktionsformen führen die Bezirke zentrale Auftaktveranstaltungen der Kampagne durch, an der sich alle Unterbezirke beteiligen. Hier können Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke ihre Erfahrungen über neue Aktionsformen sammeln und austauschen.

2. Diese Phase ist davon bestimmt, daß die einzelnen Arbeitsgemeinschaften sich die notwendigen Unterlagen und Erkenntnisse verschaffen über eine Reihe von Strukturdaten in ihrem Wohnbereich. Dabei müssen die folgenden Daten Berücksichtigung finden:

- Anzahl Betriebe Betriebsstruktur Beschäftigtenzahl Ausbildungsplätze Struktur der Ausbildungsplätze
- Schulen Hauptschulen Mittelschulen Schulabgänger
- Arbeitslose Mädchen Jugendliche Jungarbeiter Arbeitsmaßnahmen Berufsgrundschuljahr
- Treffpunkte der Jugendlichen Freizeitrichtungen Kneipen

Der Bundesvorstand erstellt einen Musterfragebogen und einen dazugehörigen Auswertungskatalog, die den Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung gestellt werden.

### Parteiarbeit

Für die Parteiarbeit werden in Zusam-

menarbeit mit den Bezirken bereitgestellt

- Leittraktate für die Diskussion in Ortsvereinen und Unterbezirken

- Argumentationsmuster „Pro und Contra“ in denen die gängige Argumentation Zusammenhang zw. Arbeitsmarkt und wirtschaftspolitischen Problemen die Positionen der Jungsozialisten gegenübergestellt werden sollen. Vorschläge für die Organisation von Ortsvereinsarbeit am Thema „Recht auf Arbeit“

- Auf jeder Parteiveranstaltung sollten die Jungsozialisten einen eigenen Materialstapel aufstellen.

### Innerverbandliche Information

- Der Bundesvorstand gibt für den Bereich Wirtschaftspolitik einen wirtschaftspolitischen Informationsdienst heraus, der regelmäßig gemeinsam mit dem üblichen Informationsdienst über die wirtschaftliche Entwicklung und gängige Argumentationsschemata aus dem Bereich des politischen Gegners, aber auch der Bundespartner kritisch berichtet soll

- Das Juso-Magazin wird in unregelmäßigen Abständen schwerpunktmäßig arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Probleme darstellen.

- Die zuständigen Arbeitskreise und Kommissionen auf Bundesebene erarbeiten schwerpunktmäßig ein alternatives Lenkungsmodell.

### Offene Diskussionen

- Auf allen Gliederungsebenen bemühen sich die Jungsozialisten, ständig „offene Foren“ zu veranstalten, auf denen mit Mitgliedern der SPD, der Gewerkschaft u. a. über die wirtschaftspolitische Lage und Perspektive der Jungsozialisten diskutiert werden soll.

## 2. Das Recht auf Bildung und Ausbildung

Wichtige Voraussetzung für den einzelnen,

- seinen Selbstwert zu entwickeln und sich in der Gesellschaft zu bewähren,
- seine materielle Existenz dauerhaft zu sichern,
- sich selbst zu verwirklichen,
- der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend angemessen aktiv und wertschöpfend am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

ist die Verwirklichung des Rechts auf Bildung.

Gleichzeitig ist der Kampf um das Recht auf Bildung und Ausbildung der Kampf für die Verbesserung der Ausgangsposition arbeitender Menschen, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen selbstverantwortlich zu beeinflussen und die Gesellschaft demokratisch zu verändern.

Der Kampf um das Recht auf Bildung und Ausbildung ist der Kampf gegen Klassenstruktur des bestehenden, auf Verwerbarkeit des einzelnen im Kapitalismus und der kapitalistischen Produktion ausgerichteten Bildungswesens.

### Problemlösungen

#### Kurzfristige Forderungen

Die Möglichkeit der Berufsausbildung muß unabhängig von konjunkturellen oder politischen Beschränkungen werden. Deswegen ist

- die Berufsbildungsabgabe sofort in voller Höhe zu erheben, um dadurch betriebsunabhängige Ausbildungsstellen zu finanzieren,
- ein System überbetrieblicher bzw. staatlicher Ausbildungswerkstätten in Verbindung mit Berufsschulzentren besonders in unterstrukturierten Regionen zu schaffen,
- eine Übersicht über den zu erwartenden gesellschaftlichen und regionalen Bedarf an bestimmten Berufen zu veröffentlichen,
- die Zahl der Gesamtschulen möglichst mit integrierter Berufsbildung zu erhöhen,
- ein ausreichendes Angebot ge-

Aus dem Recht auf Bildung ergeben sich folgende Teilziele:

- Aufbau eines demokratisch organisierten Gesamtbildungswesens,
- Vermittlung demokratisch-emanzipatorischer Bildungsinhalte,
- Integration der allgemeinen und beruflichen Bildung,
- freier, von der sozialen Herkunft unabhängiger Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsstätten,
- Aufhebung der Isolierung von Behinderten in Schule und Beruf.

#### Einschätzung der bisherigen Bildungspolitik

Anfang der 70er Jahre wurden mit dem Bildungsgesamtplan die theoretisch-planerischen Fundamente für ein demokratisches Gesamtbildungswesen gelegt.

Doch die notwendigen Reformen blieben z. T. in den Anfängen stecken, wurden zurückgenommen oder aber vertagt.

Lehrstellenknappheit und Numerus clausus haben den Leistungsdruck in Bildung und Ausbildung so verschärft, daß nicht mehr eine breite gesellschaftliche Qualifikation neben der Vorbereitung auf einen Beruf gleichwertig als Bildungsziele nebeneinanderstehen, sondern nur noch unmittelbar verwertbares Wissen, formale Qualifikation gefragt ist.

Der Konkurrenzkampf jeder gegen jeden hat dazu beigetragen, daß sich der einzelne weniger denn je in seiner sozialen Verantwortung begreift, sondern immer mehr anpaßt und unpolitisch funktioniert. Unpolitisches Bewußtsein aber ist die Voraussetzung zur Formierung einer autoritären Gesellschaft, die immer weiter fortschreitet.

Die Inhalte von Bildung und Ausbildung werden weniger denn je vor dem Ziel einer emanzipatorischen Gesellschaft formuliert und vermittelt, sondern unmittelbar durch das Verwertungsinteresse einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestimmt. Der einzelne wird zum Rädchen im Räderwerk der Wirtschaft.

bildungsverordnungen nach den Wünschen der Unternehmer.

#### Einführung des Berufsgrundbildungsjahres und des 10. Pflichtschuljahres

Die Durchsetzung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres, wenn dies in den Bundesländern nicht zur gleichen Zeit flächendeckend eingeführt werden kann, ist nach folgenden Prioritäten vorzugehen:

- Vorrang hat die Einführung des 10. allgemeinbildenden Schuljahres und die Verwirklichung eines zweiten Berufsschuljahres für alle Ausbildungsjahre.
- Das BGI ist vorrangig in den Bereichen einzuführen, in denen die durchschnittliche Ausbildungsqualität gering ist.
- Das BGI ist vorrangig in den Regionen einzuführen, in denen bereits in der Vergangenheit das Angebot an qualifizierten Ausbildungsstellen ungenügend war.

Kurzfristig sollten folgende Möglichkeiten genutzt werden

- Angebot an Grundausbildungs- und Fördererträgen der Arbeitsverwaltung für Mädchen in frauentypischen Berufen, mit einem damit verbundenen Ausbildungsrecht;
- Einrichtung von Berufsschulunterricht in Fachklassen die inhaltlich mit der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit in Zusammenhang stehen für Jungen und Mädchen ohne Ausbildungsverhältnis, dabei soll vor allem für Mädchen die übliche Zuweisung an Hauswirtschaftsschulen aufgehoben werden.

Die Jungsozialisten unterstützen die Aufforderung der Gewerkschaftsjugend an die Bundesregierung, auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Vorstellungen einen neuen Gesetzesentwurf zur Reform der beruflichen Bildung vorzulegen. Die Jungsozialisten betonen noch einmal die Grundsätze, die in einem solchen Gesetzesentwurf verankert sein müssen:

- die sofortige Ausweitung des Ausbildungsstellenangebotes im öffentlichen Dienst,
- die sofortige Ausweitung des Angebots an überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen,
- die sofortige Aufhebung der verfassungswidrigen Bestimmungen über Probearbeitsverhältnisse und Arbeitsprobung,
- die sofortige massive Ausweitung der individuellen Förderung der beruflichen Bildung,
- die unverzügliche Erstellung eines geschlossenen Konzeptes zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und Ausbildungsmissere unter Inkaufnahme nicht marktwirtschaftlicher Maßnahmen. Die Vorschläge des DGB sind hierbei als geeignete Ansätze zugrunde zu legen.

- die Zuständigkeit für die Berufsausbildung den Unternehmenskammern zu entziehen und in gemeinsame Verantwortung von Staat und Gewerkschaften zu legen,
- die Mitbestimmung der an der Berufsausbildung Beteiligten (Auszubildende, Ausbilder, Berufsschullehrer) durch ihre Gewerkschaften und durch einen Rat der Berufsausbildungsstellen sicherzustellen,
- die Verantwortung vor beiderseitiger Verantwortung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften auf die Gewerkschaften zu übertragen,
- die Verantwortung für die Berufsausbildung

eines zentralen Fonds besetzt werden, in dem die Beiträge 1% der Bruttolohn- und Gehaltssumme einzahlen und der von den Arbeitnehmern und ihren Vertretern der Gewerkschaften selbstverwaltet wird,

- Einrichtung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen,
- Anerkennung schulmäßiger Ausbildung in geeigneten Berufen.

#### Die Benachteiligung der Mädchen im Bildungs- und Ausbildungssystem ist aufzuheben.

Dazu ist vor allem notwendig:

- generelle Einführung der koedukativen Erziehung
- Vereinheitlichung der Erziehungsgrundsätze für Jungen und Mädchen, vor allem der Erziehungsziele in Schulbüchern und Schulpraxis;
- Vereinheitlichung der Curricula (nach den Grundsätzen des DGB) und das Fach Erziehungslehre;
- berufliche Vorbereitung, Weckung von Lernmotivation und Berufswünschen der Mädchen durch polytechnische Unterrichtsbereiche;
- zusätzliches Angebot für Mädchen zum Erwerb technischer Fertigkeiten;
- vor- und nachbereitete Berufspraktika in den Abgangsklassen, die den Mädchen die Chance der beruflichen Orientierung bzw. Umorientierung eröffnen;
- intensive Berufsberatung durch die Arbeitsverwaltung mit der Vorstellung aller Berufsfelder;
- Berufsberatung auf einen einheitlichen und nicht auf einen geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt hin;
- Orientierung der Mädchen auch auf „typisch männliche“ Berufsfelder zur Erweiterung ihrer Wahlmöglichkeiten, durch ein gezieltes Angebot für Mädchen in typischen Männerberufen während des Berufspraktikums;
- Aufklärung der Eltern über die Notwendigkeit einer guten Schul- und Berufsausbildung für Mädchen;
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in allen Berufsfeldern zu gleichen Teilen für Jungen und Mädchen (Quotierung s. Antrag A 2).

#### Einschränkung des Numerus clausus

- weltlere Investitionen im Hochschulbereich,

b) bessere Ausnutzung bestehender Kapazitäten durch

- verstärkten Personaleinsatz,
- Einschränkung der Nebentätigkeit der Hochschullehrer
- Schichtbetrieb an der Hochschule besonders in laborintensiven Fachern,
- Trimestrierung bei jeweils einem Freitagessemester,
- c) Zusammenfassung von Universitäten, PH und Fachhochschulen zu integrierten Gesamthochschulen

#### Demokratisierung der Inhalte in Bildung und Ausbildung

Es ist

- ein politisches Unterrichtsprinzip, die Einordnung der Inhalte in ihren gesellschaftlichen Bezugsrahmen,
- die Mitbestimmung der Schüler an der Gestaltung von Unterrichtseinheiten und Unterrichtsorganisation,
- eine weitreichende Interessenvertretung von Schülern, Auszubildenden und Studenten durch verteilte Organe anzustreben.

#### Abbau des Leistungsdrucks

- Abbau formeller Abschlussprüfungen,
- zeugnisfreie Orientierungsstufe im 5. und 6. Schuljahrgang,
- Abbau des Numerus clausus,
- staatliche Garantie eines Ausbildungsplatzes.

Der unterschiedlichen, statusbezogenen Bewertung verschiedener Qualifikationen ist entgegenzuwirken durch:

- Nivellierung der Besoldung,
- Durchlässigkeit im Beruf durch Weiterbildungsangebote.

#### Mittelfristige Forderungen

Nach Behebung der größten materiellen und organisatorischen Mängel in Bildung und Ausbildung sind mittelfristig folgende Forderungen zu verwirklichen:

- Einführung der Integrierten Gesamtschule als Regelschule,
- Aufhebung des dualen Systems der Berufsausbildung und Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung,
- Inhaltliche Umorientierung auf eine breite, gesellschaftsbezogene

- Grundbildung berufsfeldausgerichteter Begleitung,
- d) generelles Berufspraktikum vor Aufnahme eines Studiums,
  - e) Berufsweiterbildungsjahr als Pflichtjahr nach 10-jähriger Berufsausbildung,
  - f) Aufhebung des Numerus clausus.

## Langfristige Forderungen

Langfristig ist zu fordern:

- a) Kopplung gesellschaftlicher Unternehmen als Ausbildungsstätten mit Berufsschulen,

- b) Einführung des polytechnischen Unterrichts,
- c) theoretische und praktische Weiterbildung durch Halbjahreskurse alle fünf Jahre,
- d) gesellschaftspolitische Weiterbildung während der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften.

Aufgabe der Jungsozialisten ist es, ihre kurz-, mittel- und langfristigen Forderungen zur Verwirklichung des Rechts auf Bildung und Ausbildung in engem Zusammenhang mit dem Aktionsbereich Recht auf Arbeit, besonders im Bereich Schule, Hochschule, aber auch Betrieb, im Wohnbereich und in der Parteilarbeit offensiv zu vertreten und deutlich zu machen, daß berufliche und gesellschaftliche Qualifikation sowohl die Lebenssituation des einzelnen verbessert, als auch die Ausgangsposition einer qualifizierten Arbeiterschaft und Jugend in ihrem Emanzipationskampf verbessert wird.

vorstand koordiniert, in erster Linie doch von den Landesverbänden verantwortet werden soll. Diese Kampagne soll die Erfahrungen der bereits laufenden Kampagne „Für das Recht auf Bildung“ aufarbeiten und sich an sie anschließen.

- Die Bezirke und Landesverbände unterstützen zum Schuljahresbeginn Aktionen auf Ortbene für die demokratische Wahrnehmung von Eltern- und Schülerrechten.

## Zielgruppenarbeit

### Schule/Hochschule

Für die Arbeit in Schulen werden dezentral in Arbeitsteilung mit den Bezirken folgende Materialien bereitgestellt:

- Darstellung des „politischen Unterrichtsprinzips“ für die wichtigsten Fächer. Der gesellschaftliche Stellenwert einzelner Fachinhalte soll deutlich gemacht werden, die Einordnung von Fachinhalten in Wertungs- und Herrschaftszugänge soll exemplarisch erfolgen.
- Schwerpunkttausgabe des Schüler-Express zum Thema „Demokratische Lerninhalte“.
- Herausgabe eines gemeinsamen Rundschreibens an die Juso-Schülergruppen durch Bezirke und Bundesvorstand.

Für die Schülerarbeit ist eine vollständige Aufstellung aller Beschlüsse der Jungsozialisten auf Bundesebene gegliedert nach einzelnen Bereichen und Aufgabengebieten notwendig.

- Weiterhin ist nach einzelnen Aktionsfeldern ein Katalog mit Berichten über bereits durchgeführte Aktionen auf Schul-, Landes- und Bezirksebene anzulegen. Die Beschlüsse und Aktionsbeispiele sind allen Juso-Schülergruppen und Schülerreferenten in Form einer Loseblatt-

sammlung zur Verfügung zu stellen.

- Für Schülerzeitungen und Juso-Schülergruppen ist ein Artikel- und Informationsdienst einzurichten, der monatlich erscheint und an alle für Schülerarbeit zuständigen verschickt wird.
- Zu den Bereichen Zensurgebung, Mitbestimmung und Leistungsdruck werden Musterseminare vorbereitet, die für Schülergruppen in eigener Leitung durchführbar sind. Zur Unterstützung der Schülergruppen werden hierzu Seminarpläne, Materialisten und Referentenkartieren angelegt. Seminare zu diesen Bereichen müssen so angelegt sein, daß sie auch bei unterschiedlichen Voraussetzungen der Seminarteilnehmer sinnvoll durchgeführt werden können.
- Zu den Möglichkeiten der Schülervertretungen ist für alle Bundesländer eine genaue Analyse durchzuführen. Anschließend sollte eine Bundesfacharbeitsstagung stattfinden.

Auf der Ebene der Bezirke sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Einrichtung von Schülerlotsenkreisen in jedem Bezirk.
- Aufbau einer Kartei mit allen Gruppen, Erstellung eines Leitfadens für neue Schülergruppen unter Einfluß von Erfahrungsberichten.
- Veranstaltung von mindestens drei Schülerseminaren auf Bezirksebene, möglichst in Finanzierung durch die SPD-Bezirksvorstände. Jährliche Durchführung je einer Bezirksschülerkonferenz als Facharbeitsstagung. Auf diesen Konferenzen soll in erster Linie Erfahrungsaustausch stattfinden sowie die Koordination regionaler Schüleraktionen.
- Auf Bezirksebene sollen Kampagnen zur Ausweitung der politischen Rechte der Schülervertretungen durchgeführt werden.
- In Zusammenarbeit mit der Bezirks-AIB sollen Maßstäbe für die Beur-

teilung von Unterrichtsinhalten und Methoden entwickelt werden. Eines der geplanten Bezirkseminare sollte zu deren Vermittlung dienen.

- Zum Bereich „Jugendarbeitslosigkeit und Schule“ sind auf regionaler Ebene mit der DGB-Jugend Seminare durchzuführen, um hier eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Für den Hochschulbereich werden die Juso-HG aufgefordert, im Rahmen ihrer Schwerpunktsatzung diese Kampagne zu unterstützen.

## Betriebs- und Gewerkschaftsbereich

- Ein Paket von Aktionsmaterialien „staatliche überbetriebliche Ausbildungszentren“, das Unterbezirke in die Lage versetzen soll, anhand einer Checkliste die Ausbildungssituation in ihrer Region zu überprüfen und darauf aufbauend Aktionen zur Verbesserung der regionalen Ausbildungsstruktur durchzuführen. Das Material soll außerdem Angaben über bestehende Modelle und Finanzierungsmöglichkeiten als auch Modellrechnungen auf der Grundlage der Forderungen der Jungsozialisten erhalten. Aktionsvorschläge sollen so angelegt sein, daß sie sich sowohl für die Umsetzung auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene eignen.

- Aktionsmaterial zum Thema „Lehrstellenverknappung“. Dieses Aktionspaket ist in engem Zusammenhang mit dem Material zu „Ausbildungszentren“ zu sehen. Der Schwerpunkt liegt mehr im bildungsökonomischen und regionalwirtschaftlichen Bereich, es sollen die einzelnen und gesamtwirtschaftlichen Motive für die Lehrstellenverknappung aufgeklärt werden. Die Stoffrichtung der Argumentation soll über eine bildungsökonomische Kapitalismuskritik hinaus längerfristige Forderungen der Jungsozialisten zur Verwirklichung des „Rechts auf Bildung und Ausbildung“ darstellen und den Zusammenhang von beruflicher Qualifikation und gesellschaftlicher Emanzipation darstellen.

- In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken wird ein Leitfaden zur Organisation von Schülervertretungen an allen berufsbildenden Schulen erarbeitet.

- Die Bezirke bemühen sich, regionale Empfehlungen für die Organisation von Lehrlingsarbeit und den organisatorischen Ansatzpunkt zu entwickeln, z. B. wo und wann betriebsbezogen und wo und wann berufsbezogen vor Ort gearbeitet werden soll

- Die Bezirke und Landesverbände geben regionalisierte Artikeldienste über die Ausbildungssituation heraus, die sowohl in Schülerzeitungen als auch in Stadtteil- und Ortsvereinszeitungen verwandt werden können. Der Versand kann u. a. über den Verteiler des Artikeldienstes des Parteivorstandes erfolgen.

- Die Unterbezirke bemühen sich um eine weitgehende Integration von Lehrlings- und Schülerarbeit und führen Aktionen in beiden Bereichen möglichst gemeinsam durch.

- Artikeldienst (siehe oben).
- Erarbeitung von Aktionsmodellen in Zusammenarbeit mit den Bezirken und Dokumentationen von Aktionen auf Unterbezirks- und örtlicher Ebene mit Auszubildenden im Freizeitbereich.

## Parteilarbeit

Die Parteilarbeit der Jungsozialisten zur Umsetzung ihrer Forderungen zur Verwirklichung des „Rechts auf Bildung“ stellen zum einen auf Verankerung ihrer Einzelforderungen, zum anderen aber auch auf Umsetzung der Forderung in der Kommunalpolitik ab.

In der Kommunalpolitik werden die Jungsozialisten besonders die Forderungen nach

- „schulformunabhängigen Orientierungsklassen,
- Durchsetzung von Schulmitbestimmung,
- Errichtung überbetrieblicher Ausbildungszentren,
- Errichtung einer integrierten Gesamtschule

durchzusetzen versuchen.

Für die Diskussion in den Ortsvereinen werden Musteranträge und Argumentationsschemata in Zusammenarbeit mit den Bezirken entwickelt und allen Ar-

beitsgemeinecharften zugänglich gemacht.

Alle Zeitschriften und Flugblätter der örtlichen Juso-Schülergruppe müssen ebenfalls regelmäßig auf Parteiversammlungen ausgelegt werden. Weiterhin bieten sich gemeinsame Veranstaltungen von Juso-Schülergruppen, Juso-AG und örtlicher AIB des jeweiligen Unterbezirks an

## Innerverbandliche Information

- Der Bundesvorstand gibt mehrere Schwerpunktausgaben seines Informationsdienstes und zwei Schwerpunktausgaben des Juso-Magazins zum Bereich Bildung und Ausbildung in den kommenden zwei Jahren heraus

- In unregelmäßigen Abständen werden Synopsen der bildungspolitischen Entwicklung in den einzelnen Bundesländern herausgegeben, die in Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand, Landes- und Bezirksvorständen und Landeskoordinierungsgruppen der Juso-Hochschulgruppen erarbeitet werden sollen

## Alternative Aktionsformen

Für die Schülerarbeit werden angeboten:

- Multi-Media-Show „Recht auf Bildung und Ausbildung“
- Adressenkatalog über Politsonggruppen, Filmvereine, Referenten,
- Aktionsleitfaden zur Durchführung von Verfügungsstunden und Aktionstagen der Schülervertretung durch Juso-Schülergruppen.

## Offene Diskussion

Auf allen Gliederungsebenen bemühen sich die Jungsozialisten ähnlich wie im Bereich Recht auf Arbeit und ständige „offene Foren“, auf denen mit Lehrern, Elternvertretern, Schülervertretungen und den Gewerkschaften die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs diskutiert werden soll. (Bedarf der Ergänzung.)

## Schulungsarbeit

Aufgabe der innerverbandlichen Schulungsarbeit in diesem Aktionsbereich ist es, den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Qualifikation auf der einen und Bildung und Emanzipation auf der anderen Seite zu vermitteln.

Deswegen stellt der Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit den Bezirken folgende Schulungseinheiten zur Verfügung:

- Integrierte Gesamtschule,
- Bildungsgemeinschaft,
- demokratische Bildungszentren,
- demokratische Schule.

Diese Schulungseinheiten werden von den Bezirken, den Unterbezirken zur dezentralen Durchführung angeboten. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung ist anzustreben.

## Kampagnen

Auf Bundesesebene wird eine Kampagne für die „Integrierte Gesamtschule“ durchgeführt, die zwar vom Bundes-

### 3. Für qualitatives Wachstum — Für sparsamen Energieverbrauch

- Die Jungsozialisten streben eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an,
- um die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Gütern und Dienstleistungen im wachsenden Maß zu befriedigen,
  - um gleichzeitig die Entfremdung und Ausbeutung der Menschen und die Verschwendung von gesellschaftlichem Reichtum abzubauen,
  - um den Fortschritt nicht an steigenden Produktionslizenzen und Gewinnen der Privatwirtschaft, sondern an Verteilungsgerechtigkeit, an einem Mehr an Demokratie, eben an der Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit zu messen.

Die Massenarbeitslosigkeit, die Verlangsamung des Wachstums des Brutto- sozialproduktes und die absehbare Verknappung an herkömmlichen Energieträgern auf der einen, die Überbelastung der Umweltleistungen in Industrie- und Dienstleistungsbereichen und das hohe Gefährdungspotential nuklearer Energieträger auf der anderen Seite haben das öffentliche Bewußtsein für die Frage geschärft, ob die Industriewachstums- gläubigkeit tatsächlich unbegrenzt Gültigkeit haben kann.

Für die Jungsozialisten steht fest:

- Im Kapitalismus ist das ökonomische und politische System weitgehend auf ein ständiges wirtschaftliches Wachstum zum Zwecke der Gewährleistung profitabler Kapitalverwertungsbedingungen fixiert. Die Investitionsentscheidungen werden ausschließlich im privaten Gewinninteresse getroffen. Dabei werden die politischen Entscheidungen dem Ziel einer Steigerung volkswirtschaftlicher Wachstumsraten untergeordnet, die wiederum von der Investitionstätigkeit vor allem der Großkonzerne bestimmt werden und die sich unter kapitalistischen Bedingungen ausschließlich an Gewinnerwartungen orientieren.

Hierin kommt die Grundfunktion des bürgerlichen Staates als Förderer privatwirtschaftlicher Gesamtinteressen zum Ausdruck. Entsprechend dieser Zielvorstellung entspricht es unter den heutigen Rahmenbedingungen und der vorherrschenden politischen Ausrichtung den Verwertungsinteressen des Kapitals, wenn staatliche Politik die Voraussetzungen für ein expandierendes wirtschaftliches Wachstum schafft. Dabei wird die weitere politische Entwicklung weitgehend zur Nachvollziehung der in Planung umgesetzten Interessen der Wirtschaft, die zudem durch die öffentlichen

Hand mit beträchtlichen Mitteln finanziert wird. Das heißt, solange privat geplantes ständiges wirtschaftliches Wachstum — ausgereicht an Gewinnerwartungen — Grundbedingung für die Politik ist, besteht ein Zwang, die Investitionspläne der Wachstumsindustrien zu unterstützen und mitzuheilen, dieses zu verwirklichen. Diese kapitalistischen Rahmenbedingungen zeigen sich an der einseitigen Bevorzugung wirtschaftlicher Interessen in der Forschungs- und Technologiepolitik, aber auch in der praktizierten Energiepolitik.

Die Regierung versucht dabei, durch massive Förderung dieser Interessen die Voraussetzung für ein ständig steigendes wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Massenarbeitslosigkeit und soziale Demotage zeigen, daß der Staat von sich aus nicht in der Lage ist, ein systemerforderliches Maß an wirtschaftlichem Wachstum zu gewährleisten.

Hinzu kommt das Sichtbarwerden der Grenzen der heute technisch nutzbaren Ressourcen und die zunehmende ökologische Belastung der Umwelt, die ebenfalls zunehmenden Sättigungstendenzen in verschiedenen Marktberichen — regional und strukturell —, die insgesamt mit aller Vorhersagbarkeit die Stabilität des derzeitigen Wirtschaftssystems gefährden.

Damit wächst die Aussicht, daß die bislang vor allem vom Staat im Zaum gehaltenen Klassengegengesätze erneut aufbrechen und der Einfluß der Monopole sich in allen Lebensbereichen weiter verstärkt.

Durch das Sichtbarwerden der Grenzen von Ressourcen und der ökologischen Befähigkeit der Umwelt einerseits und durch zunehmende Sättigungstendenzen andererseits wird in Zukunft das Wachstum nicht aufrecht zu erhalten sein.

— In die vielfältig miteinander verflochtenen Energiekonzerne ist der Staat entsprechend der Bedeutung der Energieerzeugung vielfach eingebunden, als Anteilseigner, Vertragspartner, Forschungsträger, gesetzliche Kontrollinstanz, Subventionsgeber, Versicherer usw. Aus der Unübersichtlichkeit wechselseitiger Abhängigkeiten ergibt sich eine Grauzone unkontrollierbarer Zuständigkeiten.

— Energiebilanzen und insbesondere Energiebedarfsprognosen orientieren sich in ihrem Aussagegehalt allein an den Verwertungsinteressen des Kapitals. Sie stellen im wesentlichen nur die Angaben der Energieversorgungsunternehmen zusammen und geben daher von der Energieversorgungsunternehmen manipuliertes Material wieder.

— Rationeller Verbrauch herkömmlicher Energieträger und Energie kann die mögliche technologische Lücke bis zur Entwicklung alternativer Energieversorgungsformen nicht nur überbrücken und damit die Nutzung nuklearer Energie auf dem heutigen technologischen Stand überflüssig machen.

— Das Gefährdungspotential von Kernkraftwerken, „Wiederaufbereitungsanlagen und Atomülldeponien ist über Generationen hinaus unkontrollierbar hoch und birgt die Gefahr der genetischen Verformung und physischen Vernichtung großer Teile der Bevölkerung und die Verwüstung großer Landstriche in sich.

— Die Risiken der großtechnischen Nutzung von Kernenergie in einer durch den Klassengegensatz gekennzeichneten Gesellschaft, wie in der Bundesrepublik Deutschland, führen zu totalen Überwachungsmaßnahmen und können als Vorwand für den Abbau demokratischer Rechte in weiteren gesellschaftlichen Bereichen verwendet werden.

### Folgerungen für die Strategiediskussion der Jungsozialisten

Die energiepolitische Diskussion der letzten Monate und vor allem der Kampf der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke muß für die Jungsozialisten Ansatz für weiterführende strategische Konsequenzen sein:

1. Der Widerstand gegen die Kern-technologie darf nicht im Kampf gegen Kernkraftwerke stecken bleiben, sondern die Bürgerinitiativen-Bewegung gegen Kernkraftwerke muß sich in einen Gesamtrahmen des Kampfes gegen Umweltzerstörung einreihen und gegen den Abbau von Liberalität und Demokratie anderswärts verbreiten.
  2. Auch unter dem Aspekt der Rohstoffverknappung gewinnt das Problem der Dritten Welt und die Frage einer neuen Wirtschaftsordnung für die Jungsozialisten aktuelle gesellschaftspolitische Bedeutung. Bisher ging das wirtschaftliche Wachstum der westlichen Industrieländer zu Lasten der unterentwickelten Länder der Dritten Welt, deren billige Arbeitskräfte und billige Rohstoffe die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Industrieländer lieferten. Eine Umorientierung der Entwicklungspolitik, die nicht mehr wie bisher nur auf die Schaffung und Erhaltung von Märkten und Rohstoffquellen für den Kapitalismus zielen würde, sondern auf die Entwicklung und Unterstützung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen und die Emanzipation dieser Völker orientieren würde, hätte für die ökonomische politische Situation der westlichen Industrieländer — auch für die Bundesrepublik — erhebliche Folgen.
  3. Die von den Befürwortern der Kernenergie vertretene Auffassung, daß Energie und vor allem Kernenergie Arbeitsplätze schafft bzw. sichert, wirkt für die Jungsozialisten die Frage nach dem Erhalt von Arbeitsplätzen (zum Beispiel in der Rüstungsindustrie) um jeden Preis auf.
- Die Jungsozialisten lehnen den Bau und Export von KW und kern-technischen Anlagen aus ökologischen und sicherheitspolitischen Gründen ab. Die Schaffung von Arbeitsplätzen kann nach Auffassung der Jungsozialisten nicht unabhängig von Art und Ziel der Produktion erfolgen. Diese notwendige Diskussion wird jedoch durch die jetzige Arbeitsmarktsituation erheblich erschwert. Eine

konsequente Umweltpolitik könnte jedoch bei Durchführung beschäftigungswirksamer Umweltprogramme sehr wohl zum Abbau von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

4. Angesichts der Begrenztheit der Ressourcen müssen sich die Jungsozialisten verstärkt mit der Frage von Wachstum und destruktiver Entwicklung der Produktivkräfte auseinandersetzen und die Bedeutung dieses Problemfelds für eine sozialistische Strategie diskutieren.
5. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Interessenabhängigkeit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und die Frage nach der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Wissenschaft und Wissenschaftlern, Forschung und Technologie muß in Angriff genommen werden. Insbesondere angesichts der zunehmenden Vernichtung ganzer Arbeitsplatzbereiche durch technische Neuerungen wird die bisher — auch von Sozialisten — vertretene Fortschritts- und Technologiegläubigkeit immer fragwürdiger.
6. Das Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“ erhält im Zusammenhang mit der Forderung nach dem Recht auf Arbeit immer stärkere Bedeutung. In diese Diskussion einbezogen werden muß die Wiederbelebung der Diskussion um Demokratisierung der Wirtschaft, Forderungen nach Alternativen zur heutigen Arbeitsmarkt- und Produktionsstruktur, Einbeziehung des Konsumbereichs und die Entwicklung alternativer Lebensformen in die Strategie einer gesellschaftlichen Transformation.

### Bisherige Energiepolitik

Die Jungsozialisten kritisieren die Politik der Bundesregierungen, die ohne nennenswerte Alternativen mit Milliardenbudgetsubventionen den Ausbau der Kernenergie betrieben haben. Die Energiepolitik war damit wie kaum ein anderer Bereich der Politik auf Zuerst für die interessierte Großindustrie ausgerichtet.

Dem Widerstand der Bürgerinitiativen gegen die Atomenergie wird mit Propagandainstrumenten der „Volksverdummung“ begegnet: z. B.: Regierungsamtliche Falschmeldungen werden in die Welt gesetzt und konsequent nicht wieder aus dem Verkehr gezogen (Kabinettsbeschluss vom 29. 8. 1971: Endlagerung ist gesichert). Ein eigens erfundenes Vernehmlassungsvokabular und Sprachregelungen, die als das Gegenteil ihrer Aussage definiert werden, werden gezielt verbreitet.

Besonders das hohe Gefahrenpotential der Atomenergie wird bewußt vernachlässigt. Unabhängig der Wissenschaftler, die Gegenposition beziehen werden öffentlich diskreditiert, verantwortungsbehaftete Richter die die Genehmigung für Atomkraftwerke versagen werden als überfordert und inkompetent abgestempelt.

Die Zusage weiterer Genehmigungen von Atomkraftwerken vor der Lösung des Entsorgungproblems abhängig zu machen, wird umgangen, indem man einen Zwischenabtragungsvertrag für hochaktiven Atomfall mit Frankreich macht, obwohl auch dort der Atomfall nicht verarbeitet wird und 1985 alles exportierte Material zurückgenommen werden muß.

Nach Auffassung der Jungsozialisten hatte der „Bürgerdatag“ letztlich die Funktion, die fehlende demokratische Legitimation für die Fortsetzung des Atomkraftwerk-Programms zu verschleiern.

Bei Normalbetrieb von AKWs entstehen bereits radioaktive Schadstoffe in geringen Mengen, die sich über Jahre hinweg in bestimmten Organen (Knorpelmark/Gene) des Menschen speichern und sammeln und lebensbedrohende Konzentrationen annehmen.

Die Bestrahlung des radioaktiven Atomfalls ist technisch noch völlig ungelöst. Das Einlagern in Salzstöcke ist nach neueren Erkenntnissen höchst fragwürdig, da nicht auszuschließen ist, daß Grundwasser, sei es durch Erdbeben oder durch chemische Reaktionen unter der Hitzeentwicklung des eingelagerten hochstrahlenden Atomfalls in die Salzstöcke eindringt.

Auch der Transport dieser Stoffe durch die ganze Bundesrepublik Deutschland ist mit unkontrollierbaren Risiken belastet. Unfälle sind nie auszuschließen. Die Endlagerstätten müssen für viele zehntausend Jahre strengstens bewacht werden, eine Hypothek auf die Zukunft, die alle unsere Nachfahren zwingt, unsere heutigen Fehler mitzubüßen.

Alle bisherigen Erfahrungen haben be- stätigt, daß es keine absoluten Schutz gegen technische Defekte gibt. Kernreaktoren sind für ca. 30 Jahre betriebs- tüchtig und müssen anschließend still- gelegt werden. Diese Ruinen müssen anschließend Hunderte von Jahren hermetisch von der Umwelt abgeschlossen und bewacht werden, bis die Radioak- tivität soweit abgeklungen ist, daß man die Gebäude abreißen kann.

Im Kampf gegen diese Bedrohung und für eine durchgreifende Demo- kratisierung der Wirtschaft und der staatlichen Wirtschaftsregulierung ordnen wir Jungsozialisten in diesem Kampf gegen Umweltzerstörung, Kernkraftwerke und die staatliche Energiepolitik ein.

Die Tatsache, daß die derzeitige Energiepolitik von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu verantworten ist, kann uns auch als Arbeitsgemeinschaft dieser Partei nicht daran hindern, unsere prinzipielle Kritik deutlich zu machen und uns in dieser Frage eindeutig auf die

Seite der Bürgerinitiativen Umweltschutz zu stellen. Auch gegenüber dem sogenannten Kompromißbeschuß des SPD-Parteitag von 1977 betonen wir, daß es mit dem Sicherheitsrisiko Kernenergie keinen Kompromiß gibt, und wir dieses Risiko für verantwortungslos halten. Dane-

ben halten wir diesen Beschluß auch deshalb für schädlich, weil er darauf abzielt, jedenfalls der innerparteilichen Bewegung gegen die Kernenergie die Spitze abzubrechen, andererseits aber einer weiteren „atomaren Aufblutung“ Tür und Tor öffnet.

Die Jungsozialisten fordern eine grundsätzliche Neuorientierung der bisherigen Energie- und Wachstumspolitik. Sie sprechen sich für einen abgestuften Rückgang des Energiewachstums bei gleichzeitiger Forderung alternativer Technologien und einer Umstrukturierung der Verantwortlichkeit für die Energieversorgung aus.

### Kurzfristige Forderungen

- Sofortiger Bau-, Betriebs-, Planungs- und Genehmigungsstopp für Atomkraftwerke und Folgeeinrichtungen.**
- Exportstopp für Atomkraftwerke und Folgetechnologie.**
- Sofortige Offenlegung der Alarm- und Evakuierungspläne bei den bestehenden KWs, kerntechnischen Anlagen und Großindustrien.**
- Internationale Abkommen zum Stopp der nuklearen Energieerzeugung.**
- Erhöhung des Anteils der Steinkohle an der Verstromung bei kurzfristigen Lieferschwierigkeiten durch Importkohle. Erhöhung der nationalen Steinkohlenreserve auf ein halbes Jahresbedarfs-Förderungsprogramm zur Niederbringung von Fördermächten im Steinkohlenbergbau.**
- Staatliche Standortplanung für großtechnische Energieerzeugungsanlagen unter Einbeziehung bestehender Anlagen und von Ersatzbedarf besonders in industriellen Ballungsräumen. Zuweisung von Standorten durch die Landesregierungen auf der Grundlage von Gesetzesbeschlüssen. Grundlage der Standortplanung müssen Immissionskataster und insgesamt regionalisierte Energiebedarfsplanungen sein. Dabei ist zu beachten, daß die Standortplanungen sowohl auf nationalen wie auch in bilateralen Vereinbarungen koordiniert werden.**
- Das landesplanerische Verfahren zur Ausweisung von Kraftwerks-**

standorten und das umweltgerechte Genehmigungsverfahren ist unter direkter Beteiligung der betroffenen Gemeinden sowie der dort wohnenden Bevölkerung im Rahmen des § 2 a BBaUG zusammenzuführen.

- Die großtechnische Nutzung der Rauchgasentschwefelung für Kohlekraftwerke ist zu beschleunigen.
- Die Energiebedarfsplanung muß von einem Energiesparprogramm ausgehen, das umfaßt:

- die Einsparung von Haushaltsenergie durch Wärmedämmung und Einsatz energiesparender Geräte,
- die verstärkte Nutzung von Technologie mit hohem Wirkungsgrad der Energieausnutzung,
- den verstärkten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mit Fernwärmesystemen an geeigneten Standorten,
- den Einsatz alternativer Technologien.

- Sofortige Offenlegung der bisher geheimgehaltenen niedrigen Energiebedarfsprognosen (z. B. VDEW-Studie).
- Bei Ersatz- und Neuerstellung von Energieerzeugungsanlagen muß auf kleine, dezentralisierte Kraftwerks- und Erzeugungseinheiten umgestellt werden, damit alternative Technologien schnell Eingang finden können und der Kopplungseffekt im großen Rahmen nutzbar wird.
- Staatliche Förderungsprogramme müssen enthalten:

- **aktive administrative Beihilfen für die gezielte staatliche Förderung alternativer Technologien,**
- **ein Mittelverleihprogramm zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieblen für die Entwicklung von Anlagen zur Energieerzeugung.**

### Mittelfristige Forderungen

Mittelfristig fordern die Jungsozialisten:

- Normierung der Energie/Leistungsrelation für Geräte, Maschinen u.ä., deren Überschreiten besonders be-

steuert wird oder zum Verbot des Artikels führt

- Preiskontrolle für Mineralöl und Ölprodukte auf europäischer Ebene
- Einführung aussagefähiger Energiebilanzen für gewerbliche industrielle Großabnehmer zur durchsichtigen Energieverbrauchsplanung
- Möglichkeit des Anschlußzangs zu für die Bevölkerung vertretbaren Bedingungen
- Qualitätsverbesserungen bei Gütern und Dienstleistungen mit Ziel einer Reduzierung und quantitativen Wachstumsgrößen.
- Regionale Wärmeplanung auf der Grundlage kommunaler, an die Bauplanung gekoppelter Wärmeplanung, Ausbau der Fernwärmeversorgung mit Anschlußzwang in geeigneten Gemeinden.
- Senkung der quantitativen Wachstumsgrößen durch Qualitätsverbesserungen bei Gütern und Dienstleistungen.
- Verlagerung der Investitionsentscheidungen der Energieversorgungsunternehmen in öffentliche, demokratisch legitimierte Verantwortung.
- Verminderung der Verstromung

### Langfristige Forderungen

Langfristig fordern die Jungsozialisten:

- Senkung des Primärenergiebedarfs und -verbrauchs
- Forcierter Ausbau alternativer Energieversorgungsformen von vorn herein in staatlicher Trägerschaft
- Ausbau der europäischen Kooperation auf der Basis öffentlicher Kontrolle über

- Energieversorgungsunternehmen
- Hersteller von Energieerzeugungsanlagen
- Leitungsnetze (europäisches Verbundnetz)
- Mineralölkonzerne
- europäische Energiereserven
- europäische Standortplanung und Investitionslenkung im Energiebereich

### Schulungs- und Bildungsarbeit

Die energiepolitische Schulungsarbeit wird so organisiert:

- Bereitstellung von Schулungseinheiten zu den Themen:
  - Energie-Wachstum-Arbeitslosigkeit
  - Energiebilanzen / Energieprognosen / Alternative Technologien
  - Risiken der Atomenergie
  - Energiepolitische Alternativen
- Aufbau einer regionalisierten Referentenkartei (unter Einbeziehung der BBU) und Aufbau einer Referentenkartei zu Sachgebieten.

Die Schulungseinheiten werden regional in Form von Bezirks- und Unterbezirksseminaren angeboten und möglichst auch bei der Bildungsarbeit der Partei verwandt.

— Wertebasierender Übergang auf überaus sichere Energieträger (Sonne, Wind, Wasser) unter Vermeidung von Umweltbelastung

— Abwägung von quantitativen Produktions-, Konsum- und Versorgungsmaßnahmen durch qualitative Veränderungen im Produktionsstruktur

— Entwicklung von energiesparenden Konsumgütern im Nah- und Fernbereich

— Absenkung der Orientierung der Wirtschaft zum BIP-Wachstum zugunsten einer Orientierung an Sozialwachstum. Hierzu werden u.a. folgende Indikatoren herangezogen

- regionale Qualifikationsstruktur (Arbeitsplatzangebot, soziale Versorgung, Umwelt)
- Säuglingssterblichkeit und Lebenserwartung
- Abnahme von Krankheitsfällen, besonders der Arbeits- und Verkehrsunfälle, Kreislauf- und Krebskrankheiten
- Angebot an Sozialleistungen
- Art und Umfang der entfremdeten Lohnarbeit
- Vergesellschaftung der Energieversorgungsunternehmen.

### Kampagnen

Die Jungsozialisten führen neben ihrer ständigen Informationsstätigkeit zwei Kampagnen in den nächsten beiden Jahren durch

- eine Kampagne „Gegen AKW – gegen Strahlentod, Arbeitslosigkeit, Atomstact“;
- eine Kampagne „Für soziales Wachstum – für eine alternative Energiepolitik“.

Beide Kampagnen werden vom Bundesvorstand gemeinsam mit den Bezirken vorbereitet. Sie können zeitlich voneinander getrennt durchgeführt werden. Hierfür werden bereitgestellt:

- Argumentationshilfen
- Argumentationsmuster
- Energieprogramm der Jungsozialisten
- je zwei Massenflugblätter (Kostenteilung mit den Bezirken)

### Aktionen

Die Jungsozialisten richten ihren energiepolitischen Kampf auf

- Veränderung des Bewußtseins der Bevölkerung in bezug auf Wachstumsgläubigkeit und kritische Hinnahme des nuklearen Gefahrenpotentials.
- Die Beeinflussung der Entscheidungen von Partei und Regierung in energiepolitischen Grundsatzfragen als auch in der Standortplanung im Sinne der oben genannten Forderungen
- Die Verankerung der energiepolitischen Alternativen der Jungsozialisten in der Partei
- Die Verbesserung des Verhaltens von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen in energiepolitischen Fragen. Dazu gehört die Schaffung einer Basis auch innerhalb der Gewerkschaften
- Die Aufklärung der Arbeitnehmer über den Zusammenhang von Energieüberschuß und Massenarbeitslosigkeit

- je ein Slogan- und ein Erndruckplakat
- Aktionsleitfaden für alle Arbeitsgemeinschaften
- Adressenmaterial über BRU und Filmverleih
- Song- und Theatergruppen zum Thema AKW
- Veranstaltung von Gruppen mit Tonbildschauen über AKW

Gemeindegenehmigungsverfahren gegen AKW

- Vorschlagskatalog für Energieparmaßnahmen in privaten Haushalten
- Adressen von Bürgerinitiativen und Gruppen
- Einladungen zu Burgerversammlungen, auf denen eine Tonbildschau zum Thema AKW gezeigt wird.

### Zielgruppenarbeit

#### Schule/Hochschule

Für die Schülerarbeit werden folgende Angebote gemacht:

- Unterrichtseinheit „Energiepolitik“, die sich für den normalen Unterricht, wie auch alternative Unterrichtsangebote durch die SV eignet.
- Artikelkisten in Schülerzeitungen.
- Diskussionshinweise für Beiträge im Politikunterricht, Physik, Chemie, Erdkunde, Biologie, Religion, die im Unterricht verwandt werden können.

Für die Hochschule werden die Juso-HG aufgefordert, im Rahmen ihrer Schwerpunktsetzung diese Kampagne zu unterstützen.

#### Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit werden bereitgestellt:

- Branchenspezifische Argumentationshilfen über den Zusammenhang Arbeitsplatzvernichtung und Energiewachstum
- Artikeldienst in Betriebszeitungen
- Gemeinsame Darstellung von Jungsozialisten mit BBU und AKW-kritischen Gewerkschaften „Warum gegen Atomenergie?“

#### Arbeit im Wohnbereich

Die energiepolitische Arbeit im Wohnbereich ist in erster Linie Informationsarbeit. Hierfür wird bereitgestellt:

- Artikeldienst in Stadtteilzeitungen
- Muster für Bürgererklärungen

### Parteiarbeit

Die energiepolitische Parteiarbeit der Jungsozialisten richtet sich sowohl auf die unmittelbare Umsetzung von Stellungnahmen gegen konkrete AKE-Standorte, als auch auf die Verankerung der energiepolitischen Alternativen in der SPD.

Auf sämtlichen Parteivoranstaltungen legen die Jungsozialisten entsprechende Materialien aus. Sie bemühen sich um die Organisation von Mitgliederversammlungen des Ortsvereins, auf denen Filme oder Tonbildschauen zum Thema Atomkraftwerke aufgeführt werden bzw. Vertreter der verschiedenen Standpunkte, insbesondere Vertreter von lokalen Bürgerinitiativen diskutieren.

Es wird bereitgestellt:

- Argumentationshilfen,
- Musteranträge,
- Schema für Stellungnahmen gegen konkrete Standorte (z.B. für Kommunalparlamente zu verwenden),
- historischer Abriss der Energiepolitik in der BRD.

Die Bezirke haben die energiepolitische Diskussion in der Partei besonders unter regionalen Gesichtspunkten zu organisieren. Hierzu erarbeiten sie:

- Konzepte zur Standortplanung für Kohlekraftwerke
- Konzepte zum Ausbau der Fernwärmeversorgung

Die Bezirke haben den Informationsaustausch zwischen den AGs zu organisieren. Hierzu gehören „Expertisen“, „Aktionsmodelle“ u. ä.

Die Unterbezirke organisieren den Kampf gegen konkrete Standorte für Atomkraftwerke in der Partei.

### Bürgerinitiativen

Die Jungsozialisten arbeiten örtlich und regional in Bürgerinitiativen mit (z.B. BBU). Als Organisation bieten sich die meisten als Bundespartner an. In Orten, die im Einzugsbereich geplanter AKW-Standorte liegen, initiieren sie Bürgerinitiativen.

Die Jungsozialisten gründen auf Unterbezirks- und Bezirksebene Arbeitskreise für „Umwelt und Energie“, die die Aktivitäten der Jungsozialisten koordinieren.

### Innerverbandliche Information

Die Jungsozialisten verbessern die innerverbandliche Information über Energie- und Wachstumsfragen wie folgt:

- Regelmäßig wird ein hektografierter Info-Dienst des Bundesvorstandes in Zusammenarbeit mit dem BBU (u. a.) an alle Arbeitsgemeinschaften geschickt.
- Die Info-Dienste der BBU werden über den Bundesverteiler verschickt.

In den beiden kommenden Jahren werden zwei Schwerpunktausgaben des Juso-Magazins zur Energiepolitik herausgegeben.

### Weiterentwicklung der Inhalte

Die Jungsozialisten bemühen sich um allen Gliederungsebenen um die Mobilisierung von Alternativen Schwerpunkten, indem sie Wissenschaftler, Gewerkschafter u. a. um ihre Mitarbeit bitten.

### Offene Foren

Die Jungsozialisten veranstalten regelmäßig offene Foren zur Energiepolitik, auf denen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Jungsozialisten, Sozialdemokraten und interessierte Bürger offen die energiepolitische Situation und konkrete Standortprobleme diskutieren. Dabei können kontroverse Standpunkte durchsichtiger zur Verdeutlichung der Probleme dienen.

## 4. Rettet die Grundrechte — gegen den Abbau demokratischer Rechte

I. Der Kampf um den Inhalt und Ausbau der politischen Demokratie, Verwirklichung der in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantierten demokratischen Rechte nehmen für die Jungsozialisten einen zentralen Stellenwert ein. Für die Jungsozialisten ist die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats kein isoliertes Politikfeld, sie steht vielmehr in engem Zusammenhang der Durchsetzung einer konsequenten Reformpolitik im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich.

Demokratische Rechte als bürgerliche Freiheitsrechte und Ergebnis langer Klassenauseinandersetzungen sind die politische Voraussetzung, um auf friedlichem Weg die Veränderung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft herbeizuführen und damit den Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft zu beschreiten. Dieser Charakter demokratischer Freiheitsrechte ist die wesentliche Ursache, weswegen die politisch-ökonomisch Herrschenden in der kapitalistischen Gesellschaft nie immer wieder zur Disziplinieren stellen. Für die Jungsozialisten sind die Grundrechte aber nicht nur Basis des politischen Kampfes im Kapitalismus, sie können sich wo auch immer kein demokratisch-sozialistisches System vorstellen, in dem Freiheit und Demokratie auf ein neues gesellschaftliches Niveau gehoben sind, wo aber die Menschenrechte, die sozialen Grundrechte und die politischen Freiheitsrechte abgeschafft wären. Daher lehnen wir ein Abgehen von den rechtsstaatlichen Prinzipien auch für „Übergangsperioden“ ab.

Der Abbau des äußeren Feindbildes im Zuge der sozial-liberalen Entspannungspolitik, das Erstarken systemkritischer Kräfte seit Mitte der 60er Jahre und die anhaltende und zunehmende Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben in der Bundesrepublik zu einem fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte geführt. Angesichts der immer häufiger auftretenden und immer schwerwiegenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen mit ihren für die Bevölkerung untragbaren Konsequenzen sind die Grenzen des kapitalistischen Systems offenkundig geworden. Prokapitalistische Politik stößt angesichts dieser Situation zunehmend auf Legitimationsschwierigkeiten. Die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung soll daher der demokratischen Diskussion entzogen und dogmatisch zur unabänderlichen

Verfassungsnorm erklärt werden, sie darf nicht mehr in Frage gestellt werden. Bestrebungen zur Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus hin werden daher kurzzeitig mit dem Merkmal „verfassungswidrig“ versehen. Durch Berufsverbote soll zunächst einmal der Staatsapparat gegen das „Einsickern“ unzuverlässiger Elemente abgesichert werden. Darüber hinaus soll durch die Bedrohung der beruflichen Existenz und durch die weiteren staatlichen Repressivmaßnahmen in allen Lebensbereichen ein Klima von Einschüchterung und Angst erzeugt werden. In diesem Klima, in dem systemkritische Kräfte außerhalb der gesellschaftlichen Toleranz und damit an den Rand der Illegalität gedrängt werden, können sozialistische Alternativen zur bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — soweit sie nicht schon innerer Selbstzensur zum Opfer gefallen sind — im Keim erstickt und der Bestand überkommener Herrschaft in autoritärer Weise gesichert werden.

Die Berufsverbotepraxis ist dabei von zentraler Bedeutung, indem versucht wird, „Kritiker dieser wirtschaftlichen Ordnung durch das Verbot, einen bestimmten Beruf auszuüben, d. h. durch das bewußte Entziehen der Existenzgrundlage zu disziplinieren... (und) darüber hinaus... durch die ständige Androhung mit dieser Maßnahme kritische Teile der Bevölkerung einzuschüchtern“ (Bundeskongreßbeschluss Hamburg 77, D7). Die Berufsverbote treffen die Organisationsfähigkeit der lohnabhängigen Bevölkerung in ihrem Kern. Zahlreiche Beispiele belegen, daß in wachsendem Maße politische Standpunkte und Grundwerte in den Bereich der „Verfassungsfähigkeit“ gerückt werden, die der Programmatik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entsprechen oder Grundhaltungen des Liberalismus und Humanismus darstellen.

II. Die Jungsozialisten haben sich in den letzten Jahren immer wieder mit dem Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik Deutschland befassen müssen. Sie haben die Gründe und Hintergründe dieser Entwicklung benannt und in einer Reihe von Beschlüssen zu den einzelnen Vorgängen, Maßnahmen und Ereignissen Stellung genommen. Der Bundeskongreß in Hamburg 1977 hat dabei die wesentlichen aktuellen Gefahrenpunkte deutlich herausgestellt. Die von den Jungsozialisten vorgenommene Einschätzung der Gefahren, die in dieser Entwicklung für den ohnehin schon angeschla-

genen Rechtsstaat liegen, hat sich im Laufe des Jahres 1977 in vielen Punkten bestätigt. Beispielsweise hat der nur Jüdische Rat

Die Berufsverbote werden immer mehr auch zu Berufsausbildungsverboten erweitert. Sie sollen in immer weitere Bereiche des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes ausgedehnt werden. So z. B. demokratisch geführte Landesregierungen schaffen immer mehr und selbst wenn Gerichte Berufsverbote aufgehoben haben, den Instanzenweg aus, um jede Chance wahrzunehmen, in blühenden Bewerber den Zugang zum öffentlichen Dienst zu versperrern.

Das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel vom 27. Juli 1977 im Berufsverbotfall Silvia Gindold bedeutet faktisch das Ende der als Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit gepriesenen Einzelallfälligkeit. Es legitimiert damit die bisherige Praxis, Berufsverbote bei bloßer Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei oder Organisation und dem Bekenntnis zu den Zielen dieser Partei oder Organisation zu verhängen, wenn diese von der Exekutive bzw. von Gerichten als verfassungswidrig eingestuft wird.

Darüber hinaus erklärte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel die DKP für verfassungswidrig und maß sich damit die nach dem Grundgesetz Art. 21 (2) ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht zustehende Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit einer Partei an.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach gegen Hans Heinrich Hübner setzt einen weiteren Markstein für die immer exzessivere Berufsverbotspraxis. Danach kann ein Berufsverbot schon dann verhängt werden, wenn sich jemand ohne selbst Kommunist zu sein oder mit kommunistischen Zielen zu sympathisieren nicht genügend gegenüber dem Kommunismus abgrenzt. Nach der Rechtsprechung dieses Gerichts schließen „nicht nur aktive Bestrebungen zum Sturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Übernahme aus, sondern bereits eine gleichgültig distanziertere Haltung“. Eine solche Haltung sieht das Gericht aber schon dann, wenn das Berufsverbotsopfer erkennen läßt, daß es in der Bundesrepublik „offenbar Strukturen sieht, die der Verwirklichung der Verfassungsordnung entgegenstehen“. Denn daraus sei möglicherweise zu schließen, daß der Betreffende „die derzeitige Ausgestaltung der Verfassungsordnung nicht so weitgehend ansieht, daß er selbst jederzeit



und Theaterstücken in den Medien ja sogar die Absetzung eines Kursees über „Stamokap“ an der Kölner Volkshochschule bis hin zur immer verbreiteteren Selbstzensur Organisationen nehmen ihre Unterschrift unter Antirepressionsvorhaben wie das Russell-Tribunal zu rück weil sie „eine Vergiftung des politischen Klimas“ befürchten – als erfolge diese Vergiftung des Klimas durch die die Depression beim Namen nennen.

III. Die Jungsozialisten sind nicht bereit, diese Entwicklung kampflos hin-

zunehmen. Die Erhaltung der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte als unerlässliche Voraussetzung für die angestrebte Veränderung der Gesellschaft zum demokratischen Sozialismus hin steht für die Jungsozialisten auch weiterhin an der Spitze ihrer Arbeitsschritte.

Für Jungsozialisten kommt es darauf an, die in den verschiedensten Bereichen vorhandenen Ansätze von Gegenbewegung gegen die autoritären und obrigkeitstaatlichen Tendenzen aufzugreifen, zu stabilisieren und so

zur Schaffung eines breiten Bündnisses zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats – welches nicht aus taktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen auch Liberale umfassen muß – beizutragen.

Alle Gliederungen der Jungsozialisten sind aufgefordert, mit verstärkter Mobilisierung dem gefährlich voranschreitenden Abbau der demokratischen Rechte umfassend und ohne Kompromißbereitschaft entgegenzutreten.

I. Nach dem „Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ kurz: – Kontaktsperre-gesetz – kann in bestimmten Fällen jedweder Kontakt von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt – auch den Verteidigern – unterbunden werden.

(Art. 1 des Gesetzes, § 31: „Besteht eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person, begründet bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß die Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht, und ist es zur Abwehr dieser Gefahr geboten, jedwede Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger zu unterbrechen, so kann eine entsprechende Feststellung getroffen werden.“)

Die Jungsozialisten stellen dazu fest:

1. Mit der Generalisierung des Verdachts der Komparteilichkeit und Konspiration ohne jeden individuellen Bezug – ein einfacher auf „bestimmte Tatsachen“ gegründeter allgemeiner Verdacht reicht aus – schafft das Gesetz eine pauschalisierte schwere Rechtsbeeinträchtigung für eine Gruppe von Untersuchungs- und Strafäftigen.
2. Der Kreis der Betroffenen kann – Inhaftierung wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung oder auch wegen Verdachts einer damit im Zusammenhang stehenden Straftat genügt – fast beliebig weit gezogen werden. Demnachsprechend hat schon die erste Kontaktsperre über 100 Personen betroffen.
3. Die Anordnung der Kontaktsperre ist nicht etwa einem Richter vorbehalten, es genügt vielmehr eine Feststellung der Justizbehörden. Dieser unverantwortbare Ermächtigungswach der Exekutive kann auch durch die spätere gerichtliche Überprüfung nicht mehr ausgeglichen werden.
4. Da die Auswahl des Kreises der

Betroffenen in den Händen der Justizbehörden liegt – „pflichtgemäßes Ermessen“ –, ist auch insoweit eine gerichtliche Überprüfung nur sehr be-  
zweckungsmöglich.

5. Das Gesetz sieht die Totalisolation der Gefangenen und die Einschränkung ihrer prozessualen Rechte bei gleichzeitigem faktischen Vordringens vor. Der Häftling ist damit praktisch schutzlos der staatlichen Verfügungsmacht ausgesetzt.

6. Wird jemand während der generellen Kontaktsperre verhaftet und in die Isolationsmaßnahmen einbezogen, ist er praktisch recht- und ohnmächtig. Dabei kann es ihm auch nicht helfen, daß ihm ein Pflichtverteidiger beigeordnet wird. Denn angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten dieses Verteidigers – er darf noch nicht einmal mit dem Häftling Kontakt aufnehmen – kann von einem wirksamen rechtlichen Schutz nicht mehr gesprochen werden. Gerade der Fall Eleonore Poenagen hat aber gezeigt, wie leicht unberechtigte Verhaftungen erfolgen, die nur durch den intensiven, weitgehend unbehinderten Einsatz der Verteidiger wieder aufgehoben werden können.

7. Es braucht nicht näher dargestellt werden, welche Gefahr darin liegt, daß die Anordnung der Kontaktsperre durch Wiederholung praktisch unbegrenzt ausgedehnt werden kann. Selbst wenn die Isolation durch Gerichtsbeschluß aufgehoben wird, kann sie aufgrund „neuer Tatsachen“ jederzeit von den Justizbehörden wieder verhängt werden.

8. Angesichts der angeblichen Geheimhaltungsbedürftigkeit „wichtiger Tatsachen“, angesichts von Nachrichtensperren, die es nicht zulassen, die für die Anordnung der Kontaktsperre maßgeblichen Gründe mitzuteilen, angesichts der Forderung nach „Vertrauensvorsorge“ bestehen an einer effektiven gerichtlichen Kontrolle dieser Isolationsanordnung weitlere erhebliche Zweifel.

Auch die offiziell vorgeschobene „Abwägung“ zwischen den Kontaktbedürfnissen der Gefangenen auf der einen Seite und der lebensbedrohenden Situation für Geiseln auf der anderen Seite geht am Kern der Sache vorbei. Neben dem Zweifel, ob eine Isolation bestimmter Gefangener das Leben bedrohter Geiseln überhaupt retten helfen kann, die sich sich selbst in der Gewalt von in Freiheit befindlichen Terroristen befinden, ist die Abwägung „hier Leben eines Menschen, dort rechtsstaatliche Grundprinzipien“ nicht möglich. Denn die Aufgabe rechtsstaatlicher Grundprinzipien rettet kein Menschenleben, schafft aber Lebensverhältnisse, in denen die freiheitliche demokratische Entwicklung in einem Rechtsstaat gefährdet wird und damit weitere Menschenleben in Gefahr geraten.

Dieses Sondergesetz greift in einem nicht mehr erträglichen Maße in die ohnehin eingeschränkte Rechtstellung der Betroffenen ein. Es bleibt der Eindruck, als habe sich, bei der Verabschiedung des Gesetzes der Gedanke einer „Geiselnahme“ nicht ganz verdrängen lassen. Die Jungsozialisten fordern die sofortige Aufhebung dieses menschenrechtswidrigen und rechtsstaatsgefährdenden Gesetzes.

II. Der auf die Initiative des Landes Hessen zurückgehende Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung in Strafsachen sieht u. a. vor:

1. Die Durchsichtung bei dem Verdächtigen gemäß § 102 SPO wird aus dem Kreis der entschädigungspflichtigen Strafverfolgungsmaßnahmen herausgenommen.
2. Schon wenn der Beschuldigte die Strafverfolgungsmaßnahme fahrlässig verursacht hat, kann die Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden.

3. Die Entschädigung wird auch ausgeschlossen, wenn und soweit der Beschuldigte die Strafverfolgungsmaßnahme dadurch schuldhaft verursacht hat, daß er einer ordnungsgemäßen Ladung vor den Staatsanwalt nicht Folge geleistet hat.
4. Für den Fall, daß der Beschuldigte es schuldhaft unterlassen hat, ein Rechtsmittel einzulegen, wird – bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit – der Ausschuß sowie bei geringem Verschulden – die gänzliche oder teilweise versagung der Entschädigung vorgesehen.

Die Jungsozialisten stellen dazu fest:

1. Mit der Herausnahme der Durchsichtung aus dem Kreis der entschädigungspflichtigen Strafverfolgungsmaßnahmen wird der Grundsatz, daß der Staat – wie letztlich jeder Bürger auch – für die von ihm verursachten Schäden einstehen muß, in einem wesentlichen Teilbereich aufgehoben. Die Oplergrenze wird weiter zu Lasten des Bürgers verschoben, der nicht nur den mit der Durchsichtung verbundenen schwerwiegenden Eingriff in seine Privatsphäre hinnehmen muß, sondern der dann auch noch die dabei verursachten Schäden selbst tragen soll. Für eine solche Privilegierung staatlicher Maßnahmen gibt es keinen rechtfertigenden Grund. Es ist keine unbestrittene Erfahrungstatsache, daß Durchsichtigungen erhebliche Schäden verursachen können, so z. B. wenn Türen und Möbelnisse aufgebrochen werden. Selbst die Bundesregierung räumt in ihrer Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf ein, daß es Fälle dieser Art in den letzten Jahren mehrfach gegeben hat. Angesichts der immer häufiger werdenden Eingriffe und Übergriffe in die Privatsphäre (z. B. „Aktion Wassererschlag“ in Berlin, „Klüver Hof“ in Berg, Glasberg u. a.) ist es unvertretbar, staatliche Organe dadurch, daß man sie auch noch von den finanziellen Folgen ihres Handelns freistellt, zu immer weiterem Vorgehen gegen die Rechte und Freiheiten der Bürger zu ermutigen.
2. Der vorgesehene Ausschuß der Entschädigung schon bei fahrlässiger Verursachung der Strafverfolgungsmaßnahmen verlagert die Verantwortung und das Risiko in unzumutbarer Weise auf die Betroffenen. Jeder weiß, wie leicht besonders in einer allgemeinen Verdachtslage dem einzelnen Bürger vorgegangen werden kann, er habe sich selbst fahrlässig dem Verdacht ausgesetzt. Die mit der 1971 durchgesetzten Entschädigungsregelung wird damit in entscheidendem Maße ausgehöhlt.
3. Die Jungsozialisten können nicht hineinsehen, daß die erst kürzlich in die Strafprozeßordnung eingefügte Pflicht

des Beschuldigten, vor dem Staatsanwalt zu erscheinen – in sich schon systemfremd und mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung und dem Rechtsstaatsgebot kaum vereinbar – nun auch noch durch eine finanzielle Sanktion untermauert wird.

4. Es ist mit einer moderneren Auffassung vom Rechtsstaat unvereinbar, daß dem Beschuldigten schon dann, wenn er leicht fahrlässig kein Rechtsmittel eingelegt hat, die Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden soll. Nicht der rechtswidrige Handelde – hier die jeweiligen Staatsorgane –, sondern der Betroffene, der sich gegen die rechtswidrige Maßnahme nicht genügend gewehrt hat – man denke nur an das Kostenrisiko –, soll die Folgen des staatlichen Machtmisbrauchs tragen.

Die Verpflichtung des Staates, zu Unrecht Verfolgte ausnahmslos angemessen zu entschädigen, ist ein wichtiger Bestandteil ziviler Rechtsordnung. Seine Beeinträchtigung bedeutet einen Substanzverlust an rechtsstaatlichen Grundwerten, der unübersehbare Folgen für den einzelnen Bürger haben kann. Die Jungsozialisten lehnen daher d'esen rechtsstaatfeindlichen Gesetzentwurf ab.

III. Nach dem „Konzept zur inneren Sicherheit“ des hessischen Justizministers Günther – im Zusammenhang mit der CDU in den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des Inneren Friedens „übernommen“ – soll u. a. bei Demonstrationen die passive Bewaffnung der Demonstranten, d. h. das Tragen von Gesichtsmasken, Helmen, Gasmasken u. ä. verboten werden. Zur Begründung wird ausgeführt für friedliche Demonstranten bestehe kein Grund, sich zu tarnen oder Schutzvorkehrungen zu treffen.

1. Die Jungsozialisten räumen ein, daß bei Demonstrationen besonders in letzter Zeit auch von Demonstranten rechtswidrige Handlungen begangen worden sind. Ohne diese Entwicklung zu verharmlosen muß jedoch betont werden daß die wirklichen Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat an anderer Stelle zu suchen sind. Die Geschichte der Demonstranten in der BRD ist zugleich auch die Geschichte ununterbrochener polizeilicher Übergriffe in vielen Fällen sind Demonstranten und einzelne Bürger grundlos geprügelt mit Wasserwerfern angegriffen und durch Tränengas und chemische Kampfstoffe verletzt worden. Der Tod des Studenten Benni Ohnesorge ist von den Jungsozialisten ebenso wenig vergessen worden wie die Geschichte anderer Demonstrationen. Das Vorgehen der Po-

lizei bei Demonstrationen in Berlin, Frankfurt und an vielen anderen Orten und nicht zuletzt der paramilitärische Großeinatz bei den Demonstrationen gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf sind uns noch in deutlicher Erinnerung. Angesichts solcher Verläufe, die inzwischen zum Demonstrationsalltag gehören, kann das Verbot, die Demonstranten schutzlos solchen Übergriffen auszusetzen, nur als makaber betrachtet werden. Folgt man dem „Günther-Konzept“ des hessischen Justizministers, so ist nur noch abzuwarten, wann auch das Tragen von Regenmänteln, die je bekanntlich auch gegen Wasser aus Wasserwerfern schützen können, verboten oder sogar unter Strafe gestellt wird.

2. Solange Demonstrationen von der Polizei gefilmt werden, solange Personen die bei Demonstrationen erkannt werden, in die Kartellen von politischer Polizei und Verfassungsschutz aufgenommen werden, solange Berufsverbote und andere Diskriminierungen durch den CDU-Entwurf, so ist nur noch abzuwarten, wann auch das Tragen von Regenmänteln, die je bekanntlich auch gegen Wasser aus Wasserwerfern schützen können, verboten oder sogar unter Strafe gestellt wird.

3. Die Jungsozialisten weisen die in dem „Günther-Konzept“ und dem CDU-Gesetzentwurf liegenden Angriffe auf die grundgesetzlich geschützte Demonstrationsfreiheit zurück. Die Einschränkung der Bürgerrechte und die Einschüchterung von Demonstranten sind keine Mittel, um rechtsstaatliche Verhältnisse und „inneren Frieden“ herzustellen. Wenn überhaupt, kann es nur ein schärferes Durchgreifen gegenüber politischen Übergriffen und der Abbau der verbreiteten und bewußt gezeigten Mentalität staatlicher Stellen, die in jeder Demonstration eine bürgerkriegsähnliche Situation sehen, hier gewisse Fortschritte und Erfolge gewährleisten.

IV. Weitere Angriffe auf das Demonstrationsrecht finden sich in dem von der CDU/CSU eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des Inneren Friedens“:

1. Das Recht der Behörden, Demonstrationen zu verbieten, soll ausgedehnt werden.
2. § 125 StGB (Landfriedensbruch)



— soll erweitert werden. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe soll auch derjenige bestraft werden können, der sich nicht aus einer Menschenmenge entfernt, aus der heraus mit vereinigten Kräften Gewalttätigkeiten begangen werden.

3. Die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen öffentlichen Versammlung oder an einem verbotenen Aufzug soll unter Strafe gestellt werden.
4. Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht der Ausländer soll massiv eingeschränkt werden.

**Die Jungsozialisten stellen dazu fest:**

1. Angesichts der ohnehin immer deutlicher werdenden Tendenzen, kritische Meinungsäußerungen und -manifestationen zu verhindern oder sogar zu kriminalisieren, kann eine weitere Einschränkung der Demonstrationsfreiheit nicht hingenommen werden.

2. Die Erstreckung der Strafvorschrift des Landfriedensbruchs auch auf Personen, die sich, ohne sich an Gewalttaten zu beteiligen, nicht aus der Demonstration entfernen, macht die Teilnahme an Demonstrationen für den einzelnen zu einem unkalkulierbaren Risiko. Schon „Gewalttätigkeiten“ am Rande der Demonstration oder evtl. sogar provozierte Auseinandersetzungen zwischen einigen Demonstranten und der Polizei würden die Demonstrations Teilnehmer zur sofortigen Auflösung ihrer Demonstration zwingen.

3. Soweit die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration unter Strafe gestellt werden soll, besteht die Gefahr, daß diese Strafvorschrift auch auf Personen ausgedehnt wird, die sich mit dem Demonstrationsverbot — dessen Beachtung häufig genug äußerst zweifelhaft ist — kritisch auseinandersetzen oder die auch nur unbedeutend vom Demonstrationsverbot die inhaltliche Ziele, für die die Demonstration eintreten sollte, weiter propagieren.

4. Die Diskriminierung von Ausländern ist nicht mit unseren rechtsstaatlichen Auffassungen vereinbar, wenn den ausländischen Mitbürgern in weitest vertretbarem Maße gleiche Rechte wie den deutschen Staatsbürgern zugestanden werden sollen. Im übrigen ist zu erwarten, daß diese Bestimmung gerade gegen solche Ausländer angewandt werden soll, die sich gegen Diktator und Rechtsterror in ihren Heimatländern wenden und damit dann angeblich unsere guten Beziehungen zu solchen Staaten gefährden.

Die gerade von der CDU/CSU so massiv geforderten Einschränkungen des

Demonstrationsrechts ordnen sich nahtlos in die freiheitsfeindliche Tradition dieser Parteien ein. Das bestehende Herrschafts- und Privilegiensystem soll angesichts des verstärkten Legitimationsdrucks durch die Behinderung und Kriminalisierung kritischer Meinungsäußerungen gegenüber Erschütterungen und Veränderungen abgeschüttelt werden. Diese der Klassenposition der CDU/CSU entsprechende Zielsetzung und die daraus folgenden Vorhaben werden von den Jungsozialisten energigekämpft. Wir bedauern es daher besonders, daß inzwischen auch in der SPD-Fraktion Stimmen laut geworden sind, die eine Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts das Wort reden.

V. Der CDU/CSU-Entwurf des „Terrorismengesetzes“ enthält auch im Bereich des materiellen Strafrechts gefährlich rückwärtsgewandte, freiheits- und rechtsstaatsgefährdende Vorschläge. Hier seien beispielhaft aufgeführt:

1. Das Höchstmaß der zeitlichen Freiheitsstrafe soll auf bestimmte Verbrechen von 15 auf 20 Jahre erhöht werden.
2. Bei diesen Straftaten soll die Möglichkeit Strafaussetzung zur Bewährung eingeschränkt werden.
3. Bei terroristischen Straftaten soll schon bei erstmaliger Verurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet werden können.

**Die Jungsozialisten stellen dazu fest:**

1. Gerade die Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit der lebenslangen Freiheitsstrafe hat die Problematik der langfristigen Freiheitsentziehung deutlich ins Blickfeld gerückt. Unter diesem Gesichtspunkt mußt die CDU/CSU-Forderung nach Ausweitung der Höchstgrenze der zeitlichen Freiheitsstrafe anachronistisch an.

Sie ist darüber hinaus auch unsinnig, da von dieser Erhöhung des Strafmaßes keine zusätzliche Abschreckungswirkung erwartet werden kann.

2. Die Strafaussetzung zur Bewährung ist ein wichtiges Mittel der modernen Kriminalpolitik, zur Wiederengliederung des Täters in die Gesellschaft. Sie kann schon nach geltendem Recht nur erfolgen, wenn zu erwarten ist, daß der Verurteilte keine Straftaten mehr begehen wird. Diese Prognose und die Strafaussetzung insgesamt ist dabei an eine Vielzahl von Kriterien gebunden. Die Forderung der CDU/CSU nach Einschränkung der Strafaussetzungsmöglichkeiten ist daher durch nichts gerechtfertigt. Nur wer bei Straftaten den gesellschaftlichen Aspekt ausblendet und ihre Ursache allein im „bösen Willen“ des Täters sieht — auf den dann durch Abschreckung vermehrt massiv ein-

gewirkt werden, kann dem Irrglauben verfallen, daß durch die verbale Kraftmeierei, die sich in diesem Gesetzesvorschlag zeigt, Straftaten abzuwenden vermögen.

Die Jungsozialisten lehnen diese Positionen der Abschreckungsstrategie und das damit verbundene atavistische Rachedenken ab. Der Schaden, der durch die Verhinderung einer angemessenen Strafbelastung angerichtet wird, ist wohl höher als die schwach nicht realisierbaren Wirkungen, die sich CDU/CSU von ihren Vorschlägen versprechen.

**3. Die Jungsozialisten lehnen die Einführung der Sicherungsverwahrung für Ersttäter grundsätzlich ab.**

Bei den terroristischen Straftaten trifft diejenigen, die aktiv beteiligt sind oder an der Spitze der Tatgruppen stehen, ohnehin eine besonders hohe Strafe. Die von der CDU/CSU vorgeschlagene Vorschritt — sie greift ab der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren ein — soll daher diejenigen Beteiligten treffen, die, weil ihr Tatbeitrag nicht so groß ist, nicht mit einer solchen Höchststrafe belegt sind. Es ist unerfindlich, wie diese mit diesem Gesetzentwurf geplante Einführung einer Höchststrafe durch die Hinterdrücker dem ansonsten gerade von den Konservativen so hochgehaltenen Schuldprinzip vereinbar sein soll. Es bleibt der Verdacht, daß hier mittels einer Gefährdungsprognose solche Personen vorgeblich auf lange Zeit hinter Gitter gebracht werden sollen, die bisher nur weniger schwere Taten begangen haben oder denen man angeblich schwere Taten oder die Bereitschaft dazu nicht heimlich gelassen kann. Das wird sich durch die Ausbreitung des CDU/NSV-Landesverbands in Bayern bestätigt, der die „Bewahrungsentziehung“ auch auf „Minderjährige Terroristen“ ausdehnen will. Diese Vorfälle sind ein Beispiel für die Verunsicherung, die durch die Forderung der CDU/CSU nach Einschränkung der Strafaussetzungsmöglichkeiten ist daher durch nichts gerechtfertigt. Nur wer bei Straftaten den gesellschaftlichen Aspekt ausblendet und ihre Ursache allein im „bösen Willen“ des Täters sieht — auf den dann durch Abschreckung vermehrt massiv ein-

auch für ähnliche Vorschläge wie z. B. die Verhängung unbestimmt langer Strafen gelten.

VI. Auch die Rechte von Angeklagten und Verteidigern vor und im Strafverfahren sollen nach den Vorstellungen der CDU/CSU, aber auch der Bundesregierung weiter ausgebaut werden.

1. Nach dem oben schon erwähnten Entwurf eines „Terrorismengesetzes“ sollen die Möglichkeiten, einen Verteidiger vor der Mitwirkung am Verfahren auszuschließen noch erweitert werden. Die Möglichkeiten des Verteidigerausschlusses sollen noch erweitert werden. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes“ — soll für die Ausschluss eines Verteidigers schon ein auf „bestimmte Tatsachen“ gegründeter einfacher Verdacht ausreichen. Nach dem CDU-Entwurf eines „Terrorismengesetzes“ soll der Ausschluss dann schon möglich sein, wenn der Verdacht besteht, daß der Anwalt den Verkehr mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten dazu mißbraucht, Straftaten vorzubereiten oder deren Begehung zu fördern, oder wenn der Verdacht besteht, daß durch den Kontakt zwischen Verteidiger und Beschuldigten die Ordnung in der Vollzugsanstalt erheblich beeinträchtigt werden. Weitergehende Gesetzgebungsvorschläge aus dem Unionslager sehen den Ausschluss des Verteidigers sogar schon dann vor, wenn er im Verkehr mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten oder Verurteilten leichtfertig handelt.
2. Entwürfe der CDU/CSU bzw. der von ihnen regierten Länder, aber auch der Gesetzentwurf des Bundesrats — verabschiedet mit den Stimmen der CDU/FDP-Koalitionen in Hannover und Saarbrücken — sehen vor, daß auch der mündliche Verkehr zwischen Anwalt und Mandanten überwacht werden soll. Es soll dabei zulässig sein, alle Gespräche von Untersuchungs- und Strafängingern, die in Zusammenhang mit terroristischen Straftaten inhaltlich sind — ein besonderer individueller oder konkreter Verdacht ist nicht erforderlich —, zu überwachen. Im vorbereitenden Verfahren soll schon der Amtsrichter — nicht wie beim Ausschluss erst das OLG — für die Ordnung der Überwachung zuständig sein.

**Die Jungsozialisten stellen dazu fest:**

1. Schon die bisherigen Ausschließungen von Angeklagten und Verteidigern im Strafverfahren in unbegrenztem Maße verschlechtert. Von einer Waffengleichheit im Strafprozess kann keine Rede mehr sein.

Dieser Zustand ist in den Terrorisierungsprozessen in einem erschreckenden Maße deutlich geworden. Nach den neuen Vorstellungen soll nunmehr eine Vielzahl von verurteilten und unbestimmten Rechts- und Ermessungsbegriffen weitere Ausschlußmöglichkeiten eröffnen Vorbereitung und Förderung der geplanten Straftat, ohnehin schwer fassbar und nachweisbar, und dann auch nur aufgrund eines „Verdachts“ angenommen, eröffnen als Ausschlußkriterien nahezu schrankenlose Möglichkeiten, mißliebige Verteidiger auszuschließen. Die Ordnung in der Vollzugsanstalt — ohnehin nur ein nebulöser Generalklauselbegriff —, angeblich gefährdet aufgrund eines „Verdachts“, kann keinen Vorrang vor dem Grundrecht des Angeklagten auf eine vollständige und sachgerechte Verteidigung durch einen Verteidiger seines Vertrauens haben.

2. Die Überwachung des Gesprächs Verteidiger / Mandant greift in den Kernbereich der Verfahrensstellung des Beschuldigten ein. Eine wirksame Verteidigung kann — und das ist auch die Ansicht der mehrheitlich, eher konservativ Anwaltschaft — damit nicht mehr gewährleistet werden. Die Vorschläge von CDU und Bundesrat stellen einen rechtspolitischen „Kahlschlag“ dar. Es bleibt der Eindruck, als solle die Koalition, indem man sie zunächst mit Maximalvorstellungen konfrontiert, zu einem faulen Kompromiß veranlaßt werden. Die Jungsozialisten lehnen auch solche Kompromisse ohne Einschränkung ab.

**VII. Weitere Vorschläge zum Abbau der Rechtsstellung von Angeklagten und Verteidigern finden sich im CDU/CSU-Entwurf eines „Gesetzes zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren“ sowie im Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes der Bundesregierung.**

Diese Gesetzesvorschläge zielen u. a. folgende Änderungen vor:

- Erweiterung der Möglichkeit, von der Strafverfolgung solcher Delikte abzusehen, bei denen die im Ergebnis zu erwartende Strafe gegenüber einer sonst rechtskräftig verhängten und sonst zu erwartenden Strafe nicht ins Gewicht fällt. Schaffung der Möglichkeit bei drohender Strafverfolgung solcher Delikte abzusehen, bei denen die im Ergebnis zu erwartende Strafe im Verhältnis zu einer sonst zu erwartenden Strafe nicht von größerem Gewicht ist (Änderung von §§ 154, 154a StPO).
- Aufnahme einer Vorschrift über die Pflicht der Staatsanwaltschaft vom

Beginn des Verfahrens an nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften dafür zu sorgen, daß der Prozeßstoff beschränkt das Verfahren auf diese Weise beschleunigt und dadurch die Bildung von Großverfahren entgegenzuewirken wird (Ergänzung von § 160 StPO).

— Einschränkung der Möglichkeit, das Recht zur Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit zur Prozeßverschleppung zu benutzen (Ergänzung von § 29 StPO).

— Verbesserung des Befugnisses des Gerichts, dem Mißbrauch des prozessualen Begründungs-, Frage- und Erklärungsrechts entgegenzuwirken (Ergänzung der §§ 238, 241, 257 StPO).

— Einführung einer Schutzvorschrift gegen Mißbrauch des unmittelbaren Ladungsrechts und Neuregelung der Verpflichtung zur Beweiserhebung in bezug auf präsente Beweismittel.

— Einschränkung der Zulässigkeit der Beweiserhebung gegen Verfügungen des Ermittlungsrichters beim BGH.

**Die Jungsozialisten stellen dazu fest:**

1. Folgt man diesen Vorschlägen, dann liegt es letztlich in der Hand der Staatsanwaltschaft, den Prozeß- und Tatsachenstoff so aufzubereiten, wie es ihren Vorstellungen entspricht. Es braucht nicht näher erläutert werden, welche Gefahr darin für den Beschuldigten liegt.

2. Diese Gefahr wird noch dadurch verstärkt, daß das Erklärungs- und Beweisrecht des Angeklagten massiv eingeschränkt werden soll. Die „Straftat“ kann dann unter Ausblendung gesellschaftlicher und politischer Hintergründe in dem für die Verurteilung vorgesehenen bereinigten „Tatsachen“ zur Verhandlung gebracht werden.

3. Gerade das zwiefelhafte Verhalten mancher Richter in den letzten „Terrorisierungsprozessen“ (Prinzing, Stammheim, Draeber, Roth / Prozeß in Köln) zeigt, daß es notwendig ist, das Ablehnungsrecht wegen Befangenheit effektiver zu gestalten, statt es weiter einzuschränken.

4. Auch die weiteren Einzelvorschläge des Gesetzentwurfs laufen darauf hinaus, aus angeblichen Effektivitäts- und Beschleunigungsgründen die Verfahrensposition von Beschuldigten und Verteidigern zu verschlechtern, ohne das dafür eine Notwendigkeit oder Rechtfertigung besteht.

Nach den Vorstellungen dieser Gesetzentwürfe soll die Machtstellung des Staates und seiner Strafverfolgungsorgane auf Kosten der Grund- und Freiheitsrechte des einzelnen weiter ausgebaut werden. Die Jungsozialisten worten diese von polizeistatistischem Danken getragenen Vorhaben zur Änderung des Strafverfahrens als unmittelbaren Anschlag gegen den Rechtsstaat.



# Die Arbeitsverteilung im Bundesvorstand

Vorsitzender, Parteirat <i>Karl</i>	Gerhard Schröder <i>Sand</i>
Soziale Rechte (Recht auf Arbeit und Ausbildung, Gesundheitspolitik, Gewerkschaftsarbeit) <i>sozialpolitik</i>	Karl Obermann, Gerhard Schröder, <u>Egon Brinkmann</u> <i>Sand</i>
Politische Demokratie (Gegen den Abbau demokratischer Rechte)	<del>Michael Pape</del> , Willi Piecyk <i>/ Sand</i>
Wachstum und Energie (Wirtschaftspolitik, Energie- und Umweltpolitik)	Reinhard Schultz, Karl-Obermann-
Recht auf Bildung, Schülerarbeit <i>Kommunikation Info</i> Hochschularbeit: <i>Jugend, Schülerpresse JSE</i>	Klaus-Peter Wolf, Willi Piecyk <i>K. P. Wolf</i> Willi Piecyk
Medienpolitik.	Klaus-Peter Wolf
Jugendpolitik:	Klaus-Peter Wolf, Willi Piecyk
Schulung:	Willi Piecyk, Klaus-Peter Wolf <i>Komm. Info</i>
Internationales (Westeuropa, Dritte Welt, IUSY)	Michael Pape <i>(Leopold)</i>
Internationales (Osteuropa und Abrüstungsinitiative)	Reinhard Schultz
Kommunalpolitik (Bezirkskoordinierung, Projekte)	<i>Sand</i> Willi Piecyk, Reinhard Schultz
Frauenarbeit <i>Mensch. Entwicklung</i> <del>Wirtschaftspolitik</del> <del>sozialpolitik</del> <del>Kommunalpolitik</del>	Karl Obermann (kooptiert Traute Müller) <i>Willi Piecyk</i> <i>Komm. Info</i>
Das Bundessekretariat:	
Bundessekretär	Rudolf Hartung
Organisation	Ulli Hürter
Internationales und Energiepolitik	Jo Leinen
Hochschularbeit	Harald Metzger
Schülerarbeit	NN
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Bernd Schoppe
Sekretariat: Maria Schumacher, Ruthild Sondermann, Renate Flesch	